Dienstag, 29. März 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 35,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 74 - 13.W. - Preis 1,20
Axel Springer Verlag AG Postf. 10 08 64 4300 Es...

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS ..., Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Ins...

TAGESSCHAU

POLITIK

## Engelhard mit Kampf gegen Terror zufrieden

AP, Bonn

Befriedigt über die Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus von links und rechts hat sich Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) geäußert. Er würdigte in einer gestern in Bonn veröffentlichten Erklärung vor allem die Mithilfe der Bevölkerung. Dadurch sei es den Sicherheitsbehörden und der Justiz gelungen, den gewalttätigen Terrorismus in den Griff zu bekommen. Doch seien auch weiterhin einzelne, spektakuläre terroristische Anschläge nicht auszuschließen. Derzeit seien 95 Terroristen in Strafhaft, davon 59 aus der linken Terrorszene.

Seit dem Aufkommen des linken Terrorismus sind 366 rechtskräftige Urteile ergangen. In Untersuchungshaft befinden sich 37 Personen, 30 mutmaßliche Linksterroristen werden noch gesucht. Im Bereich des Rechtsterrorismus wurden 205 rechtskräftige Verurteilungen registriert. 29 Personen sind in Untersuchungshaft, nach elf mutmaßlichen Tätern wird noch gefahndet.

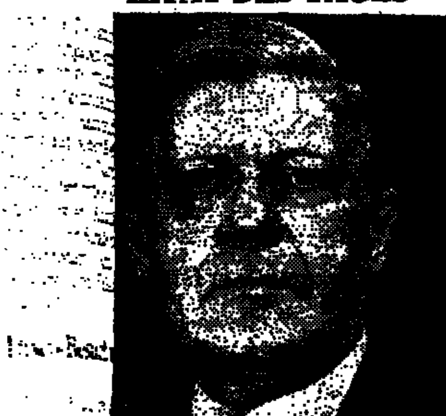
## Warschau will Walesas Mythos zerschlagen

ms. Bonn

Der polnische Sicherheitsdienst hat den Auftrag, Lech Walesa systematisch zu demontieren. In Berichten, die der Bundesregierung vorliegen, heißt es, mit öffentlichen Bloßstellungen solle der Mythos des Arbeiterführers zerschlagen werden. Zu diesem Konzept gehört, daß Finanzbehörden Walesa und dessen Frau Danuta eingehend über ihre Einkommensverhältnisse und vor allem über Geschenke aus der Zeit vor der Verhängung des Kriegsrechts befragten.

Parallel dazu veröffentlicht die staatliche Presse in Polen Artikel, in denen Walesa als Werkzeug der „Provokation" dargestellt und ihm Geltungssucht zugeschrieben wird. Auf einer Tagung militärischer Kader Mitte November vergangenen Jahres mit ZK-Sekretär Barcikowski sei eine „Amnestie" für sogenannte Untergrundaktivitäten ausgeschlossen worden, heißt es in den Berichten. Außerdem solle die Opposition in Polen verstärkt „unter Druck" gehalten werden.

ZITAT DES TAGES



„Sollten die Länder zu einer engeren Zusammenarbeit nicht bereit sein, könnte aus der Rezession bald eine Depression werden."

...ehemalige Bundeskanzler Helmut ...midt im ungarischen Fernsehen.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

## ...andort für Raketen

AP, Brüssel

...ie belgische Regierung hat nach ...teilung von Verteidigungsmini... Willy de Meuleneere vom Mon... über den künftigen Standort von ...Marschflugkörpern (Cruise ...siles) entschieden. Nach einge...der Überprüfung aller vier in ...ge kommenden Stationierungs... sei die Wahl auf den Luftwaf...stützpunkt Florennes gefallen. ...Vorbereitungen wie weiteren ...ersuchungen vor Ort, Umrü...ngs- und Bauarbeiten könnten zu einer Aufstellung der Marsch...körper noch bis zu 18 Monate ...gehen.

## ...eysson gegen Abzug

AP, Bangkok

...ußenminister Cheysson hat in ...ol erklärt, Frankreich hoffe auf ...n Abzug aller fremden Truppen ...jedem Land der Welt. Wie die ...namesische Nachrichtenagen... VNA berichtet, fügte der Mini... hinzu, Frankreich wünsche ...t, daß die vietnamesischen ...ppen aus Kambodscha abrück... damit sich die „Schrecken der ...Pot-Zeit" nicht wiederholten. ...och habe sich Cheysson für das ...ht der Kambodschaner auf ...stbestimmung und freie Wah... eingesetzt.

## ...rwürfe gegen CIA

dpa/UPI, New York

...ie USA sind in einem Bericht ...amerikanischen „Time"-Maga... „tief" in die Operationen der ...en das Sandinista-Regime in Ni...gua kämpfenden Guerrillas ...trickt. Das Magazin berichtet in ...er jüngsten Ausgabe, der ameri...ische Geheimdienst CIA und ...in Panama stationierte Süd...mando der US-Armee kontrol...en eine der in Honduras einge...teten drei Kommandostellen ...rechtsgerichteten Guerrillas, das eigentliche „Gehirn" aller ...rationen gegen das benachbarte ...aragua sei. Seite 5

WIRTSCHAFT

## Tiefpunkt überwunden

AP, Bonn

Nach Ansicht der Bundesregierung ist der konjunkturelle Tiefpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik inzwischen überwunden, äußerte das Wirtschaftsministerium gestern im Monatsbericht für März. Bei der Nachfrage gebe es eine kräftige Zunahme. Die Unternehmen des produzierenden Gewerbes hätten zu Beginn des Jahres erstmals wieder ihre Erzeugung erhöht. Zur Jahreswende habe es einen sprunghaften Anstieg bei der Auftragsvergabe im Wohnungsbau gegeben. Gleichzeitig sei die Nachfrage der privaten Haushalte seit Herbst real nicht mehr zurückgegangen. Seite 9

## 1984 wieder Dividende

cd. Frankfurt

Die Commerzbank will im nächsten Jahr ihre Dividendenzahlung nach dreijähriger Pause wiederaufnehmen, kündigte Commerzbankchef Walter Seipp bei der Vorlage des Abschlusses für das letzte Jahr an, in dem weitere Schritte auf dem Wege zur Normalisierung gelungen seien. Das Betriebsergebnis einschließlich der Eigenhandelserträge war mit fast 500 Millionen Mark das bisher höchste der Bank. Seite 11

## Mehr Autos exportiert

rtr, Tokio

Die japanischen Fahrzeugexporte sind im Februar auf 485 800 Einheiten gestiegen. Im Januar waren noch 471 890 und im entsprechenden Vorjahresmonat 472 980 Fahrzeuge ausgeführt worden. Im Jahresvergleich stiegen im Februar mit 92 020 (72 020) Fahrzeugen insbesondere die Exporte in die EG, davon 19 400 (17 950) in die Bundesrepublik.

## Flüssiggas billiger

dpa, Düsseldorf

Die Preise für Flüssiggas werden am 1. April um fünf bis acht Prozent sinken, teilte der Deutsche Verband Flüssiggas in Düsseldorf mit. Dadurch verbilligt sich dieser Energieträger um etwa 60 Mark pro Tonne. Autogas, dessen Preis derzeit zwischen 0,99 und 1,02 Mark je Liter liegt, soll dann 0,98 Mark kosten. Seite 10

## Aktien-Verkäufe

DW. Frankfurt

Nach freundlichem Beginn kam es am deutschen Aktienmarkt zu Glattstellungen. WELT-Aktienindex 132,5 (131,9). Der Rentenmarkt notierte leichter. Dollar-Mittelkurs 2,4325 (2,4202) Mark. Goldpreis je Feinunze 408,75 (411,75) Dollar.

WETTER

## Es bleibt kalt

DW. Essen

Im Westen heiter bis wolkig und nur noch vereinzelt Schneeregen. Im Osten stark bewölkt und Niederschläge als Regen oder Schnee. Tagestemperaturen zwischen 4 und 7 Grad. In der Nacht 2 bis minus 3 Grad. Allgemein schwachwindig.

## Heute in der WELT

...ungen: Tichonow hielt Umschau ...on K. Ströhm S.2
...A: Wenn der Verzicht auf Macht ...Umwelt verschmutzt S.3
...cherheitsverbund Nordsee: ...oast Guard" geplant S.4
...ansit-Verkehr: Mit dem Lkw auf ...onage-Trip S.5
...rum: Personalien und die Mei...ng von WELT-Lesern S.6
...ort: Willi Daume denkt an seinen ...ckzug aus dem IOC S.7
PLO-Freischärler in Südlibanon wieder aktiv S.8
Wirtschaft: EG-Hilfe an Dritte Welt unzulänglich S.9
Fernsehen: Porträt des „Monitor"-Moderators Gerd Ruge S.14
Studienplatzbörse: 148 Tauschwünsche für Erstsemester S.14
Kultur: Meteorologie – keine Gnade für Osterfehler S.15
Aus aller Welt: Joop macht Mode – typisch deutsch S.16

# Reagan an Vogel: „Ich hoffe auf Ihre Unterstützung"

### Antwortbrief zum NATO-Doppelbeschluß / Oppositionsführer „nicht zufrieden"

hey./DW. Bonn

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat die Sozialdemokraten aufgefordert, an beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses festzuhalten. In einem Brief an Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel gibt Reagan seiner Hoffnung Ausdruck, „daß wir Ihre Unterstützung haben werden, wenn wir in den kommenden Monaten weiter das Ziel verfolgen, die Entscheidung vom Dezember 1979 durchzuführen".

Mit diesem Schreiben reagiert Reagan auf einen Brief Vogels vom 18. Februar, in dem der SPD-Kanzlerkandidat vom US-Präsidenten „konkrete Gegenvorschläge" bei den Genfer Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen in Europa zu den sowjetischen Offerten verlangt hatte. In seiner Antwort verspricht Reagan, „daß ich mich voll für ernsthafte Verhandlungen in Genf einsetzen werde", um das Ziel zu erreichen, „die gesamte Kategorie weitreichender landgestützter Raketen abzuschaffen". In diesem Ziel sei er sich mit Vogel einig. Solange es jedoch kein Abkommen gebe, müsse der Westen „fest bleiben in der Verpflichtung zur Dislozierung unserer eigenen Abschreckungssysteme".

Als Vogel dieses Schreiben gestern vor der Bonner Presse verlas, erklärte er, der Inhalt stelle ihn „nicht zufrieden". Die Antwort des Präsidenten verdiene zwar „Respekt", aber das „Hauptanliegen" seines damaligen Schreibens „war die Bitte, konkrete Gegenvorschläge zu machen". Vogel sprach sich wieder dafür aus, seine Verbindung der Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen (INF) mit den Gesprächen über die Reduzierung der Interkontinentalraketen (START) als Element eines solchen Gegenvorschlags des Westens in Erwägung zu ziehen.

Auf die Frage, ob er eine Zwischenlösung in Genf, die eine Stationierung von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern unterhalb der im NATO-Doppelbeschluß genannten Zahl von 572 Systemen zum Inhalt hätte, als substantiellen Erfolg ansehen würde, wollte Vogel sich nicht eindeutig äußern:

SEITE 2:
Die reine Lehre, noch einmal zurückgepfiffen
SEITE 8:
Im Wortlaut: Reagans Brief

Ein Vorschlag, der nur die Zahlen reduziere, würde „unseren optimalen Vorstellungen nicht entsprechen".

In diesem Zusammenhang verwies Vogel auf die Vorschläge des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke, die in einem „Diskussionsstadium" seien. Im Falle einer Nachrüstung, so hatte Ehmke gesagt, solle auf die Stationierung von Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik zugunsten von Marschflugkörpern verzichtet werden.

Vogel bemühte sich, die Äußerungen des SPD-Vorstandsmitglieds Oskar Lafontaine zu relativieren. Lafontaine hatte auf dem Jungsozialisten-Kongreß in Oberhausen bestimmte Politiker in den USA als „Verrückte" bezeichnet, die einen „Atomkrieg für führbar und gewinnbar halten", und er hatte hinzugefügt, auch bei uns gebe es „Wahnsinnige", die diese Politik der USA unterstützten. Es gehe nicht mehr nur darum, die Installierung neuer Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa verhindern zu wollen, sondern letztendlich um die Feststellung, daß „eine Mitgliedschaft in der NATO" nicht mehr tragbar sei, „wenn diese NATO uns auf ein Pulverfaß setzt, bei dem die Lunte gleich mitgezündet wird".

Vogel sprach von Äußerungen, die „zu Mißverständnissen Anlaß gegeben" hätten. Lafontaine habe in Oberhausen nur von Möglichkeiten gesprochen, die sich aus einer Änderung der Verteidigungsstrategie ergeben könnten. Vogel sagte: „Nach meiner Kenntnis gibt es niemanden, der ernsthaft die Mitgliedschaft in der NATO in Zweifel zieht."

Die äußere Sicherheit sei für die Bundesrepublik Deutschland „nur im atlantischen Bündnis zu verwirklichen". Dieses Bündnis beruhe auf der Übereinstimmung darüber, wie eine freiheitliche Gesellschaft verfaßt sein soll.

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt hat Lafontaines Oberhausener Äußerungen mit Nachdruck zurückgewiesen. Gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung" bekräftigte er die Mitgliedschaft in der NATO „ohne Wenn und Aber". Denn wirksame Entspannungspolitik, so Voigt, sei nur durch konstruktive Mitarbeit im Bündnis möglich. Auf der Grundlage der NATO-Mitgliedschaft habe Bundeskanzler Brandt die Ostverträge schließen können, auf dieser Basis wolle die SPD jetzt auch Verträge zur Abrüstung und Rüstungskontrolle erreichen und schließlich zu einer „Sicherheitspartnerschaft" von Ost und West gelangen.

DER KOMMENTAR

## Inmitten

ENNO von LOEWENSTERN

Alfred Dregger weiß stets aufs neue zu beweisen, daß er ein Gentleman ist. Die Grünen möchten in der Mitte sitzen, also bitte, sollen sie halt in der Mitte sitzen. Die SPD besetzt gern das linke Feld, also bitte, links von ihnen ist nur die Wand und nicht die grüne Spielwiese. Soll man die Macht nur deshalb ausnützen, weil man sie hat und den anderen zeigen könnte, wo ihr Platz ist?

Ob es für die Kampfmoral der Fraktion in den nächsten vier voraussichtlich mühevollen Jahren belebend sein wird, daß ihr Vorsitzender erst einmal entgegenkam, wo keine Gegenleistung zu erwarten ist, das ist interne Sache der Fraktion. Man darf hoffen, daß sie in allen anderen Fällen, in denen es darauf ankommt, die gebotene Deutlichkeit nicht hinter liebenswürdiger, aber unpolitischer Nachgiebigkeit zurückstellen wird. Denn bei den Grünen geht es keineswegs nur darum, der Konkurrenz nicht (oder nur gegen politischen Lohn) das Plätzchen an der Fernsehsonne zu gönnen oder auch nicht zu gönnen. Im Falle irgendeiner anderen, vielleicht unbequemen, aber jedenfalls eindeutig parlamentarischen Partei wäre solche Großzügigkeit des Siegers durchaus diskutabel gewesen. Im Fall der Grünen ist sie nicht primär aus parteiegoistischen, sondern aus staatspolitischen Gründen problematisch. Die Grünen haben von Anbeginn wissen lassen, daß sie sich grundsätzlich den parlamentarischen Regeln nicht zu beugen gedenken, beginnend mit Schlips und Kragen bis hin zu solchen Benehmensfragen des Hohen Hauses, die nicht nur seiner Würde, sondern auch seiner Arbeitsfähigkeit Abbruch tun können.

Das Parlament hat in Deutschland keine durchgehend glückliche Geschichte gehabt; Ausdrücke wie „System" und „Quasselbude" haben sich über Weimar hinaus erhalten. Es wäre erzieherisch wertvoll gewesen, die Grünen in jenem toten Medienwinkel am Südrand des Sitzungssaales zu plazieren, wo sie gewußt hätten, daß Schmierentheater nicht lohnt, weil es nicht gesehen wird. Wer so oft wie die Union jene speziell für die Medien gestellten öffentlichen Rüpelszenen beklagt, die es nicht gäbe, gäbe es keine beflissenen Kameras, der sollte ganz besonders im Parlament darauf achten, wie man showsinnige Kollegen zur Sachlichkeit ermuntert.

# Weinberger sieht Ende aller Raketen

### US-Verteidigungsminister weist Moskauer Kritik am neuen Defensivsystem zurück

dpa/AP, Washington

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat die von US-Präsident Reagan angekündigte Entwicklung eines Raketen-Abwehrsystems als Möglichkeit zur Abschaffung aller Raketen bezeichnet.

In einem Fernseh-Interview sagte Weinberger, er nehme an und hoffe, daß die Sowjetunion ungefähr zur gleichen Zeit ein ähnlich wirksames System entwickeln werde. Dies würde bedeuten, daß alle Raketen von der Erde verschwinden könnten. Das von Reagan vorgeschlagene Abwehr-System solle Raketen jeder Art, einschließlich der Marschflugkörper, unschädlich machen.

Deshalb, so betonte Weinberger, teile er auch nicht Befürchtungen, die geplanten neuen Defensivwaffen würden ebenso destabilisierend wirken wie die derzeitigen offensiven Atomraketen. Mit dem neuen Defensiv-System werde man „ein neues Mittel haben, um das strategische Gleichgewicht zu erhalten", das dann nicht mehr von Atomraketen abhänge, „sondern von der erwiesenen Fähigkeit, sich zu verteidigen".

Zu der jüngsten Kritik des sowjetischen Parteichefs Andropow an diesen Plänen der USA sagte Weinberger, dies sei typische sowjetische Desinformation. Andropow versuche, sich die öffentliche Meinung „mit einer Menge vollkommen unkorrekter und falscher Informationen zu sichern". Auch die Sowjetunion habe viel in die Forschung von Raketen-Abwehrsystemen investiert und sei in der Lage, solche zu entwickeln.

Das Moskauer KP-Organ „Prawda" hat den USA gestern jedoch erneut vorgeworfen, mit den Reagan-Plänen für neue Defensiv-Waffen gegen den Geist des 1967 beschlossenen Grundlagenvertrags zu verstoßen. Denn die Vereinigten Staaten planten die Entwicklung und Dislozierung von Raketen und Laser-Waffen sowie den Einsatz wiederverwendbarer Raumfähren, die im Weltall Raketen abfangen sollen. Die USA stellten sich damit auch in Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit der Staaten, die eine Nutzung des Alls ausschließlich zu friedlichen Zwecken wünschten.

In Washington haben sechs ehemalige US-Minister in einem offenen Brief an Reagans Sicherheitsberater William Clark die neuen Pläne kritisiert. Sie begründeten dies damit, daß derartige zusätzliche Militärprogramme zu einem immensen Defizit im Gesamtbudget führten und so die wirtschaftliche Erholung des Landes gefährden würden. Die Minister hatten bereits im Februar in Zeitungsanzeigen eine Kürzung der Verteidigungsausgaben gefordert.

## Museum in Berlin und Bonn?

ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat eine Idee aufgegriffen und modifiziert, die einst von Berlin aus ins Gespräch gebracht worden ist: Er möchte, daß in Berlin und in Bonn je ein Museum für Deutsche Geschichte eingerichtet wird.

Nach den Überlegungen des Kanzlers sollte in Berlin ein Museum entstehen, das die deutsche Geschichte umfassend darstellt, während sich das Museum in Bonn auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschränken sollte. Die Überlegungen des Kanzlers gehen dahin, daß beide Museen durch Forschungseinrichtungen „angereichert" werden sollten und andererseits auch spezielle Aufträge an Wissenschaftler erteilen können. Über konkrete Schritte will Kohl nach seiner Regierungserklärung im Mai mit den zuständigen Behörden des Bundes, der Länder und Gemeinden beraten.

# HDW-Sanierung gebilligt

### Mehr als 3500 Mitarbeitern droht die Entlassung

dpa/VWD, Hamburg

Das umstrittene Sanierungskonzept der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), das Massenentlassungen vorsieht, ist am Montag vom Aufsichtsrat dieser größten deutschen Werft in Salzgitter überraschend angenommen worden. Mit welcher Stimmenmehrheit das Konzept gebilligt wurde, war zunächst nicht bekannt.

Noch kurz vor der Aufsichtsratssitzung hatte die Ablehnung der Sanierungsvorschläge des Vorstandes als sicher gegolten, die neben drastischer Kürzung der Sozialleistungen für die noch verbleibende Belegschaft auch die Einstellung des Schiffsneubaus am Standort Hamburg zum Ziel haben. Es war angenommen worden, daß neben den zehn Arbeitnehmervertretern im 20köpfigen Aufsichtsrat auch der Hamburger Vertreter auf Arbeitgeberseite gegen das Konzept stimmen würden.

Die Sitzung des Aufsichtsrats war an beiden Unternehmensstandorten Hamburg und Kiel sowie in Salzgitter von Warnstreiks und Protestaktionen der Belegschaften begleitet. In Hamburg sind mehr als 2000 der insgesamt 4000 Mitarbeiter und in Kiel rund 1500 der noch 7000 Beschäftigten von den Entlassungen bedroht.

Der Hamburger HDW-Betriebsratsvorsitzende Holger Mahler meinte gestern in einem Interview des Deutschlandfunks, wenn das Unternehmen eine andere Politik betriebe, brauchte es nicht zu Entlassungen zu kommen. Man müsse sich fragen, ob sich die Bundesrepublik „total vom Schiffsbaumarkt verabschieden" wolle. Dies sei auch eine politische Entscheidung. Zum anderen sei es möglich, „sinnvolle Produkte" auf der Werft zu fertigen, meinte Mahler. Dazu gehörten nach seiner Meinung schwimmende Kraftwerke oder Anlagen zur Umwandlung von Erdgas in Ammoniak.

# Metall-Gespräche gehen in Nordrhein-Westfalen weiter

### Tarifpartner hoffen auf Einigung bis Ostern

AP/dpa, Frankfurt

Die seit mehr als einer Woche blockierten Tarifverhandlungen der Metallindustrie werden heute in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt. Die Arbeitgeber dieses Tarifbezirks haben Verhandlungen in Neuss vorgeschlagen, die von der Gewerkschaft akzeptiert wurden.

In Nordrhein-Westfalen sind fast eine Million der insgesamt knapp 3,5 Millionen Metall-Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. Wie ein Sprecher des Arbeitgeber-Verbandes Gesamtmetall ankündigte, werden in Neuss auch die anderen regionalen Verhandlungsführer mit am Tisch sitzen.

Am 19. März waren im Pilotbezirk Bayern die Verhandlungen nach der sechsten Gesprächsrunde geplatzt. Kernpunkt war dabei die Frage, inwieweit der Abschluß des Haustarifvertrages für VW über vier Prozent mehr Lohn und Gehalt Vorbild für die gesamte Metallindustrie sein kann. Die IG Metall zielte auf einen gleichen Abschluß – vier Prozent für 15 Monate –, während die Arbeitgeber drei Prozent für 15 Monate einzuräumen bereit waren.

Am Wochenende hatten sich die Spitzen des Arbeitgeberverbandes und der IG Metall, Gesamtmetall-Präsident Wolfram Thiele und Gewerkschaftschef Eugen Loderer, in der Nähe von Frankfurt auf das „Wiederflottmachen" der Verhandlungen geeinigt. Die Äußerungen des IG-Metall-Chefs Loderer, auch ein nicht „von VW abgeschriebener Kompromiß" sei denkbar, scheint auf eine kürzere Laufzeit als Verhandlungsziel hinzudeuten. Damit würde der Gewerkschaft auch ein Abgehen von der Vier vor dem Komma leichterfallen. Alle Äußerungen der Beteiligten scheinen darauf hinzudeuten, daß noch bis Ostern der Kompromiß gefunden wird.

*

AP, Mannheim

Die Tarifparteien der deutschen Druckindustrie haben sich gestern in Mannheim zur ersten zentralen Verhandlungsrunde getroffen. Die IG Druck und Papier fordert für die rund 175 000 gewerblichen Beschäftigten der Branche 6,5 Prozent mehr Lohn, mindestens aber einen Ausgleich der Preissteigerung. Außerdem will die IG Druck eine neue Lohnstruktur erreichen und in den Verhandlungen auf kürzere Arbeitszeiten hinarbeiten.

Die Arbeitgeber haben dieses Forderungspaket bereits als „überzogen" abgelehnt. Der Vizepräsident des Bundesverbandes Druck und Verhandlungsführer der Arbeitgeber in Mannheim, Gerold Mack, erklärte erst kürzlich, er befürchte, daß die Erfüllung solcher Forderungen bedeuten könne, daß noch mehr Betriebe in Konkurs und noch mehr Arbeitsplätze verloren gingen. Vor dem Hintergrund von 14 000 Arbeitslosen und 160 Insolvenzen in der Druckindustrie müsse sich der Lohnabschluß an dem orientieren, was für die Betriebe erträglich und für die Beschäftigung hilfreich sei.

Ein Sprecher der Arbeitgeber machte unmittelbar vor Beginn der Mannheimer Verhandlungen deutlich, daß in dieser ersten Runde wohl noch nicht mit einem Angebot der Arbeitgeber zu rechnen sei. Es sei nicht auszuschließen, daß die Gespräche bereits heute fortgesetzt würden.

Seite 2: Die Formel der Chemiker

# Bundestag wählt heute den Kanzler

### Brandt eröffnet die Sitzung / Grüne sitzen im Plenum zwischen CDU und SPD

M. SCHELL/S. HEYDECK, Bonn

Der 10. Deutsche Bundestag tritt heute zu seiner konstituierenden Sitzung und zur Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler zusammen. Bundespräsident Karl Carstens hat – wie es das Grundgesetz vorsieht – nach Gesprächen mit Repräsentanten der nunmehr vier Bundestagsfraktionen Helmut Kohl erneut für das Amt des Regierungschefs vorgeschlagen.

Der Wahlvorgang wird aber wahrscheinlich erst am späten Nachmittag stattfinden können, weil sowohl die SPD als auch Grünen vorhergehende Geschäftsordnungsdebatten angekündigt haben. Ein Streitpunkt konnte allerdings gestern beseitigt werden: Die 28 Abgeordneten der Grünen/Alternativen werden zwischen den Fraktionen von CDU/CSU und der SPD sitzen. Die neue Sitzordnung wurde von der Union akzeptiert, die ihre Haltung als Entgegenkommen gegenüber der SPD verstanden wissen will.

Offen blieb gestern, ob die Grünen – wie sie verlangen – einen Vizepräsidenten des Parlaments stellen können. SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat noch gestern eine gewisse Sympathie dafür bekundet. CDU/CSU und FDP haben dies allerdings abgelehnt. Bei weiterhin fünf Präsidiumsmitgliedern hätten FDP und Grüne aufgrund ihrer Abgeordnetenzahl keinen Anspruch auf ein Vizepräsidentenamt. Die Union hat sich allerdings bereit erklärt, der FDP einen Vizepräsidenten zu überlassen, und die SPD ermuntert – wenn sie es für notwendig erachte –, ihrerseits gegenüber den Grünen so zu verfahren.

Bundestagspräsident wird Rainer Barzel (CDU). Als Vizepräsidenten stehen bislang Richard Stücklen (CSU) und Annemarie Renger (SPD) fest. Die FDP-Führung will wieder Richard Wurbs nominieren. Für das zweite, der SPD zustehende Vizepräsidentenamt waren die Abgeordneten Karl Liedtke und Heinz Westphal im Gespräch. Die Grünen wollen jeweils Christa Reetz als Gegenkandidatin vorschlagen.

Eröffnet wird die Parlamentssitzung um 11 Uhr durch Alterspräsident Willy Brandt, auf den diese Wahl fiel, nachdem Egon Franke (SPD) und der grüne Abgeordnete Werner Vogel verzichtet hatten.

Die Wahl Kohls zum Kanzler gilt als sicher. CDU und CSU stellen (jeweils ohne Berliner) 244 Abgeordnete, die SPD 193, die FDP 34 und die Grünen 27. Die Koalition aus CDU/CSU und FDP verfügt damit über eine stabile Mehrheit.

Seite 5: Erstes „Erfolgserlebnis" für die Grünen

1f

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Eine Menge Geld*

Von Claus Dertinger

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) greift die Bundesbank in überaus scharfer Form an. Ihre Geldpolitik sei zu expansiv und beschwöre die Gefahr eines Rückschlags bei der Stabilisierung von Kosten, Preisen, Zinsen und Konjunktur herauf, warnen die Forscher unter Hinweis auf die starke Ausweitung der Geldmenge. Sie stieg im Februar um elf Prozent, damit weit über den oberen Rand des Zielkorridors (vier bis sieben Prozent) hinausschießend.

Die vom RWI zur Geldpolitik des Jahres 1978 gezogenen Parallelen mögen in einzelnen Punkten ein wenig schief sein. Dennoch: Das RWI deutet auf eine wunde Stelle der Geldpolitik, die auch die Frankfurter Währungshüter schon schmerzt. Deshalb haben sie ja auch bei der letzten Leitzinssenkung gleichzeitig die Bankenliquidität beschnitten.

Der Ausreißer der Geldmenge im Februar, der vermutlich überwiegend mit spekulativen Devisenzuflüssen zusammenhing, mag noch hinzunehmen sein. Er wird jetzt möglicherweise durch Devisenabflüsse wieder korrigiert, und außerdem hat die Bundesbank noch ein Dreivierteljahr Zeit, die Geldmengenentwicklung wieder in den Zielkorridor zurückzuführen. Zudem muß ein zu weiter Geldmantel nicht notwendigerweise sofort mit Inflation gleichgesetzt werden.

Aber die Bundesbank muß aufpassen, daß die Wirtschaft das sich aufbauende Inflationspotential nicht nutzt – eine Gefahr, die bei sich bessernder Konjunktur und Nachfrage akut wird, wenn die Unternehmen wieder Chancen zur Aufbesserung der gedrückten Gewinnmargen sehen. Hier ist die staatlich gepushte Bauwirtschaft zunächst wohl der größte Gefahrenherd. Von dort aus könnten sich Preissteigerungen wie ein Ölfleck auf dem Wasser ausbreiten. Wenn die Bundesbank nicht rechtzeitig die Liquiditätsschrauben anzieht, blieben niedrige Zinsen und niedrige Inflationsrate ein kurzer Traum.

## *Tichonow hielt Umschau*

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolaj Tichonow in Jugoslawien endete mit dem üblichen Kommuniqué, in dem auf Wunsch der Gastgeber die „Belgrader und Moskauer Deklarationen" von 1955 und 1956 ausdrücklich zitiert werden. Beide Dokumente hatten seinerzeit das Recht Jugoslawiens auf einen eigenen Weg zum Sozialismus und damit auf Unabhängigkeit von Moskau bekräftigt.

Nun ist aber eine Voraussetzung für die Unabhängigkeit eines Landes – ganz gleich, welches System dort regiert – vor allem innere Stabilität und wirtschaftliche Konsolidierung. Tichonow war während seines Aufenthalts nicht nur in Belgrad, sondern auch in einigen Teilrepubliken, so etwa in Kroatien. Der sowjetische Gast konnte sich also an Ort und Stelle ein Bild von den divergierenden Interessen und den Gegensätzen innerhalb des jugoslawischen Nationalitätenstaates machen. Moskau bietet den Jugoslawen jetzt neue Kredite an – also eine Verstärkung des jugoslawischen Osthandels zu einer Zeit, da jugoslawische Produkte im Westen oft nur mühsam abgesetzt werden können. Schon warnen manche jugoslawische Nationalökonomen und Politiker, daß eine zu starke Ost-Orientierung jugoslawischer Exporte zu unerwünschten politischen Abhängigkeiten führen könnte.

Für die Sowjetunion ist der Traum, eines Tages das 1948 „verlorene" Ufer des Adriatischen Meeres zurückzugewinnen, gewiß noch lange nicht ausgeträumt. Je labiler und unübersichtlicher die wirtschaftliche Situation Jugoslawiens sich entwickelte, je schwieriger es für das von Tito hinterlassene System wird, effizient zu funktionieren, desto größer werden die Chancen Moskaus. Es muß nicht einmal die von vielen gefürchtete militärische Invasion sein: Der sowjetische Einfluß kann auch auf den leisen Sohlen des Handels und der Indoktrinierung kommen.

## *Entrüstung in Managua*

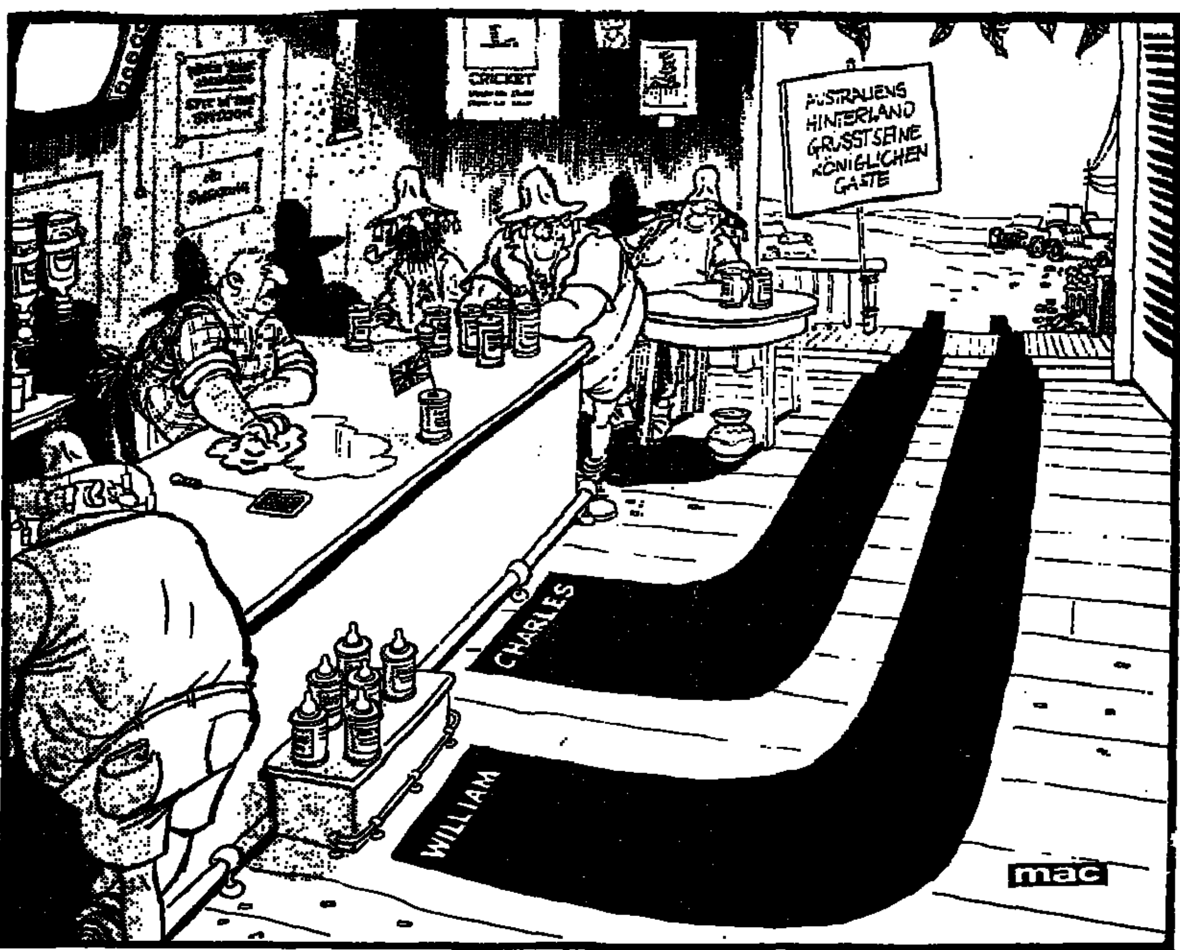
Von Enno v. Loewenstern

Noch läßt sich nicht sagen, ob Nicaraguas Haltet-den-Dieb-Komödie in den Vereinten Nationen nur von der sandinistischen Aggression gegen El Salvador ablenken soll oder ob das Regime der Comandantes ernsthaft beunruhigt ist durch das Auftreten von Guerrillas an den Landesgrenzen. Nicaragua hat die stärksten Streitkräfte Mittelamerikas (außer, allenfalls, Kuba). Aber die Comandantes wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer reguläre Truppen es mit Untergrundbewegungen haben. Und sie wissen, daß es dem Ruf des Regimes nicht gut tun kann, wenn sich eine Befreiungsbewegung gegen die angeblichen Befreier konstituiert.

Schließlich: Es kann den Waffen-Nachschub für die Terroristen in El Salvador beeinträchtigen, wenn man mehr Waffen im eigenen Gebiet braucht. Eine unausgesprochene Entrüstung darüber, daß die anderen bei Mao abgekupfert haben, scheint bei den Sandinisten mitzuschwingen.

In den USA warnen bestimmte Kommentatoren prompt die Regierung Reagan, nur ja nicht den Nicaraguanern anzutun, was diese mit kubanischer und sowjetischer Hilfe den Salvadorianern antun. Hatte man eben noch den historischen Vergleich mit Vietnam gegen eine Hilfe für El Salvador bemüht, so bietet man jetzt eine andere Reminiszenz zugunsten Nicaraguas auf: das Scheitern des Vorstoßes gegen Castro 1961 in der Schweinebucht. Gewissen Vordenkern stellt sich die Geschichte Amerikas als eine Kette der Niederlagen dar, bestehend aus zwei Gliedern.

Dennoch, den besten Vergleich haben die Sandinisten selber beigesteuert. Ein Unter-Comandante namens Enrique Schmidt, Postminister in Managua, besuchte das Land seiner Großväter und warnte die Jungsozialisten in Oberhausen: „Die Feinde des mittelamerikanischen Volkes sind auch die Feinde des deutschen Volkes. Wer in Nicaragua imperialistische Politik betreibt, betreibt sie auch in der Bundesrepublik." Senor Schmidt meinte die Amerikaner. Gut, daß er uns daran erinnert, in welchem Elend wir seit Jahrzehnten unter dem amerikanischen Imperialismus schmachten.




„Hoffentlich kommen sie auch hierher – es ist so mühsam, Bierdosen auf Milch umzustellen!" ZEICHNUNG: MAC

# Die Formel der Chemiker

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Lohnrunde 1983 steht unter besonderen Vorzeichen. Erstens müssen die Gewerkschaften nicht nur mit der Höhe der Abschlüsse, sondern auch mit ihrer Gangart Farbe bekennen, wie sie sich nach dreizehn Jahren sozialdemokratischer Kanzlerschaft zu der unionsgeführten Bundesregierung stellen. Zweitens stehen beide Tarifparteien in der Verantwortung, bei den Lohnabschlüssen so viel gesamtwirtschaftliche Vernunft walten zu lassen, daß der Aufschwung nicht im Keim erstickt wird. Drittens darf das Augenmaß nicht durch die bedrückende Tatsache getrübt werden, daß die Massenarbeitslosigkeit nicht kurzfristig bewältigt werden kann.

Was den ersten, den politischen Aspekt betrifft, so scheint erfreulicherweise Eugen Loderers Wort zu gelten, wonach es „vergebliche Liebesmühe" wäre, wenn die Gewerkschaften versuchen wollten, den Wählerwillen zu korrigieren. Loderer hat auch zur Kenntnis genommen, daß am 6. März viele Arbeitnehmer – also auch viele Gewerkschaftsmitglieder – von der SPD zur Union übergewechselt sind.

Allerdings ziehen weder er noch der DGB daraus die gebotene Konsequenz. Das Wahlergebnis war für die SPD so enttäuschend, weil die Wähler ihr die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz aberkannten. Da aber die SPD auf ihrem Münchner Parteitag ein gewerkschaftsorientiertes Wirtschaftsprogramm beschlossen hatte, haben die Wähler – nicht zuletzt die Arbeitnehmer unter ihnen – zugleich den wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB eine Absage erteilt.

Zu den beiden tarifpolitischen Aspekten hat sich die aufschlußreiche Tatsache ergeben, daß die IG Metall ihre gewohnte Führerschaft in der Lohnrunde verlor, weil sie in außergewöhnlicher Situation am verkrusteten Ritual der Tarifverhandlungen klebenblieb. Die Übung regionaler Verhandlung scheiterte zunächst, weil es offenkundig an einem Mindestmaß zentraler Orientierung fehlte. Dieses Versäumnis wurde inzwischen mit einem Spitzengespräch des Gesamtmetall-Präsidenten Thiele und des IG-Metall-Chefs Loderer nachgeholt.

Weil die zentrale Orientierung fehlte, biß sich die IG Metall in Bayern an der Vier vor dem Komma fest, die beim VW-Abschluß erreicht worden war. Der Unfug des rituellen Tarifschaukampfes begann damit, daß die Vier vor dem Komma eine Drei ist, weil die Laufzeit bei VW nicht für zwölf, sondern für fünfzehn Monate vereinbart wurde. Der Unfug steigerte sich zum Unsinn, weil die vom Aufschwung bereits beflügelten VW-Werke nicht zum Maßstab für die vielen metallverarbeitenden Firmen, die noch tief in der Flaute stecken, gemacht werden können.

Es spricht von löblicher Einsicht, daß Loderer das anachronistische Verhandlungsritual mit seinen oft genug lächerlichen Droh- und Schaugebärden in zwei Sätzen verdammte, die nicht oft genug zitiert werden können: „Jedes Jahr machen wir drei bis vier Monate am Abschluß eines Tarifvertrages herum. Dieser Aufwand an Zeit, Kraft und Geduld, dieses Strapazieren der deutschen Öffentlichkeit ist unerträglich." Wie man es sehr viel besser machen kann, führte ihm sein Kollege von der IG Chemie, Hermann Rappe, vor.

Die Tarifparteien der Chemie-Branche brauchten nur zwei Tage, um einen Vertrag zustande zu bringen, von dem man wünschen möchte, daß er zum Modell der Lohnrunde 1983 wird:

1. Die Lohnerhöhung um 3,2 Prozent erreicht bei einer Laufzeit von vierzehn Monaten tatsächlich nur 2,5 Prozent. Es steht keine Vier, keine Drei, sondern in Wirklichkeit eine Zwei vor dem Komma. Das ist der Lage angemessen.

2. Die Zwei vor dem Komma bleibt auch dann, wenn man 0,25 Prozent Kostensteigerung infolge der vereinbarten Altersfreizeit draufsattelt. Die Altersfreizeit verschafft Arbeitnehmern, die älter als 58 Jahre sind, bei unvermindertem Lohn eine Verkürzung der Arbeitszeit von zunächst vier Stunden alle vierzehn Tage, später von vier Stunden je Woche. Diese Regelung ist ein Musterbeispiel tarifpolitischer Beweglichkeit. Die Arbeitgeber erreichten eine generelle Festschreibung der Vierzig-Stunden-Woche um weitere drei Jahre bis Ende 1987. Dafür willigten sie in die ebenso humane wie soziale Altersfreizeit ein, die nur etwa acht Prozent der Beschäftigten betrifft. Die Gewerkschaft ihrerseits hofft, den „Fuß in die Tür zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit" (Rappe) gestellt zu haben.

3. Die Ausbildungsvergütungen werden nicht erhöht, so daß es den Unternehmen ermöglicht wird, mehr Auszubildende einzustellen.



Ein Lehrstück für die Kollegen: Rappe FOTO: TOM ROHWER

Alles in allem zeugt dieser Tarifvertrag vom vernünftigen Sinn unseres Verfassungsinstituts der Tarifautonomie. Er beweist gesamtwirtschaftliches Augenmaß. Zugleich bietet er ein Lehrstück, daß so vielschichtige Probleme wie die Verkürzung der Arbeitszeit am besten durch Vereinbarung der Tarifpartner gelöst werden können; denn sie sind am ehesten in der Lage, einen Weg zu finden, der den besonderen Gegebenheiten jedes Wirtschaftszweiges gerecht wird.

In Bonn hat sich die Koalition vorgenommen, eine „flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit ohne zusätzliche Gesamtbelastung der Wirtschaft" zu verwirklichen. Schon jetzt läßt sich sagen, daß eine Normierung auf der Basis versicherungsmathematischer Abschläge von der Rente die Verkürzung der Lebensarbeitszeit wohl kaum attraktiv machen wird, ganz abgesehen davon, daß sich ein Gesetz als ein zu grobschlächtiger Einheitsleisten erweisen dürfte. Der in der Tarifautonomie schon seit längerem beschrittene Weg ist aussichtsreicher.

Die IG Metall hat nun die Chance, Loderers Einsichten mit Leben zu erfüllen, indem sie sich an dem einfallsreichen Chemie-Abschluß ausrichtet. Es ist schon viel wert, daß mit dem Spitzengespräch die Streikgefahr entschärft wurde. Beschreitet die IG Metall den Pfad der Tugend, so wäre der ÖTV ein Rahmen vorgegeben, der die neue Vorsitzende, Wulf-Mathies, aus der Versuchung erlösen könnte, sich als erste Frau an der Spitze einer großen Gewerkschaft in ihrer ersten Tarifrunde besonders streitbar zu zeigen.

## IM GESPRÄCH Karl Schumacher

# Quartiermeister des Sieges

Von Manfred Schell

Im Jubel über den Erfolg wird so mancher vergessen, der Tag und Nacht geackert hat, auf daß es dazu komme. „Wir alle haben gesiegt", hat Bundeskanzler Helmut Kohl nach dem 6. März vor allem den Parteifreunden im CDU-Bundesvorstand zugerufen, die den Sieg flink in die eigene Tasche rechnen wollten, um daraus Ansprüche abzuleiten.

Im Saal saß still ein Mann dabei, der zwar kein politisches Amt hat, aber der mehr als so mancher Großkopfete am Wahlsieg mitgewirkt hat: Karl Schumacher, der im Konrad-Adenauer-Haus die Hauptabteilung Organisation leitet. Genau 1638 Veranstaltungen hat er im kurzen Winterwahlkampf organisiert – von der Anmietung der Hallen, der Montage der Lautsprecheranlagen, der Gestaltung des „Bühnenbildes", der Auswahl der Musikkapelle, dem Transport der Redner bis hin zur Einrichtung eines Fotolabors und einer mobilen Druckerei; nichts blieb dem Zufall überlassen.

Die Hektik, die Karl Schumacher umgibt, prallt an ihm ab. Der bescheiden auftretende Mann – immer für ein Späßchen zu haben –, mit dem listigen Lächeln in den Augenwinkeln und der wohl nie kalt werdenden Pfeife im Mundwinkel ist der ruhende Pol in diesem Geschäft. Auch die gegnerischen Sozialdemokraten sprechen über den 56jährigen voller Hochachtung, seitdem er ihnen im letzten Herbst 150 Hallen vor der Nase weggeschnappt hat. Schumacher hatte, den Bruch der alten Koalition ahnend, auf eigene Kappe die Hallen vorsorglich für den Wahlkampf bestellt. Die Sozialdemokraten mußten sich anderweitig, zum Beispiel in Duisburg mit einem Zelt, behelfen.

Schumacher ist Autodidakt. Nach vier Jahren russischer Gefan-



Schnappte Säle weg: CDU-Wahlkampforganisator Schumacher FOTO: DPA

genschaft war er als 23jähriger im Dezember 1949 nach Frankenthal, in seine pfälzische Heimat, zurückgekommen. Als Zollbeamter tat er dann an der Saargrenze Dienst. 1957 wurde er zur Bundesfinanzverwaltung versetzt. Hier hatte er erste Berührung mit der Elektronischen Datenverarbeitung. 1964 berief ihn die CDU Münsterland zu ihrem Kreisgeschäftsführer. Seine organisatorischen Fähigkeiten sprachen sich herum, und im April 1972 bekam Schumacher ein Angebot der Parteizentrale in Bonn.

Er hat das Adenauer-Haus, das übrigens voll verkabelt ist, zu einem modernen Dienstleistungszentrum für die Gesamtpartei entwickelt. Schritt für Schritt, auch nach Feierabend, hat er sich in die komplizierte Materie eingearbeitet und so bewirkt, daß die integrierte Text- und Datenverarbeitung in den Dienst der Partei gestellt wurde. Denn ohne moderne Technik, das weiß Karl Schumacher, ist ein Wahlkampf nicht zu gewinnen.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Frankfurter Allgemeine

**Im Hinblick auf eine für diese Woche angekündigte neue Reagan-Rede schreibt das Blatt:**

Die Idee, künftig die Raketen vom Vaterland mit einem unsichtbaren Schirm einfach abzuhalten wie Hagelkörner mit einem Heißluftstrahl, schafft Verwirrung auch gerade dort, wo man sich bemüht, die Strategie des Atomzeitalters mit allen zu Gebote stehenden Informationen zu analysieren. Die Versprechung des Präsidenten hat, wie die Rede in Florida, in der er frommen Leuten die Sowjetunion als Beelzebub enthüllte, wohl mehr mit innenpolitischen Zielgruppen zu tun (und eventuell mit einer künftigen Kandidatur) als mit den Sorgen der Verbündeten. Diese müssen sich vielmehr sagen, daß es jetzt fast noch schwieriger ist als zu Carters Zeiten, vorauszuahnen, was da nächstens kommt. Den Leuten im State Department scheint es nicht anders zu gehen – wenn das auch ein seltsamer Trost sein mag.

### THE TIMES

**Die in London erscheinende Zeitung porträtiert den Ex-General Bastian, der für die Grünen in den Bundestag eingezogen ist:**

Zwischen den 28 Bundestagsabgeordneten der Grünen sitzt ein Mann, der mehr als jede andere öffentliche Figur Gefühle des Ärgers, der Bitterkeit, der Achtung und der Bewunderung auslöst; ein Mann, der von einigen als Verräter und von anderen als mutiges Beispiel von Aufrichtigkeit bezeichnet wird; ein Mann, der fast so etwas wie ein westlicher Sacharow ist. Es ist General Gert Bastian, ein Berufssoldat, der eine führende Figur der westdeutschen Friedensbewegung geworden ist. Wenige Veränderungen sind so überraschend wie die Umwandlung dieses hingebungsvollen und disziplinierten Panzerkommandanten in den gewählten Vertreter einer radikalen, pazifistischen Ökologie-Partei ... Bastian ist in vielerlei Weise ein klassischer Dissident. Wie bei Sacharow in der Sowjetunion entwickelte sich seine Radikalisierung schrittweise und nahezu gegen den eigenen Willen durch berufliche Meinungsverschiedenheiten über die Atompolitik. Bastian geriet in Konflikt mit seinen Kollegen, dann mit den Politikern, und er zahlte dafür den Preis mit Berufsausschluß und Ächtung.

### LE FIGARO

**Die Pariser Zeitung merkt zu den einschneidenden Ausreisebeschränkungen für Franzosen an:**

Unter dem Druck von Ereignissen, die nur die Folge einer absichtlich betriebenen Politik sind, entfernt sich Frankreich unmerklich immer etwas mehr von den großen liberalen Demokratien, um sich schrittweise dem Ideal zu nähern, das ein Teil unserer Führer offen hegt: ein Jugoslawien, ein Ungarn zu werden ... In der Tat ist die Zeit gekommen, sich für die Verteidigung der individuellen Freiheit zu mobilisieren, sich für die Achtung dieses menschlichen Grundrechts einzusetzen, das für einen freien Bürger bedeutet, daß er reisen kann, wann und wohin er will, ohne einer Staatspolizei Rechenschaft schuldig zu sein.

### LE QUOTIDIEN DE PARIS

**Das Blatt konstatiert, die Franzosen kämen sich neuerdings wie Dissidenten vor:**

Wenn die Franzosen trotz allem noch das Recht haben, andere Freuden als die des eigenen Landes kennenzulernen, so erinnert das auf eigenartige Weise an den sowjetischen Liberalismus: Wir verlassen Frankreich wie die Dissidenten die UdSSR, das heißt mit nacktem Hintern ... Die Lektion ist wieder einmal, daß Frankreich in zwei Teile geteilt ist: auf der einen Seite die Masse der „armen Schw ...", Gefangene des Hexagons, auf der anderen die Privilegierten des Regimes, die die Straßen der Welt weiter mit großen Schritten durchmessen, um ihre traurige Philosophie zu verkünden. Es fängt gut an mit der von François Mitterrand verkündeten Verringerung der Ungleichheiten!

# Die reine Lehre, noch einmal zurückgepfiffen

Wenn Oskar Lafontaine aus seinem Herzen kein Pulverfaß macht / Von Herbert Kremp

Der Versuch des saarländischen SPD-Landesvorsitzenden Lafontaine, die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in Frage zu stellen, mußte in der eigenen Partei auf Widerspruch stoßen. Die radikale Sprache des Saarländers gefährdet den Auftrag des Oppositionsführers Vogel, die auseinanderstrebenden Teile der Parlaments-Fraktion zusammenzuhalten. Parteichef Willy Brandt mußte in der vergangenen Woche durch Beschwörungen dazu beitragen. Denn nun, in der Opposition, sind die Partei und ihre Abgeordneten zu einer einheitlichen Selbstdarstellung gezwungen.

Hans-Jochen Vogels Replik fiel entsprechend deutlich aus. Nach seiner Kenntnis, so sagte er, gebe es in der SPD niemanden, der ernsthaft die Mitgliedschaft in der NATO in Zweifel ziehe. Die äußere Sicherheit sei nur im atlantischen Bündnis zu realisieren. Lafontaine habe sich hypothetisch und mißverständlich geäußert.

Der Fraktionsvorsitzende mag das so sehen. Tatsächlich aber lehnte Vorstandsmitglied Lafontaine die Nachrüstung kategorisch ab. Die neuen Waffen setzten uns „auf ein Pulverfaß mit bereits gezündeter Lunte", erklärte er vor den Jungsozialisten in Oberhausen. Die Politiker in den USA, die einen Atomkrieg für führbar und gewinnbar hielten, seien nicht geeignet, „unsere Bündnispartner zu sein". Sie seien Verrückte.

Lafontaine, dessen Ansichten bekannt sind, hatte während des Wahlkampfes Zurückhaltung geübt. In Oberhausen trat er unter dem Beifall der Jungsozialisten und mit Unterstützung des schleswig-holsteinischen Oppositionsführers Engholm zum Angriff gegen die Außen- und Sicherheitspolitik des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt an, bei dessen Demontage in der Öffentlichkeit er kräftig mitgewirkt hatte. Seine Auffassungen werden weit über die Oberhausener Szene vom Wochenende in der Partei geteilt. Sie offen und „rein" vertreten zu können beflügelte dort seit dem NATO-Beschluß 1979 die Sehnsucht nach Opposition.

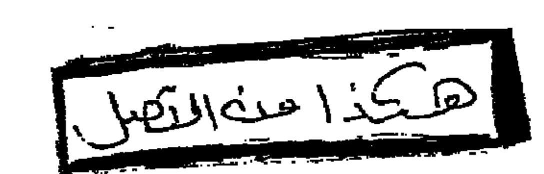
Das macht den Ernst des Auftritts aus. Die Kritik bezieht Hans-Jochen Vogel ein. Björn Engholm, der bei den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen besser abschnitt als der SPD-Kanzlerkandidat, verlangt von seiner Partei „deutlichere Antworten", als sie während des Wahlkampfes gegeben wurden. Hinsichtlich der Stationierung könne das nur heißen, sagte Engholm, daß auf deutschem Boden keine weiteren Raketen erwünscht seien. So weit war Vogel, trotz aller Unsicherheit im Ausdruck, weder bei seinem Besuch in Washington noch während seiner Wahlkampf-Visite in Moskau gegangen.

Engholm hat in Schleswig-Holstein die Grünen unter fünf Prozent gedrückt, was Vogel eine Woche vorher nicht gelungen war. Der jüngere Politiker folgt einem anderen Integrations-Konzept, das manchen Sozialdemokraten attraktiver erscheinen mag. Die Diskussion darüber hat offen eingesetzt.

Partei- und Fraktionsführung der SPD werden sich alle Mühe geben, die kurz vor dem Zusammentritt des neuen Bundestages aufgerissene Flanke zu schließen. Vogel kann sich nicht zum Oppositionsführer des Übergangs abstempeln lassen. Besonders peinlich muß ihm sein, daß in Lafontaines Amerika-Kritik derselbe polemische Begriff auftaucht, den Andropow ebenfalls am Wochenende in einem Gespräch mit der „Prawda" geäußert hat: Die Bestrebungen Washingtons, Optionen für einen Sieg in einem Atomkrieg z[u] entwickeln, seien „verrückt".

Den fatalen Gleichklang e[r]wähnte Vogel vor der Press[e] jedoch nicht. Statt desse[n] wandte er sich im Zusamme[n]hang mit der Korrektur Lafo[n]taines wieder halb gegen de[n] amerikanischen Präsidente[n], dessen gerade eingegange[ne] Antwort (auf das Schreib[en] vom 18. Februar) ihn nicht „z[u]friedenstelle", weil sie kei[ne] konkreten Gegenvorschläge [an] die Adresse Moskaus enthal[te].

So bleibt am Ende doch d[er] Eindruck des Lavierens: U[m] der Radikalkritik des link[en] Flügels entgegenzuwirk[en], stellt Vogel sich selbst als n[...] den Kritiker Washingtons d[ar]. Diese Beugung zwischen d[en] Winden wirkt nicht glaubw[ür]dig. Der Oppositionsführe[r] orientiert sich leider nicht a[n] außenpolitischen Daten, so[n]dern wie bisher an parteipolit[i]scher Opportunität.



## Amerikaner finden auf Grenada große Waffenlager – Der US-Präsident spricht von kubanisch-sowjetischer Kolonie

# Vor die TV-Kameras tritt Reagan als Befreier

Von TH. KIELINGER

Am Donnerstagabend konkurrierten auf den amerikanischen Fernsehschirmen mächtige Bilder. Eine halbe Stunde lang, zwischen 20.00 Uhr und 20.30 Uhr, hat Präsident Reagan die Schirme für sich allein. Er hält eine Rede, die nicht nur denkwürdig ist für die Amtszeit dieses Präsidenten, sie markiert auch eine Zäsur in der jüngsten amerikanischen Geschichte, die mit dem Rückzug aus Vietnam begonnen hatte.

Es ist beinahe sicher, daß die Zeitgeschichtler Reagans Rede als den Schlußstein dieser Epoche ausrufen werden, oder als den Beginn eines neuen Kapitels. Die erste Seite ist mit Blut geschrieben, dem Blut von 225 amerikanischen Ledernacken in Beirut und ihren Waffenbrüdern in Grenada.

Aber es ist keine Geschlagenheit in Reagans Stimme oder Auftreten, allenfalls die trauernde Hinnahme eines Schicksals, das dem Handelnden die Opfer nicht erspart. Daneben bricht Stolz durch, über die „großartige Einstellung unserer jungen Männer und Frauen in Uniform" und über den Geist der Eintracht („Wir sind in erster Linie Amerikaner, und erst dann irgend etwas jeweils Unterschiedliches"), der sich auf die streitsüchtige Hauptstadt Washington gesenkt habe.

Doch kaum hat der Präsident geendet, die Moderatoren ihre Zusammenfassung gegeben, wechseln die Bilder nach Grenada. Die amerikanischen Medien haben wie sehnsüchtig auf diese ersten von ihnen selbst geschossenen Filmaufnahmen gewartet, nachdem die Regierung sich bis Donnerstag geweigert hatte, Journalisten an Land zu lassen oder solchen,



Gefangene Kubaner: für sie ist der Kampf und der Einsatz in Grenada beendet.

die durchgeschlüpft waren, die Erlaubnis zu erteilen, über das Gesehene zu berichten. Freilich, gefilmt wurde trotzdem – von einem Pentagon-Fotografen in Uniform. Was diese Streifen zeigen, am Abend der Reagan-Rede, übertrifft an Eindruckskraft bei weitem die Szene abbröckelnden Kampfgeschehens, die die frisch eingeflogenen Journalisten vor ihre Linsen bekamen.

Der Truppenfotograf ist bis zu der Stelle – vier Meilen nördlich der Hauptstadt Grenada – vorgestoßen, wo die Kubaner in mehreren Lagerhallen ein riesiges Waffenlager anzulegen begonnen hatten. Man glaubt, in ein Zentrum des Militarismus versetzt zu sein. Bis an die Decke der Lagerhallen gestapelte Munitions- und Gewehrkisten, mit Aufschriften teils in russischer, teils in englischer Sprache.

Eine Ladung trägt den Stempel „Oficina Economics Cubana". Aufgepflanzte automatische Gewehre vom Typ AK 47, 120-mm-Mörser, Flugabwehrgeschütze, Granatwerfer. Eine Ausrüstung für „wenigstens 10 000



Auf dem Flughafen stapeln sich die Waffen der grenadischen und kubanischen Soldaten.

Guerrillas", wie es später ein Beamter des Weißen Hauses darstellt. Auf einer Insel mit 110 000 Einwohnern.

Auch in Reagans Rede bildet der Bericht über die Funde in Grenada den Höhepunkt. Der Präsident bekennt offenherzig die Ahnungslosigkeit der amerikanischen geheimdienstlichen Erkenntnisse, man habe sich sowohl über den Umfang der Waffenansammlung auf Grenada als auch – und das ist noch bemerkenswerter – über die Stärke der kubanischen Truppen geirrt. Inzwischen glaubt das Pentagon, es mit 1500 bis 1800 kubanischen Militärs auf Grenada zu tun zu haben.

Reagan gerierte sich, mit dem Bewußtsein des Rechts auf seiner Seite, vor der Kamera als der wahre Befreier: „Wir haben einen kompletten Stützpunkt, ausgerüstet mit Waffen und Nachrichtengerät, entdeckt, was deutlich erkennen läßt, daß eine kubanische Besetzung der Insel geplant war ... Grenada, so macht man uns weis, sei ein freundliches Inselparadies des Tourismus. Leider falsch. Es war eine kubanisch-sowjetische Kolonie, aus der eine größere militärische Bastion werden sollte, zum Export von Terror und zur Unterminierung von Demokratien. Wir haben gerade noch zur rechten Zeit eingegriffen."

An diesem Punkt zündet die Eintracht zwischen Reagan und seinem Volk am schnellsten, wie Blitzumfragen der Fernsehgesellschaft ABC belegen. Zur rechten Zeit eingegriffen, zum Vorteil von Freiheit und Demokratie, ganz zu schweigen davon, daß Hunderte von jungen Amerikanern sicher evakuiert werden konnten, daß eine zweite Geiselkrise vermieden wurde: Dies ist der militärisch erfochtene Sieg, der dem amerikanischen Selbstbewußtsein seit Jahrzehnten gefehlt hat.

Es ist ein Sieg in vieler Hinsicht: über die eigene Schwäche und das Gefühl, daß man doch eigentlich nur noch ein Papiertiger geworden sei; über eine feindliche Abwehr; über das obwaltende diplomatische Klima, welches, auch aus dem Lager der Freunde, zur Zurückhaltung riet – was unweigerlich zum Verpassen des richtigen Zeitpunkts zur Rettung Grenadas geführt hätte; und, last but not least, über Castro und seine sowjetischen Tutoren, denen an einem strategischen Punkt des westlichen Bündnisses, der neuralgischen Nachschublinie durch den Karibik-Ausgang, im letzten Moment das Handwerk gelegt wurde.

Selbst diejenigen im Kongreß, die den Präsidenten erneut mit dem „War Powers Act" von 1973 an die Leine eines scharf befristeten militärischen Engagements in Grenada legen wollen, können nicht umhin, zu applaudieren. „Unser Pochen auf unsere Rechte bei der Determinierung der US-Außenpolitik besagt nicht, daß wir dem Einsatz der Marines in Grenada widersprechen", sagt es Clement Zablocki, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Repräsentantenhaus, ausdrücklich.

Er tut gut daran, diese Unterscheidung zu treffen. Die Popularität des Präsidenten, der dem internationalen Terrorismus eine Schlappe beigebracht hat und der nach der eigenen Schlappe gegen diesen Terrorismus, in Beirut nicht davonzulaufen gedenkt, ist so hoch wie noch nie. Das schlägt negativ gegen die europäischen Verbündeten zu Buch, die in den Augen der Amerikaner eine klägliche Figur abgaben. „Unsere Schönwetterfreunde", lautet die Überschrift eines Leitartikels im „Wall Street Journal".

Margaret Thatcher hat als erste begriffen, daß hier Schaden repariert werden muß, und zwar rasch. „Wir stehen zu den Vereinigten Staaten", sagte sie am zweiten Tag der Unterhausdebatte, „die USA sind der letztendliche Garant der Freiheit in Europa." Und, von Reagans eigenen Falkland-Unternehmen belehrt, fügt sie hinzu: „Ich wäre froh, wenn auf Grenada die Demokratie wiederhergestellt würde."

Solches aus Bonn zu hören, wäre dringend geboten, soll das kürzlich gefeierte deutsch-amerikanische Dreihundertjahrfest nicht umsonst gewesen sein. Oder will die Bundesregierung als letztes Wort jene Information in die amerikanische Öffentlichkeit eindringen lassen, mit der ein Bericht aus Bonn der „Washington Post" am Freitag beginnt: „Die westdeutsche Regierung, ängstlich besorgt um Rückschläge in der öffentlichen Meinung über die Frage der Mittelstreckenraketen, hat die USA dringend gebeten, alle militärischen Aktivitäten in Grenada sofort einzustellen und ihre Truppen so rasch wie möglich zurückzuziehen"? Ängstlich besorgt – ist das die Quelle unseres Ratschlags, die Elle, mit der wir die Einsätze für Frieden und Freiheit messen? Dann, so muß der Beobachter in Washington folgern, braucht sich Bonn nicht zu wundern, daß es bei Unternehmungen dieser Art von den Amerikanern nicht konsultiert wird.

# *In der Krise wächst die Macht der Gouverneure*

Von FRITZ WIRTH

Sir Paul Scoon, der 48jährige Lehrer und Generalgouverneur von Grenada, ist plötzlich zur Schlüsselfigur des Konfliktes um Grenada und der politischen Zukunft dieser Insel geworden. Er verkörpert den Rest verfassungsrechtlicher Ordnung, die auf der Insel seit dem Putsch von Maurice Bishop im Jahre 1979, seiner Ermordung in der letzten Woche und der amerikanischen Invasion geblieben ist. Seine plötzliche Bedeutung zeigt: Generalgouverneure sind weitaus mehr als nur Marionetten im weltweiten britischen königlichen Hoftheater, sie haben in Krisenzeiten einen bedeutsamen politischen Status und verfügen über mehr Macht als man sie dem sonst politisch ohnmächtigen Buckinghampalast gemeinhin zutraut.

Das wurde besonders deutlich im Jahre 1975 in Australien demonstriert, als der damalige australische Generalgouverneur Sir John Kerr die damalige Labour-Regierung unter Gough Whitlam entmachtete, das Parlament auflöste und Neuwahlen ansetzte.

*Der Generalgouverneur ist der Repräsentant der britischen Königin in den jeweiligen Commonwealthländern.* Er wird zwar offiziell von der Königin ernannt, doch sie selbst hat keinerlei Vorschlagsrecht bei der Auswahl dieser Männer. Generalgouverneure werden der Königin von den jeweils amtierenden Regierungen ihrer Commonwealthländer vorgeschlagen. Es würde als ein außerordentliches Ereignis gelten, wenn der Buckinghampalast einem dieser Kandidaten das Generalgouverneurs-Patent verweigern würde.

Sir Paul Scoon wurde dem Buckinghampalast bereits im Jahre 1978 vom damaligen Premierminister Grenadas, Sir Eric Gairy, vorgeschlagen. Scoon wurde im gleichen Jahre von der britischen Königin zum Ritter geschlagen, eine Ehre, die fast automatisch allen Generalgouverneuren zuteil wird.

Elizabeth II. ist verfassungsmäßig und offiziell Königin von Grenada, in gleicher Weise wie sie beispielsweise auch Königin von Australien, Jamaica oder Kanada ist. Sie hat diesen Status in 16 der insgesamt 42 Commonwealthländer. Die Generalgouverneure dieser 16 Länder agieren als Repräsentanten der Königin. Sie delegiert ihre Autorität an diesen Generalgouverneur, und diese Männer führen in ihrer Abwesenheit die Geschäfte als Oberhaupt des jeweiligen Staates.

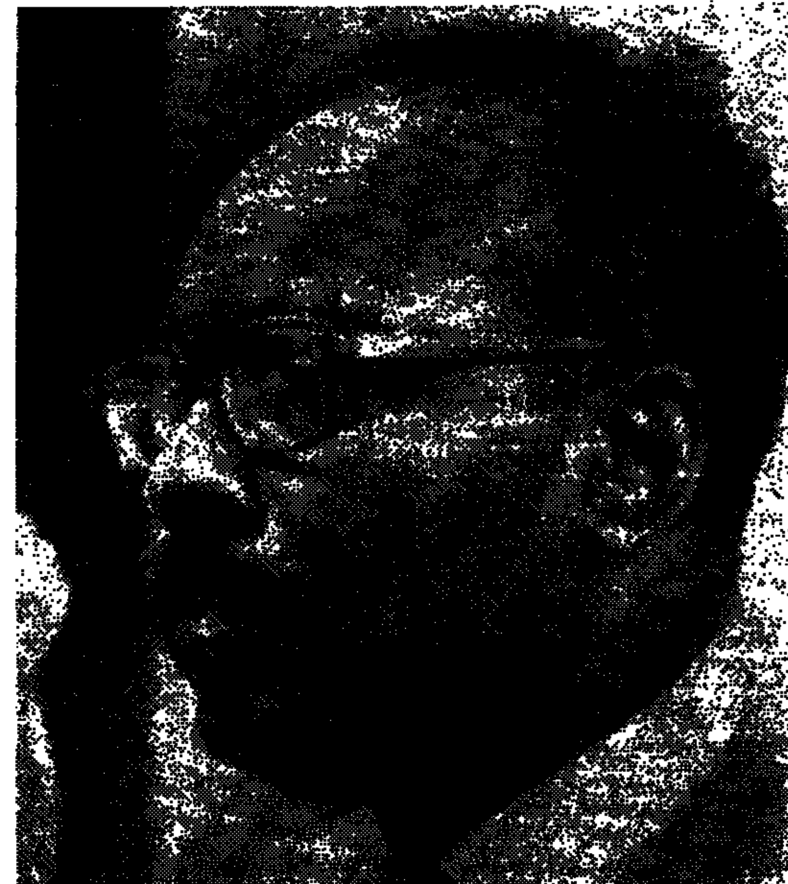
Da die Königin diese 16 Länder trotz eines ausgedehnten Reiseprogramms nur höchstens alle fünf bis sechs Jahre besuchen kann, fungieren die Generalgouverneure praktisch ungehindert als Staatsoberhäupter. Sie haben weitgehende verfassungsmäßige Befugnisse. Buckingham erwartet von ihnen, daß die britische Königin über ihre bedeutsamen politischen Entscheidungen informiert wird, wie es beispielsweise Sir John Kerr in der australischen Krise 1975 tat. Der Palast ist jedoch sehr zurückhaltend, derartige Entscheidungen umzuwerfen oder zu korrigieren. Die Königin hat auch nicht das Recht, einen Generalgouverneur eigenhändig zu entlassen. Es bedarf dazu der Zustimmung der jeweiligen Regierung.

Die zentrale Frage in der gegenwärtigen Grenada-Krise ist: Hatte Generalgouverneur Sir Paul Scoon das verfassungsmäßige Recht, fremde Truppen zur Hilfe in sein Land zu rufen? Im Buckinghampalast selbst herrscht über diese Frage keine absolute Klarheit. Der Pressesprecher der Königin erklärte der WELT am Freitagmorgen: „Stellen Sie diese Frage zwei verschiedenen Verfassungsrechtlern und Sie erhalten zwei verschiedene Antworten."

Diese Verwirrung beruht nach Ansicht des Hofes auf der Tatsache, daß Unklarheit über den gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Status Grenadas und Sir Paul Scoons besteht. Sir Paul ist zwar auf der Basis der Verfassung Grenadas aus dem Jahre 1973 zum Generalgouverneur ernannt worden, diese Verfassung ist jedoch 1979 durch den inzwischen ermordeten ehemaligen Premier Bishop außer Kraft gesetzt worden. Bishop hat erstaunlicherweise in seiner Amtszeit niemals versucht, Grenada in eine Republik umzuwandeln und damit die Rolle der britischen Königin und ihres Statthalters Sir Paul Scoon zu beenden. Sir Paul befand sich jedoch praktisch während der meisten Zeit der Bishop-Ära unter Hausarrest und hatte keinerlei politische und verfassungsrechtliche Einflußmöglichkeiten.

Im britischen Außenministerium herrscht in dieser Frage kaum größere Klarheit. Immerhin aber erklärte Außenminister Sir Geoffrey Howe am Donnerstag auf Anfrage in Paris: „Ich bin nicht sicher über alle verfassungsrechtlichen Feinheiten, doch ich möchte annehmen, daß Sir Paul Scoon das Recht besaß, fremde Truppen zur Hilfe in sein Land zu holen."

In Whitehall bestehen jedoch keine Zweifel daran, daß Sir Paul Scoon, der ein hochangesehener Pädagoge ist, auf der britischen Universität in Leeds studierte, doch von Geburt Staatsbürger Grenadas ist, das Recht hat, bis zu Neuwahlen in seinem Lande eine Übergangsregierung zu bilden. Dabei hat die britische Regierung praktisch keinen Einfluß und der Buckinghampalast lediglich das Recht, informiert zu werden. Er ist deshalb bis zur Wahl eines neuen Premierministers durch die Bürger von Grenada für die nächsten Monate der wichtigste Mann dieser Insel.



Sir Paul Scoon ist seit 1978 britischer Generalgouverneur. FOTOS: AP

# Ein Brief aus Grenada

In der Hauptstadt des Karibik-Staates Barbados ist am Donnerstag ein Schreiben des britischen Generalgouverneurs Sir Paul Scoon veröffentlicht worden, in dem dieser die USA und andere befreundete Ostkaribik-Staaten am vergangenen Montag aus Grenada um „die Etablierung einer Friedenstruppe" ersucht hat. Das Büro des Ministerpräsidenten von Barbados, Tom Adams, verteilte Fotokopien des vom 24. Oktober stammenden Briefes an Journalisten. Am Dienstag, dem 25. Oktober, waren die 1900 amerikanischen Marineinfanteristen und 300 Soldaten aus sechs Karibik-Staaten auf Grenada gelandet. Adams teilte gestern in einer Begleiterklärung zu dem Scoon-Brief mit, daß ihm der Brief durch den Befehlshaber der karibischen an der Invasion beteiligten Streitkräfte, Brigadegeneral Rudyard Lewis aus Barbados, übermittelt worden sei.

Der Text des Briefes hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Premierminister,

Ihnen ist bekannt, daß in Grenada nach der Tötung des Premierministers und der darauffolgenden schweren Menschenrechtsverletzungen und dem Blutvergießen ein Autoritätsvakuum besteht.

Ich bin deshalb ernsthaft besorgt über den Mangel an innerer Sicherheit in Grenada. Aus diesem Grunde ersuche ich Sie um Hilfe, um mir bei der Stabilisierung dieser ernsten und gefährlichen Situation Beistand zu leisten. Es ist mein dringender Wunsch, daß eine Friedenstruppe in Grenada etabliert werden sollte, die die Rückkehr zu Ruhe und Frieden sowie eine Rückkehr zur Demokratie erleichtern sollte. In diesem Zusammenhang ersuche ich auch um Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, Jamaika sowie die Organisation der Ostkaribischen Staaten unter Mitwirkung der gegenwärtigen Organisationsvorsitzenden Eugenia Charles im Geiste des Vertrages. Dabei stelle ich fest, daß mein Land diesen Vertrag mitunterzeichnet hat."

(Reuter)

# Für Barschel hat der Alltag begonnen

Von BERND LAMPE

Die Bundespolitik hat im schleswig-holsteinischen Doppelwahlkampf wochenlang landespolitische Belange in den Hintergrund treten lassen. Die Kieler Politiker kehren nun zur Tagesordnung zurück.

Die seit Jahren andauernde prekäre Lage der Werfen spitzte sich zu. Der Vorstand der Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) kündigte Massenentlassungen an. Rund 4000 Arbeitsplätze sind in den Fertigungsstätten Hamburg und Kiel gefährdet. Sozialdemokraten im Land wußten genausogut wie Christdemokraten, daß für die Staatswerft eine Verwirklichung eines Sanierungskonzepts überfällig war. Im Wahlkampf spielte das jedoch keine Rolle. Das Feilschen um die Erhaltung dieser Arbeitsplätze in den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein machte wahrscheinlich alle guten Vorsätze zunichte, das einst gutnachbarliche Verhältnis beider Bundesländer wiederherzustellen.



**Landesbericht Schleswig-Holstein**

Auseinandersetzungen um einen Staatsvertrag für den Norddeutschen Rundfunk, der geplante Ausstieg Hamburgs aus dem Kernkraftwerk Brokdorf und der Streit um das Großflughafen-Projekt Kaltenkirchen auf dem Boden des nördlichsten Bundeslandes ließ beide Länder, die auf Zusammenarbeit in dem Ballungsraum angewiesen sind, zu feindlichen Brüdern werden.

Einen Nordverbund der von der CDU regierten Flächenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen gab es allerdings bisher genausowenig bei der Werftkrise wie bei der Lösung von Umweltschutzproblemen, die beide Länder direkt betreffen. Belastet mit großen Mengen von Schwermetallen wie Quecksilber, Blei und Cadmium fließt die Elbe bei Schnackenburg aus der „DDR" in die Bundesrepublik; die meist ungeklärten Abwässer Hamburgs sorgen dafür, daß der Strom bis zur Mündung noch stärker zur Kloake wird.

Die zunehmende Belastung der Nordsee in der Deutschen Bucht – Tausende von verölten Seevögeln waren in den letzten Monaten Beweis dafür – dürften jedoch in der Zukunft dafür sorgen, daß Niedersachsen und Schleswig-Holstein an einem Strang ziehen, um die Urlaubsqualität ihrer Küsten auf Dauer zu sichern. Die Erhaltung von Arbeitsplätzen und einer intakten Umwelt werden daher in den nächsten 4½ Jahren der Legislaturperiode Schwerpunkte in der schleswig-holsteinischen Landespolitik sein.

Ministerpräsident Uwe Barschel, der vor einem halben Jahr als Nachfolger von Gerhard Stoltenberg sein Amt antrat, hat das erkannt. In einem „Schleswig-Holstein-Programm" mit einem Volumen von 421 Mill. DM wurden 180 Mill. DM für die Sanierung der Werften und 60 Mill. DM für den Natur- und Umweltschutz zur Verfügung gestellt. Die CDU-Fraktion im Landtag akzeptierte das Vorhaben ohne Murren. So gab es auch nach der gewonnenen Landtagswahl keine Personalquerelen bei der Besetzung von Regierungsämtern. Der neue Finanzminister kommt mit Roger Asmussen aus den eigenen Reihen. Einstimmig wählte die Fraktion Heiko Hoffmann wieder zu ihren Vorsitzenden.

Einstimmigkeit herrschte auch bei der SPD-Fraktion, als der frühere Bundesbildungsminister Björn Engholm zum Chef der 34 sozialdemokratischen Abgeordneten gewählt wurde. Klaus Matthiesen, der nahezu zehn Jahre lang die Opposition anführte, kehrte als designierter parlamentarischer Geschäftsführer ins zweite Glied zurück. Die FDP, die mit einer Koalitionsaussage zugunsten der SPD in Schleswig-Holstein auf einer sozial-liberalen Insel überleben wollte und mit 2,2 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl eine vernichtende Wahlniederlage hinnehmen mußte, richtet sich nun auf eine „parlamentarische Arbeitsgemeinschaft" ein. Ihr Landesvorsitzender Uwe Ronneburger soll nun dazu beitragen, daß die einst linkslastige Landes-FDP wieder an Gewicht gewinnt.

# Sechs Bewerber für eine Offiziersstelle

dpa, Düsseldorf

Nur einer von sechs Bewerbern kann in diesem Jahr Offizier der Bundeswehr werden. Wie das Personalstammamt der Bundeswehr gestern in Düsseldorf mitteilte, ist die Zahl der Offiziersbewerber von 8000 im Jahre 1981 auf 10 000 im Jahre 1982 gestiegen. 1983 werden 12 000 Bewerbungen erwartet, für die 2000 offenen Stellen zur Verfügung stehen. Die Zahl der Bewerber für die Soldaten- und Unteroffizierslaufbahn steigt 1983 von durchschnittlich 48 000 auf 60 000 Mann.

# Anklage gegen Fülle erhoben

DW. Karlsruhe

Die Bundesanwaltschaft hat gegen Reiner Paul Fülle (44), der als Betriebskalkulator und Buchhalter für Gesellschaften des Kernreaktorbaus in der Bundesrepublik tätig war, vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart Anklage wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit in einem besonders schweren Fall erhoben. Bei etwa 100 Treffs soll Fülle seit 1964 dem Ministerium für Staatssicherheit der „DDR" umfangreiche Informationen aus seinem Tätigkeitsbereich geliefert haben. Aus der Haft floh Fülle 1979 in die „DDR", kehrte aber 1981 freiwillig in die Bundesrepublik zurück.

# Freilassung von Heß gefordert

AP, Berlin

Die Vereinigung für Menschenrechte hat sich gestern erneut für die unverzügliche Freilassung des früheren Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß aus dem alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau eingesetzt. Die Westmächte sollten Heß auch gegen den Willen der Sowjetunion auf freien Fuß setzen, meinte die Vereinigung. Der schwerkranke Heß, der in vier Wochen 89 Jahre alt wird, werde am 1. April insgesamt 15 300 Tage (42 Jahre) in Einzelhaft verbracht haben.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# Zimmermann plant eine „Coast-Guard"

**Durch den „Sicherheitsverbund Nordsee" soll Umweltschutz mehr „Biß" bekommen / Noch haben Ölsünder leichtes Spi**

Von EBERH. NITSCHKE

Mit „Einstellung des Verfahrens mangels Beweises" enden fast alle Prozesse gegen Ölverschmutzer in der Nordsee vor der deutschen Küste. 110 000 Schiffe passieren jährlich diese „Autobahn auf dem Wasser". Trotz großer Ölteppiche und anhaltendem Vogelsterben in dieser Region: Nur 40 bis 50 Meldungen von einschlägigen Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten werden dem Deutschen Hydrographischen Institut in Hamburg als einer der mit der „Ahndung" beauftragten Stellen jährlich zur Kenntnis gebracht. Vor diesem Hintergrund will Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann jetzt endlich das „Überwachungs- und Durchsetzungsdefizit" beseitigen. Sein vorgeschlagenes Mittel sind vier mit allen Schikanen ausgerüstete „Nordseeboote" für den Bundesgrenzschutz zum Stückpreis von 26 Millionen Mark.

Von seinen insgesamt acht Patrouillenbooten der Klasse 157, die für den Ostsee-Einsatz gedacht sind, hat der dem Bundesinnenministerium unterstehende Bundesgrenzschutz (See) zur Zeit nur eins in der Nordsee stationiert. „Im Vorgriff auf die endgültige Konzeption eines ‚Sicherheitsverbundes Nordsee', an dem jetzt gearbeitet wird", wie es dazu aus dem Innenministerium heißt, soll dieses Boot Ölverschmutzer jagen. Es hat nur einen Schönheitsfehler – ab Windstärke fünf ist es für die hohe See nicht mehr geeignet.

Aber nicht nur der Bundesgrenzschutz ist gegen die Ölverschmutzer eingesetzt. Auch der „Wasserzolldienst" (WZD) des Bundesfinanzministers (98 Zollboote, davon 18 seegehend) soll eigentlich ein Auge auf solche Sünder haben. Desgleichen die „Abteilung Seeschiffahrt" des Bundesverkehrsministeriums mit ihrem „Zentralen Meldekopf Nord- und Ostsee". Schließlich ist noch der „Fischereischutz" zu nennen, der dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten untersteht. Nicht zu vergessen die Marine, die den Dauerbefehl hat, Seeverschmutzungen sofort zu melden.

Diesem ganzen System fehlt allerdings der Biß. Ein Sprecher des Hydrographischen Instituts in Hamburg: „Unser Beweismaterial ist notorisch schlecht. Überführung von Tätern ist praktisch nur durch Geständnis der Betroffenen möglich." Das Institut als Bundeseinrichtung hat darum jetzt mit für das Jahr 1983 erstmals bereitgestellten Haushaltsmitteln ein mit Spezialausrüstung versehenes niederländisches Flugzeug zur Verfolgung und Dingfestmachung von Ölverschmutzern auf See gemietet. Preis der Flugstunde: 2000 holländische Gulden. Die höchste Strafe bei erwiesener „Ordnungswidrigkeit" beträgt 100 000 Mark. Erkennt ein Gericht auf „Straftat", so drohen dem Täter bis zu fünf Jahre Gefängnis.

Im Rahmen des geplanten „Sicherheitsverbundes Nordsee" sollen alle diese Einzelmaßnahmen nach dem Plan sowohl des Bundesinnen- als auch des -finanz- und -verkehrsministeriums ein gemeinsames Dach bekommen. Eine „Verordnung zum See-Aufgabengesetz" vom 1. Juli 1982 ist die rechtliche Grundlage dafür, daß der BGS neben dem Zoll schiffahrtspolizeiliche Aufgaben auf der hohen See übernehmen soll.

Die angestrebte „Kooperation aller Vollzugskräfte", so ein Papier des Bundesinnenministeriums, könnte man mit der amerikanischen „Coast-Guard" vergleichen. Diese berühmte Truppe ist für alle Aufgaben auf hoher See zuständig. Und so ganz grundsätzlich neu ist die „Kooperationsidee" in der Bundesrepublik nun auch wieder nicht. Fritz Poske, Kapitän zur See und seinerzeit als Referent des Bundesinnenministeriums 1951 für den Aufbau des damaligen „Seegrenzschutzes" zuständig, erinnert sich heute als Pensionär: „Am 2. Juli 1954 hat der Bundestag einstimmig einen Antrag verabschiedet, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, alsbald einen Vorschlag über die zweckmäßige organisatorische Zusammenfassung in Leitung und Verwaltung der dem Bundesminister des Inneren, dem Bundesminister für Verkehr, dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Bundesmi[...]ster der Finanzen zur Verfügu[...] stehenden Seefahrzeuge und en[...]sprechenden Landeinrichtunge[...] vorzulegen."

Da der zu überwachende Nor[...]seeraum praktisch den ganze[...] deutschen „Festlandsockel" um[...]faßt, soll Zusammenarbeit di[...] oberste Gebot sein.

Zu den aktuellen Aufgaben we[...]den aber, darüber ist man sich i[...] Bundesinnenministerium bei de[...] Forderung nach den vier „Nor[...]seebooten" einig, bald noch vielfä[...]tige andere Überwachungsaufga[...]ben treten. So läßt zum Beispie[...] die Internationale Seerechtskon[...]vention im Hinblick auf Erschlie[...]ßung und Ausbeutung maritimer Bodenschätze in der sogenannten Wirtschaftszone von 200 Seemeilen Ausdehnung, der Festlandsockel[...]zone von 350 Seemeilen und au[...] hoher See, innerstaatliche Rege[...]lungen zu, deren Einhaltung über[...]wacht werden müsse. Der „abge[...]stimmte Einsatz von Patrouiller[...]booten und Hubschraubern" is[...] nach Ansicht des Innenministe[...]riums nur beim BGS möglich.

Für die Marine bliebe noch ge[...]nug zu tun, denn laut Denkschri[...] aus dem Bundesinnenministeriu[...] ist der Bundesgrenzschutz nicht i[...] der Lage, „eine großräumige Luft[...]überwachung des Nordseegebiet[...] mit Flächenflugzeugen durchzu[...]führen. Diese Aufgabe könnte de[...] Bundesminister der Verteidigun[...] im Rahmen des Sicherheitsver[...]bundes übernehmen".

# Den Naturschutz will Kiechle nicht hergeben

PETER SCHMALZ, Kempten

Die beiden letzten Tiere auf dem Hof des neuen Bundesernährungsministers Ignaz Kiechle (CSU) stehen seit einigen Tagen in schlechtem Ruf, nachdem sich Kater Frederik mit seiner Schwester auf die Lieblingsstrickjacke des Hausherrn gestürzt und ein handtellergroßes Loch hinterlassen haben. Ein weiteres Tier liegt ausgestreckt auf dem Teppichboden im Wohnzimmer: ein Stofflöwe, den Kiechle vor drei Jahren zum 50. Geburtstag geschenkt bekam. Der Stall hinter dem Zimmer steht seit Jahren leer.

Landwirt ist der füllige Minister, der sein Gewicht schmunzelnd als „ausreichend" bezeichnet, aber weiterhin. Zwar werden die 14 Hektar Land des Hofes von zwei Nachbarn bewirtschaftet, doch Kiechle hat sich seine Verfügungsgewalt voll erhalten. Verpachten wollte er nicht, um die Bindung der Landwirtschaft zum Hof nicht aufzugeben, der seit 1732 im Besitz der Familie ist.

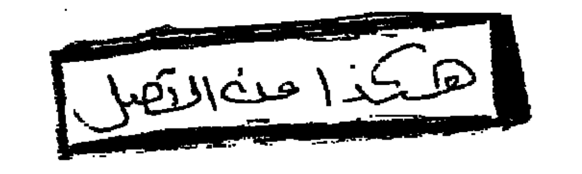
Er spricht es nicht aus, aber er vermittelt spürbar das Gefühl, daß er sich als Praktiker seinem Vorgänger Josef Ertl überlegen fühlt. Kiechle läßt das nur kurz anklingen: „Nein, nein, einen Hof hat er nie gehabt, er ist ein g'studierter Bauer." Während Ertl nach dem Staatsexamen ins bayerische Landwirtschaftsministerium ging und später Direktor des Miesbacher Landwirtschaftsamtes wurde, arbeitete Kiechle auf dem Akker und übernahm 1959 nach dem Tod seines Vaters den Hof.

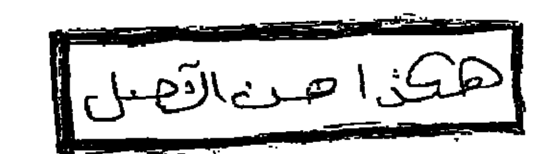
Wir sitzen an einer runden Eckbank, draußen pfeift ein verspäteter Schneesturm ums Haus. Tochter Bettina, 15jährige Zwillingsschwester des einzigen Sohnes Thomas und jüngste von drei Töchtern, wird vom Vater gelobt für eine Eins im Deutsch-Aufsatz. Thema: „Der Wahlkampf." Mutter Cilly trägt eine kräftige Nudelsuppe mit Rindfleischstücken auf.

Vorgänger Ertl hat bei einem Abschiedstreffen in Bonn erzählt, sein Nachfolger tue ihm mit Blick auf Brüssel jetzt schon leid. Nein, er fürchtet die Brüsseler Nachtsitzungen nicht, „aber ich stimme mit ihm insoweit überein, daß ich einen schwierigen Start haben werde". Sitzfleisch hat er genügend, aber er hält nichts von der EG-Meinung, daß die besten Beschlüsse erst um 4 Uhr früh gefaßt werden können. Er will die Nacht der Agrarpolitiker gerne wieder auf den Tag verlegen: „Ich werde mal Anregungen in diese Richtung geben, ob sie befolgt werden, können wir dann ja sehen."

Seine Worte klingen nicht markig, sie wirken abgewogen und auf Ausgleich bedacht. Doch, doch; er könne auch fuchsteufelswild werden, wenn ihn jemand dumm anredet. Aber er kann sich nicht mehr erinnern, wann das zum letztenmal geschehen ist. Er hält es lieber mit der „Deutschen Redekunst" aus dem Jahre 1700, die in weißgegerbtem Schweinsleder gebunden in seiner Schrankwand steht: „Da steht drin, wie man höflich miteinander umgeht." Daß hinter Höflichkeit auch Stärke stehen kann, will Kiechle beweisen. Etwa beim Naturschutz, den er in seinem neuen Ressort am besten aufgehoben sieht. „Gegen die Landwirtschaft gibt es keinen Naturschutz. Das ist völlig ausgeschlossen, dafür brauchen wir die Bauern, die das Verständnis haben für die Natur, mit der sie täglich umgehen." Der Naturschutz darf nicht aus dem Landwirtschaftsministerium gelöst werden. „Dagegen würde ich mich erbittert zur Wehr setzen."









## Beamte drohen mit Karlsruhe

AP, Saarbrücken

Der Deutsche Beamtenbund will rückwirkende Änderungen in der Beamtenversorgung nicht hinnehmen. Im Saarländischen Rundfunk hat der Vorsitzende des Beamtenbundes, Alfred Krause, gestern angekündigt, man werde „mit Sicherheit" vor das Bundesverfassungsgericht gehen, wenn Bundesarbeitsminister Norbert Blüm seine entsprechenden Ankündigungen in die Tat umsetzen sollte. Beamte und Versorgungsempfänger seien bereits „nachdrücklich zur Kasse gebeten" worden. Erst vor einiger Zeit habe es einen Eingriff in die Zusatzversorgungsmöglichkeiten gegeben. Krause bestritt grundsätzlich, daß es bei Beamten eine Überversorgung gebe.

## „Gewerkschaften in Türkei gefährdet"

AP, Bonn

Der Fortbestand der demokratischen Gewerkschaften in der Türkei ist nach Ansicht des ehemaligen ÖTV-Vorsitzenden, des Präsidenten der Internationalen der öffentlichen Dienste, Heinz Kluncker, ernsthaft gefährdet. Er begründete dies gestern in Bonn mit dem Hinweis auf zwei Gesetze über das Gewerkschafts- und Tarifvertragswesen, die im April in Kraft treten sollen. Mit den neuen Gesetzen würde die politische Betätigung von Gewerkschaften praktisch verboten, sagte Kluncker, ihre Finanzquellen ausgetrocknet, das Streikrecht gebrochen und die Aussperrung verfassungsrechtlich verankert. Kluncker forderte die Bundesregierung auf, neue finanzielle Zusagen von der innenpolitischen Entwicklung in der Türkei in diesem Jahr abhängig zu machen.

## Trotz Alkoholgenuß Rentenanspruch

rtr, Kassel

Rentenansprüche aus der gesetzlichen Unfallversicherung erlöschen nicht automatisch, wenn der Unfall auch durch Alkoholgenuß bedingt ist. Nach einem jetzt veröffentlichten Urteil des Bundessozialgerichts in Kassel kommt es vielmehr darauf an, in welchem Maße auch andere Umstände das Unglück mitverursacht haben. Ein Anspruch auf Rente besteht nach der Entscheidung auch dann, wenn arbeitsbedingte Übermüdung und Alkoholgenuß in gleichem Maße als Unfallfolgen gelten. (AZ: 2 RU 35/82)

# Mit dem Lkw auf Spionage-Trip

### Ostblock mißbraucht den Transitverkehr / Todenhöfer: „So geht es nicht weiter"

A. THEYSSEN/I. URBAN, Bonn

„Die Spionage von Ostblock-Lastwagenfahrern auf unseren Straßen geht so nicht weiter. Die Bundesregierung muß endlich etwas dagegen tun", forderte der CDU-Abrüstungsexperte Jürgen Todenhöfer gegenüber der WELT. Anlaß ist, das im Transitverkehr immer häufiger Frachtcontainer aus Warschauer-Pakt-Staaten auftauchen, die mit Funkpeil- und anderen Abhöranlagen ausgerüstet sind.

Außer der Bundesrepublik machten bisher auch Schweden, die Schweiz, Belgien, Frankreich und die Niederlande schlechte Erfahrungen mit den Lastwagen aus dem Osten. Unternommen hat jedoch nur Belgien etwas gegen diese Form der Spionage. Am 12. Januar erklärte das Verteidigungsministerium in Brüssel, seit Anfang des Jahres treffe es „Maßnahmen zur Überwachung osteuropäischer Lastwagenfahrer", die „besonders militärische und strategische Einrichtungen des Landes und der NATO ausspionieren". Aufgefallen war das Treiben der Ost-Trucker, weil bulgarische Fahrer – so stellten belgische Zöllner fest – für die rund 300 Kilometer von Aachen nach Antwerpen drei Tage Fahrzeit brauchten.

Während die belgischen Behörden gegen die allzu neugierigen Fahrer aus dem Osten vorgehen, tut sich auf deutscher Seite nichts. Dabei gibt es genügend Anzeichen, daß die Besatzungen der Ostblock-Lkw auch in der Bundesrepublik Deutschland Augen und Ohren offen halten. So erklärte der sowjetische Überläufer und Ex-KGB-Offizier Ilja Dschirkwelow schon vor drei Jahren: „Alle Fahrer und Beifahrer der sowjetischen Lastzüge auf deutschen Autobahnen und Landstraßen sind im Hauptberuf Panzerkommandanten und Offiziere der Roten Armee. Sie erkunden die Strecken, jede Kreuzung, jede Brücke. Wieder in der Sowjetunion, müssen sie einen Fahrtbericht schreiben." Dies würde auch erklären, was nicht nur Nachrichtendienste, sondern auch deutsche Autofahrer häufig bei russischen Lastzügen bemerkten: Sie rangieren auffällig oft an Kreuzungen – um den jeweiligen Wendekreis zu erproben.

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz nimmt die Lastwagenfahrer aus dem Ostblock, für die im vergangenen Jahr 8000 Visa ausgestellt wurden, schon seit längerem unter die Lupe. In einem Bericht vom Juni 1978 hieß es: Zu ihren Aufgaben gehört es, „tote Briefkästen" an Bundesstraßen „zu beschicken oder zu leeren", Personen „abzuklären", Manöver und militärische Einrichtungen zu beobachten. Den Verfassungsschützern und ihren Kollegen vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) war aufgefallen, daß immer dann viele sowjetische Lastzüge in einem bestimmten Gebiet auftauchen, wenn dieses wegen Manövern oder militärischer Übungen für die Offiziere der drei sowjetischen Militärmissionen in der Bundesrepublik gesperrt ist. Dazu Jürgen Todenhöfer: „Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Spionage-Lastzüge aus Warschauer-Pakt-Staaten liegt im Herbst im Raum der NATO-Großübungen."

Die Fahrer der staatlichen „DDR"-Transportfirma „VEB Deutrans" stehen ihren sowjetischen Kollegen in keiner Weise nach, wenn es um Spionage auf westdeutschem Gebiet geht. Nach vorliegenden Erkenntnissen sind ein großer Teil von ihnen ausgewählte Offiziere der sogenannten „Diversionseinheiten" der Nationalen Volksarmee (NVA).

Westdeutsche Kraftfahrer bemerken gelegentlich bei ihren Kollegen aus dem Osten, wie gut sich diese mit Tragfähigkeit, Weite und Höhe westdeutscher Straßenbrükken auskennen. Oder daß sie am Straßenrand stehen, zeichnen und fotografieren, gelegentlich sogar den Umfang von Bäumen ausmessen – ob sie als Panzerhindernisse geeignet sind. Und: Da die „DDR"-Fahrer für Fahrten in die Bundesrepublik Deutschland kein Visum brauchen, können Zoll und Bundesgrenzschutz nicht überprüfen, ob die ein- und später ausreisenden Trucker auch dieselben sind.

Daß hinter den Transporten der Sowjets nach Westeuropa nicht nur geschäftliche Absichten stekken, beweisen auch die Frachten, die die Lastwagen aus der UdSSR manchmal laden. So transportieren die Russen aus einem Ort 250 Kilometer nördlich von Moskau Torf nach Titisee-Neustadt im Schwarzwald, wo sie ihn zu Dumpingpreisen verkaufen. Bei diesen Fahrten sind die Transportkosten für die Sowjets erheblich höher als die eingenommenen Devisen. Gleiches gilt für Transporte von Altpapier nach Frankreich.

# *Erstes „Erfolgserlebnis" für die Grünen*

STEFAN HEYDECK, Bonn

Entgegen ihrer „Androhung", bei der Konstituierenden Sitzung des 10. Bundestages spektakulär im Plenarsaal stehen zu wollen, werden sich die Grünen heute doch auf ihre Abgeordnetenplätze setzen. Denn zur allgemeinen Verblüffung haben sie sich gestern im Ältestenrat durchgesetzt und damit ihr erstes sichtbares „Erfolgserlebnis" gehabt. Fernsehgerecht werden sie jeweils zu zweit nebeneinander in den Reihen sieben und acht zwischen SPD und CDU Platz nehmen.

Dazu meinte SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel, daß die Grünen unmittelbar rechts von der SPD sitzen, „entspricht nicht ganz unseren Vorstellungen". Aber, so hatte zuvor Otto Schily als einer der drei Grünen-Fraktionsführer erklärt: „Die Vorgespräche waren so, daß die SPD uns bedeutet hatte, links von ihr könne es nichts geben." Dort hatten aber die Union und die FDP die Grünen angesiedelt wissen wollen.

Ihren Einzug in den Bundestag wollen die Grünen zusammen mit Mitgliedern der internationalen Friedens- und Ökologiebewegung mit einem „historischen Gang" von der Bonner Innenstadt zum Parlament verbinden. Denn zum erstenmal seit Jahren sei es „einer neuen politischen Kraft gelungen, das Bonner Raumschiff zu entern". An der Bannmeile, so Petra Kelly, sollen die grünen Abgeordneten möglicherweise in einer „alternativen Vereidigung" die Verpflichtung gegenüber der internationalen Ökologie-, Friedens-, Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung übernehmen.

Die Vorstellung ihres Aktionismus verband die Führung der Grünen insbesondere mit Kritik an den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU/CSU und FDP. Die Wahlkampfparolen vom Aufschwung hätten sich, so Marieluise Beck-Oberdorf als Aufschwung für die Rüstung, die Arbeitslosigkeit, die soziale Armut und die Naturzerstörung entlarvt. Die „Illusionen", noch einmal an die Entwicklung in den 50er Jahren anknüpfen zu können, würden sich „als Windei" entpuppen. Als „völlig unangebracht" wiesen sie Mahnungen zurück, sich an parlamentarische Spielregeln zu halten.

## Westliche Hilfe für Südafrika verurteilt

rtr, Lissabon

Afrikanische Politiker haben die westliche Hilfe für Südafrika verurteilt. Zum Abschluß einer dreitägigen Namibia-Konferenz in Lissabon betonten die Vertreter der sogenannten Frontstaaten Angola, Tansania, Moçambique, Zimbabwe, Sambia und Botswana ihr Recht, zur Verteidigung gegen Südafrika auch ausländische Hilfe heranzuziehen. Sie verlangten ein Waffenembargo und Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika. Außerdem verurteilten die afrikanischen Politiker die multinationalen Konzerne. Ihnen werfen sie vor, die Bodenschätze in Namibia auszubeuten und in dem Land die Südafrikaner an der Macht zu halten. Die Mitgliedstaaten der NATO wurden getadelt, weil sie die multinationalen Konzerne unterstützen.

## US-Parlamentarier in China zu Besuch

dpa, Peking

Der Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill, hat sich für gute Beziehungen zu Peking ausgesprochen. Zum Auftakt eines neuntägigen Parlamentarier-Besuches versicherte er nach Angaben der „Los Angeles Times", daß die Mehrheit des Repräsentantenhauses den weiteren Ausbau der Beziehungen zu China unterstütze. O'Neill erklärte, er und seine 13köpfige Delegation seien bereit, mit der chinesischen Führung über alles zu sprechen. Bei einem Treffen O'Neills mit dem Vizepräsidenten des Nationalen Volkskongresses, Liao Chengzhi, soll sich dieser positiv über die Aussichten für die künftige Entwicklung der durch US-Waffenlieferungen an Taiwan gespannten chinesisch-amerikanischen Beziehungen geäußert haben. O'Neill wird auch mit Ministerpräsident Zhao Ziyang sowie mit dem „starken Mann Chinas", Deng Xiaoping, zusammentreffen.

## Läßt Jenkins doch Steel den Vortritt?

AFP, London

Der Führer der Sozialdemokratischen Partei Großbritanniens (SDP), Roy Jenkins, ist eventuell bereit, die Führung der sozialdemokratisch-liberalen Allianz dem Liberalen-Führer David Steel zu überlassen. Das erklärte Jenkins gegenüber dem britischen Fernsehen. Er sei bereit, David Steel die Führung der Allianz zu überlassen, wenn beide zu dem Urteil kämen, daß dies die beste Lösung für die Allianz sei.

# Managuas ‚Angst' vor dem schwachen Honduras

### Vorwürfe Nicaraguas / Armee von nur 15 000 Mann

Von WALTER H. RUEB

Die militärische Offensive mehrerer tausend bewaffneter Kämpfer der Nicaraguensischen Demokratischen Kräfte (FDN) im Norden Nicaraguas gegen das marxistisch-leninistische Regime der Sandinisten in Managua hat in den letzten Tagen nicht nur Erfolge gebracht, sondern vor allem weltweit Schlagzeilen gemacht. Diese entspringen weitgehend gezielter Desinformation aus Kuba und Nicaragua, wo man schon seit Monaten von einem von den USA initiierten und unterstützten Angriff aus Honduras spricht.

In Wahrheit handelt es sich um den Kampf einer Guerrilla-Armee von 12 000 Mann zur Wiederherstellung eines demokratischen, pluralistischen Staates in Nicaragua. Entgegen zahlreicher Behauptungen beträgt der Anteil von ehemaligen Anhängern Somozas oder gar Angehörigen der Nationalgarde des gestürzten Diktators kaum drei Prozent.

Die FDN ist vorerst nicht in der Lage, den sandinistischen Streitkräften offen gegenüberzutreten. Diese zählen einschließlich Flotte und gut ausgestatteter Luftwaffe rund 40 000 Mann. Deren Schlagkraft kann durch wenigstens 100 000 Milizionäre noch beträchtlich erhöht werden. Nicaragua verfügt damit hinter Kuba über die stärkste Armee Mittelamerikas.

### Hilfe aus den USA

Diese Tatsache allein führt die Behauptungen Managuas, Honduras bereite einen Angriffskrieg und sogar eine Invasion Nicaraguas vor, ad absurdum: Honduras hat einschließlich Polizei nur 18 000 Bewaffnete. Seine 15 000-Mann-Armee ist angesichts einer 2000-Kilometer-Grenze zu den im Bürgerkrieg befindlichen Nachbarstaaten El Salvador, Guatemala und Nicaragua mit Mühe in der Lage, sein Territorium vor Infiltration kommunistischer Guerrilla im Westen (El Salvador) und im Norwesten (Guatemala) zu schützen.

Im Zimmer des deutschen Botschafters Hans Hamburger in der hondurenischen Hauptstadt Tegucigalpa hängt eine Karte des Gastlandes mit farbigen Stecknadeln und Fähnchen. Diese markieren den Standort der Streitkräfte des Landes. Botschafter Hamburger sagte anläßlich eines Besuchs zur WELT: „Die Armee wurde seit Jahren nicht vergrößert, nur umstrukturiert. Vor kurzem wurde die 5. Infanteriedivision nach Puerto Lempira im Osten des Landes verlegt, um gegen einen etwaigen Invasionsversuch der Sandinisten von See her gewappnet zu sein . . ."

Honduras fürchtet nämlich mit viel größerer Berechtigung einen Angriff Nicaraguas. Die gemeinsamen hondurenisch-amerikanischen Manöver im Januar 1983 gingen denn auch von dieser Annahme aus: Eine feindliche Macht ist mit starken Kräften von See und Land her in Honduras eingedrungen, worauf Staatspräsident Roberto Suazo Cordova die USA um Hilfe gebeten und diese schließlich in Form von Waffen, Hubschraubern, anderem Material sowie 1600 Mann auch erhielt.

### 12-Punkte-Forderung

Bei den Manövern, die unter Protest Managuas über die Bühne gingen, übte die Armee Honduras' lediglich die Defensive. Der Militärattaché Nicaraguas wurde zur Manöver-Beobachtung eingeladen, erschien jedoch nicht . . .

Nach mehrtägigen schweren Kämpfen wurden die Eindringlinge vernichtet oder über die Grenze zurückgeworfen. Die hypothetische Grenze während des Manövers verlief wenigstens 15 Kilometer entfernt parallel zur realen Grenze entlang des Rio Coco . . . Honduras' Soldaten verblüfften bei den Manövern sämtliche Beobachter: Fallschirmjäger und vor allem Infanteristen bewiesen hohes Niveau. Die Armee wies auch neue Wege zur Bekämpfung von Terroristen und Guerrilleros: Mittels Hubschraubern wurde tagelang der überraschende, standortverändernde Einsatz bewaffneter Einheiten geübt.

„Welche Voraussetzungen müssen von den Sandinisten erfüllt werden, damit die FDN die Waffen niederlegt, sich zurückzieht und friedlich mitarbeitet, die Ziele der nicaraguensischen Revolution doch noch zu erreichen?" fragte die WELT in Honduras, Costa Rica und Nicaragua Mitglieder des siebenköpfigen Direktoriums. „Die Revolution ist verraten", lautete die Antwort. „Wir haben eine Friedensinitiative gestartet, sie den Sandinisten zugeleitet – ohne Echo. Darin sind unsere Forderungen in 12 Punkten niedergelegt. Sie reichen von der Generalamnestie über die Aufhebung der Notstandsgesetze bis hin zur Abhaltung freier Wahlen für die Nationalversammlung vor September 1983."

Seite 2: Entrüstung in Managua

# Moskau wird aktiv, um Schlappen wettzumachen

PETER M. RANKE, **Jerusalem**

Die Sowjetunion ist in der arabischen Welt äußerst aktiv und verstärkt ihren Einfluß auf Syrien, Libyen und Südjemen. Ihr Hauptziel ist es, einen „amerikanischen Frieden" für Libanon und die Palästinenser zu verhindern und den katastrophalen Eindruck vom vorigen Sommer vergessen zu machen, als die sowjetischen Waffensysteme der Syrer versagten und weder Moskau noch Damaskus die militärische Niederlage der PLO in Beirut verhindern konnten oder wollten.

Die Zeit des Abwartens wie unter Breschnew ist vorbei, urteilen israelische Diplomaten. Der neue Parteichef Andropow will sein Mitspracherecht gegenüber den USA betonen und keinen politischen Erfolg Amerikas in Nahost mehr zulassen. Deshalb sind Jordanien, wo König Hussein endlich eine Entscheidung über den Friedensplan von US-Präsident Reagan fällen muß, und Ägypten wieder in den Blickpunkt Moskaus getreten. Während Kairo einen neuen sowjetischen Botschafter erwartet, wird mit Libyen ein Freundschafts- und Militärpakt vorbereitet. Dieser Pakt soll den Sowjets erlauben, Sam-5-Raketen und konventionelle Scud-Bodenraketen gegen US-Flugzeuge der 6. Flotte beziehungsweise gegen die geplanten Cruise-Missile-Stellungen auf Sizilien einzusetzen.

Schwerpunkte der sowjetischen Aktivität sind aus aktuellen Gründen aber Syrien und Jordanien. Die Sowjets haben mit der Stationierung von zwei Sam-5-Batterien mit weitreichenden Flugabwehr-Raketen und mit 500 bis 600 Mann sowjetischen Soldaten den Syrern das gesamte Material ersetzt, das sie im vorigen Sommer im Libanon-Krieg gegen Israel verloren hatten. Dazu gehören moderne Panzer vom Typ T 72, schwere Geschütze, Raketenartillerie und Fahrzeuge.

In Israel wurde jetzt bekannt, daß die Syrer ihre Truppen in der libanesischen Bekaa-Hochebene verstärken und keineswegs an Abzug denken. Dies bedeutet nach israelischer Ansicht einen sowjetisch-syrischen Gegenzug zu den libanesisch-israelischen Rückzugsverhandlungen, die trotz amerikanischer Vermittlung völlig festgefahren sind. Damaskus will ganz offensichtlich verhindern, daß seine Truppen aus Libanon wieder abziehen müssen wie 1982 unter dem Druck der israelischen Waffen aus West-Beirut.


NAHOST

Die libanesische Regierung hat Syrien informiert, daß sie das Mandat der syrischen „Friedenstruppe" in Libanon am 31. März als beendet betrachte, das heißt, Syrien soll den Nord- und Ost-Libanon mit seinem Anhang räumen. Zu diesem gehören 8000 PLO-Kämpfer und rund 1500 iranische Revolutionsgardisten bei Balbek.

Syrien hat jedoch die Bedingung gestellt, daß libanesisch-israelische Abmachungen nicht zu einer ständigen Präsenz amerikanischer oder israelischer Truppen in Südlibanon führen dürfen, und daß Israel keinerlei politischen Gewinn erzielen soll. In Beirut sind 1200 amerikanische Marinesoldaten stationiert, 75 Offiziere und Soldaten bilden Einheiten der libanesischen Armee aus. Außerdem hat der libanesische Drusenführer Walid Dschumblatt in Moskau von Parteisekretär Ponomarev die Zusicherung erhalten, daß die „Eroberungspolitik" Israels keine Früchte tragen werde. Auch seien alle Versuche zu verurteilen, „Libanon einen amerikanisch-israelischen Frieden aufzuzwingen". Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, will Syrien seine Truppen in Libanon belassen.

Die sowjetische Rückenstärkung für diese syrische Haltung reicht nach Ansicht politischer Beobachter in Israel aus, um einen syrischen Rückzug aus Libanon auch nach einem israelischen Abzug noch unwahrscheinlicher zu machen als er ohnehin ist. Die oppositionelle Arbeiterpartei Israels, deren Chef Shimon Peres letzte Woche einen langen Gedankenaustausch mit Staatschef Ceausescu in Bukarest hatte, äußert bereits Bedenken, daß vor allem der amerikanische Optimismus, die Syrer würden ebenfalls abziehen, die israelische Regierung daran gehindert habe, die indirekte Einbeziehung Syriens in die libanesisch-israelischen Verhandlungen zu verlangen.

Diese Verhandlungen und ihr vorläufiges Scheitern wurden auch zwischen der Sowjetdelegation in Amman, der jordanischen Regierung und PLO-Chef Arafat erörtert, der nach Gesprächen in Jordanien gestern nach Bagdad weitergereist ist. Für die PLO ist es von erheblicher Bedeutung, wenn die Abzugsverhandlungen ergebnislos bleiben. Denn wenn sich die Israelis, wie inoffiziell angedroht, einseitig auf den Awali-Fluß nördlich von Sidon zurückziehen, erhält die PLO eine neue Chance, mit syrischer Unterstützung nach West-Beirut zurückkehren zu können. Dann wäre es mit der neugewonnenen Souveränität der libanesischen Regierung allerdings bald vorbei.

Im Mittelpunkt der Gespräche in Amman steht jedoch der Reagan-Plan (Autonomie für die Palästinenser in den besetzten Gebiete und Föderation des Gebiets mit Jordanien) und die Frage, ob König Hussein als bisher einziger Partner der Amerikaner darauf eingehen soll. PLO-Chef Arafat will seine Zusage König Hussein aber nur geben, wenn der König in Washington auf einem unabhängigen PLO-Staat besteht, der erst später über eine Föderation mit Jordanien entscheidet. Darin wird die PLO von den Sowjets unterstützt.

Auch eine gemeinsame Delegation mit den Jordaniern soll es nach dem Willen von Arafats Stellvertreter Abu Iyad nur geben, wenn über einen PLO-Staat in den besetzten Gebieten gesprochen wird. Als Basis von Verhandlungen mit Washington will die PLO (und Moskau) nur den Gipfel von Fes akzeptieren, der einen unabhängigen Palästinenserstaat unter Leitung der PLO mit Jerusalem als Hauptstadt vorsieht.

König Hussein hat diesen Fes-Plan noch vor zwei Wochen in London vertreten. Er kann jetzt gegenüber den USA weiterhin erklären, vor einem israelischen Rückzug aus Libanon und seinem Stopp der Besiedlungspolitik sehe er keine Aussichten für sein „Einsteigen" in den Friedensprozeß nach amerikanischen Vorstellungen. Reagan müßte dann seinen Plan vom 1. September zu den Akten legen, und die Sowjetunion hätte ihren ersten großen Erfolg bei ihrer neuen Nahost-Politik erreicht.

# USA sollen Nazis Schutz gegeben haben

dpa/UPI/AFP, **Washington**

Das US-Außenministerium und der amerikanische militärische Geheimdienst haben nach dem Krieg Hunderte von teils hochrangigen früheren Nazis als Agenten rekrutiert und sie vor Verfolgung geschützt, berichtete gestern die „Washington Post". Dies gehe aus Dokumenten und Telegrammen des State Departments klar hervor.

Ausgehend vom Fall des jetzt in Frankreich inhaftierten ehemaligen Gestapo-Chefs von Lyon, Klaus Barbie, stellt die „Washington Post" fest, in Hunderten ähnlicher Fälle sei durch Zusammenarbeit von State Department und Militärstellen eine Auslieferung von Ex-Nazis an Länder in Ost und West verhindert worden. Durch den Aufbau eines engmaschigen Netzes habe man dafür gesorgt, daß die als Agenten angeworbenen Ex-Nazis in der amerikanischen und der britischen Zone Nachkriegsdeutschlands blieben.

Der als „Schlächter von Lyon" bekanntgewordene Barbie habe im Gewahrsam des US-Geheimdienstes diesen über die Aktivitäten der Kommunistischen Partei Frankreichs in der Region von Lyon informiert. Wie ihm sei dann auch vielen anderen Nazis durch die Aktion „Safehaven" (sicherer Hafen) die Ausreise über den italienischen Hafen Livorno nach Südamerika ermöglicht worden.

Auch Hunderten von Osteuropäern und Nazi-Kollaborateuren sei für ihre „Dienste" bei den Amerikanern die von ihren Heimatländern beantragte Auslieferung erspart geblieben, heißt es weiter in der „Washington Post".

Der US-Konsul in Belgrad, John Moors Cabot, habe, so das Blatt, „Ekel über den Schutz" geäußert, der Leuten gewährt werde, die „fürchterlicher Verbrechen schuldig" seien. Auch fünf Generäle seien vor der Auslieferung an die Sowjetunion bewahrt worden: der letzte Generalstabschef Hitlers, Heinz Guderian, der Waffen-SS-General Heinz Reinefarth, die Generäle Heinrich von Lüttwitz, Ernst Rohde und Nikolaus von Vormann.

# Ungarn zeigt neues Selbstbewußtsein

## Angst vor der Sowjetunion ist Kritik gewichen / Entkrampfung vor allem bei der Jugend

C. GUSTAF STRÖHM, **Budapest**

Die Beziehungen zur Sowjetunion und die „sowjetische Frage" galten in Ungarn noch bis vor kurzem als tabu. Offizielle Gesprächspartner beschränkten sich auf standardisierte Loyalitätserklärungen gegenüber der Kreml-Politik. Die „inoffiziellen" Ungarn wurden schweigsam oder wechselten das Thema, sobald vorwitzige Westeuropäer die Rede auf den „großen Bruder" brachten.

Seit Breschnews Tod und Andropows Machtübernahme scheint sich hier einiges geändert zu haben. Ungarische Funktionäre sprechen offen davon, daß die Sowjetunion dringend eine Wirtschaftsreform benötige. Sie sei, so hörte ich in Budapest, allerdings sehr schwierig: erstens, weil die Sowjetunion so groß und daher „unbeweglich" sei, und zweitens, weil es so viele Widerstände im sowjetischen Apparat und in der Bürokratie gebe.

### Problem nicht begriffen

„Manchmal verstehen die sowjetischen Genossen nicht, worauf es ankommt", sagte ein Ungar – und nannte dann ein Beispiel: Im Zuge von Jurij Andropows Steuerpolitik sei eine sowjetische Kommission in Ungarn erschienen, um die recht erfolgreich produzierende, nach Ost und West exportierende ungarische Landwirtschaft zu studieren. Man habe den sowjetischen Gästen eine große staatliche Schweinefarm mit 5000 Schweinen gezeigt – und anschließend den privaten Hof eines Bauern, der auf dieser Farm arbeite, sich aber privat 20 Schweine in seinem eigenen Stall halte. Kommentar der Sowjets: Warum man denn die zwanzig (privaten) Schweine nicht einfach zu den 5000 (staatlichen) Schweinen dazugebe, anstatt sie separat zu halten? Dies, so meinte der ungarische Gesprächspartner, sei aber ein Beweis dafür, daß diese sowjetische Kommission das ganze Problem nicht begriffen habe.

Das Problem liegt aber für die Ungarn in der Ausnutzung von persönlicher Initiative und in einer rationalen, profit-orientierten Produktion. Sicher gibt es, gemessen an westlichen Maßstäben, auch im kommunistischen Ungarn noch viel Bürokratie und Ineffizienz in der Wirtschaft. Interessant ist aber, daß trotz gelegentlicher Rückschläge und nicht zu leugnender wirtschaftlicher Schwierigkeiten dennoch ein neuer Wind weht. Dem Besucher aus der Sowjetunion, aus Polen, aus Rumänien und neuerdings sogar aus Jugoslawien kommt Budapest mit seinen gut versorgten Lebensmittelgeschäften, mit kubanischen Orangen und afrikanischen Bananen, die von Straßenhändlern feilgeboten werden, fast wie ein Märchen vor. „Da wir nicht in den Westen fahren dürfen, fahren wir nach Budapest", sagte mir ein Tourist aus Mitteldeutschland.

Die auf vielen Ebenen zu beobachtende Entkrampfung des ungarischen Verhältnisses zum großen Bruder Sowjetunion hat mancherlei Gründe. Die ältere ungarische Generation mit all ihren schrecklichen Erfahrungen des sowjetischen Einmarsches 1945 und der Niederschlagung der Revolution 1956 empfand Abneigung, Haß, oft auch Furcht vor den Sowjets. Die jungen Leute von heute dagegen, die die bösen Jahre nicht mehr miterlebten, zucken nur ein wenig ironisch mit den Schultern, wenn sowjetische Soldaten in ihren erdbraunen Uniformen oder die stets ein wenig ungeschlacht wirkenden russischen Touristen in Budapest des Weges kommen. „Die sind ja arm, die können sich nichts leisten, man muß sie eigentlich bemitleiden", hört man dann. Wenn diese jungen Leute auch mit vielen einzelnen Erscheinungsformen des heutigen ungarischen Lebens nicht zufrieden sind – eines wissen sie so gut wie jeder andere Bewohner des Landes: daß es sich hier in vieler Hinsicht erträglicher leben läßt als irgendwo anders im Ostblock.

Janos Berecz, Chefredakteur der kommunistischen Parteizeitung „Nepszabadsag" und Mitglied des ZK der ungarischen Partei, erklärte dieser Tage westlichen Zuhörern, die ungarischen Kommunisten hätten in den fünfziger Jahren einen „sehr großen Fehler" begangen, als sie beim Aufbau des Sozialismus alles so machen wollten wie in der Sowjetunion. Das habe dazu geführt, daß im ungarischen Volk mehr Ärger über die Sowjets als über die Fehler der eigenen Führung geherrscht hätte. Dann zitierte Berecz sogar Mao Zedong: „Wenn ein falscher Rat befolgt wird, sind nicht die Ratgeber schuld, sondern jene, die den Rat akzeptiert haben."

### Mit Comecon unzufrieden

Zwar sei man, so erklärte Berecz, mit der Sowjetunion durch „gleiche Ziele" verbunden – und Ungarn wolle ein treuer, berechenbarer Verbündeter und Freund sein. Aber es gebe auch innerhalb des Ostblocks Diskussionen. Als Beispiel für die ungarische „Eigenständigkeit" nannte er die Tatsache, daß die Beziehungen Ungarns zu den USA, die in einer Zeit schlechterer sowjetischer Beziehungen zu Amerika nicht auch schlechter geworden seien, sondern sich positiv entwickelt hätten.

Recht offen erklärte Berecz, daß Ungarn mit dem Zustand innerhalb des Comecon (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) nicht zufrieden sei. Auch gegenüber dem Regime Jaruzelski in Polen gestattete sich der Ungar eine kritische Anmerkung: Die polnischen Kommunisten sollten nicht so viel über den „ungarischen Weg" reden, sondern vielmehr ihre eigene polnische Lösung für die Probleme finden.

Über Andropow macht man sich in Budapest besondere Gedanken – nicht zuletzt wegen der jahrzehntealten Beziehungen dieses sowjetischen Politikers zum eigenen Land. Manche ungarischen Gesprächspartner befürchten und bedauern zugleich, daß es Andropow bisher offenbar noch nicht gelungen sei, sich innerhalb der Kreml-Machtkonstellationen voll durchzusetzen. Zugleich allerdings hört man immer wieder, daß es für die ungarische Führung leichter sei, mit Andropow zusammenzuarbeiten als seinerzeit mit Breschnew.

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Fragen zur Volkszählung

*Sehr geehrte Redaktion,*

die „Volkszählung" hat viele Gemüter erregt und alle Medienorgane befassen sich damit.

Ich will nicht in die Diskussion für oder gegen eingreifen, sondern Ihnen eine Beobachtung mitteilen.

Laut Grundgesetz, und ich gehe davon aus, daß wir dieses bejahen, ist Berlin ein Teil des Bundesgebietes. Wenn von der Volkszählung gesprochen wird, differenzieren leider alle Medien zwischen „Bundesrepublik Deutschland" und „West-Berlin". Ich bin der Meinung, daß die Bezeichnung „Deutschland" genügt. Leider ist Deutschland geteilt. Es müßte daher genügen, wenn wir sagen, die Volkszählung wird in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin durchgeführt. Jeder normal denkende Bürger, der ein bißchen Intelligenz und Logik besitzt, weiß doch, daß natürlich der freie Teil des Landes Berlin gemeint ist.

*Christoph A. Weidlich, Berlin 15*

*

*Sehr verehrte Verlagsleitung,*

als älteren Rentner drängt es mich, Ihnen zu schreiben und Herrn M. Walden für sein „Plädoyer für die Volkszählung" zu danken. Seit Jahren ärgert mich, daß so oft Fragen von Minderheiten auf allen Gebieten unseres menschlichen Zusammenlebens eine so entscheidende Rolle spielen und durch Funk, Fernsehen, Presse usw. in allen Variationen in den Vordergrund gestellt werden.

Wenn es auch in diesem Fall wieder eine neue Minderheit ist, so hat sie doch Herrn Walden zu seiner hervorragend geschriebenen Stellungnahme veranlaßt. Damit hat er mir und bestimmt der großen „schweigenden Mehrheit", die sich weder ihrer Menschenwürde, noch durch Grundgesetz garantierter Rechte beraubt sieht, aus der Seele gesprochen.

*Heinrich Biermann, Barnstorf*

*

Wir gehören zu den absolut friedlichen Bürgern, sympathisieren auch keineswegs mit linken Gruppierungen, dennoch empört uns die Volkszählung.

Einerseits wird uns in unzähligen Artikeln versichert, wie sehr wir uns auf den Datenschutz verlassen können, andererseits kommt irgendwer ins Haus, um unsere Daten zu sammeln, die angeblich so wunderbar geschützt sind.

Bei uns rief man Rentner und Hausfrauen auf, sich für die Volkszählung zur Verfügung zu stellen – in Bonn konnte sich jeder dazu melden, der über 18 Jahre alt war und einen festen Wohnsitz nachwies, wie ich hörte. Also vermag schon Herr oder Frau Jedermann als Volkszähler von meinen Daten auszuplaudern, was ihm erzählenswert erscheint, da er ja keinem Amt verpflichtet ist, sondern nur ehrenamtlicher Helfer. Schon das allein treibt auch den gutwilligsten Bürger auf die Barrikaden. Man geht von Anfang her vollkommen sorglos mit meinen Daten um, und spricht gleichzeitig von strikter Geheimhaltung.

Mein Mißtrauen wurde durch diese Handhabung erst geweckt, in der meines Erachtens eine gewisse Nichtachtung des einzelnen erkennbar wird. Es sind offenbar nicht wenige, die ähnlich empfinden und argwöhnisch werden.

Wenn der Staat die bereits entstandene Unruhe ignoriert, seine Bürger statt dessen wie Untertanen behandelt, die zu gehorchen haben, denen man gar saftige Geldstrafen androht, wird es wohl nicht ohne Auswirkungen bleiben. Von einem Rechts-Staat erwartet man nun einmal anderes als von einer Diktatur. Ich jedenfalls wünschte, er würde sich nicht so ungeschickt verhalten.

*Gisela Baumann, Iserlohn*

*

„Leserbrief: Probleme der Volkszählung"; WELT vom 19. März

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

aus meinem gutbürgerlichen Bekanntenkreis habe ich bisher nur ablehnende oder doch zumindest sehr kritische Meinungsäußerungen zur bevorstehenden Volkszählung gehört.

Daher halte ich die Behauptung des Leserbriefschreibers Dr. Hahn aus Gießen für falsch, daß es sich bei denjenigen Mitbürgern nur um eine „winzige Minderheit" handelt, die die Volkszählung in der gegenwärtigen „umfassenden Form" keineswegs als „staatserhaltend und ihrem Schutz und Vorteil dienend für notwendig hält", wie das Briefschreiber Dr. Hahn tut.

Das ergibt sich m. E. schon aus der bezeichnenden Tatsache, daß jetzt sogar nicht nur die seinerzeitigen Befürworter dieser „umfassenden Form" der Fragebögen über die vollen Personaldaten bis hin zur eigenen Telefonnummer und der einheitlichen Kennziffer auf jeder Blattseite, die SPD sowie manche auch heute noch kritisch gebliebenen freidemokratischen Politiker, sondern auch CDU-Politiker eine nochmalige Überprüfung des gesamten Volkszählungs-Verfahrens fordern.

*August Moritz, Hamburg 4*

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

## Eigenverständnis

„Leserbrief: Tradition und Realität", WELT vom 8. März

*Sehr geehrte Herren,*

die Auslassungen des Majors Berger dürfen nicht unerwidert bleiben:

Will Herr Berger ernstlich behaupten, die Wehrmacht habe nicht die Freiheit Deutschlands verteidigt? Wofür haben wir nach seiner Meinung denn sonst unser Leben eingesetzt?

In der von Herrn Berger wahrscheinlich sehr geringschätzig angesehenen Reichswehr stand die Menschenführung so hoch im Kurs, daß der Reichsminister persönlich dem Reichstag Rede und Antwort stehen mußte, wenn ein Soldat Selbstmord verübt hatte!

Herr Berger sagt leider nicht, was er unter einer „modernen Armee" versteht. Etwa: noch mehr Verbeamtung des Tagesdienstes, noch mehr „Mitbestimmung" durch Vertrauensleute usw., noch mehr Entblößung der Kasernen (und damit Verteidigungsunfähigkeit) über Wochenenden und Feiertage, gar Einstieg in die 35-Stunden-Woche für Soldaten usw.?

Herr Berger möge einmal die Luftwaffen- und Marine-Angehörigen, deren Verbände und Schiffe nach früheren Soldaten benannt sind, fragen, ob sie allergisch reagieren, weil ihnen mit der Namensgebung die militärische Leistung dieser früheren Soldaten als Vorbild dargestellt wird. Was hat Herr Berger, der sich offenbar als ein Sprecher der Nachkriegsgeneration empfindet, an dem „Gesamtverhalten als Mensch und Bürger" an den früheren Soldaten auszusetzen, die Truppenteilen oder Truppenunterkünften ihren Namen gaben, so daß diese Herausstellung „unerträglich ist"?

Mir gilt in bezug auf „Tradition" immer noch mehr, was der französische Sozialistenführer Jean Jaurès dazu gesagt hat: „Tradition üben heißt nicht Asche bewahren, sondern die Flamme weitertragen!"

*Mit freundlichen Grüßen*
*Werner Gohrisch, Neuhütten*

## Wort des Tages

» Günstig für Revolutionen ist die Verquikkung einer Masse von Dummheit mit einer kleinen Menge Licht. «

Antoine de Rivarol, franz. Moralist (1753–1801)

# Personalien

### GEBURTSTAG

90 Jahre alt wird der Historiker Professor **Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode**, der am 31. März Geburtstag feiert. Der frühere Ordinarius für Neuere Geschichte an der Universität Rostock, und ab 1946 Professor an der Münchner Universität bis 1961, war an der Isar von 1950 bis 1967 auch Redakteur der „Neuen Deutschen Biographie", die von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften herausgegeben wird. In diesen Jahren bestimmte er maßgeblich die Konzeption dieses Werkes. Graf zu Stolberg-Wernigerode verfaßte unter anderem „Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika im Zeitalter Bismarcks" und „Die unentschiedene Generation, Deutschlands konservative Führungsschichten am Vorabend des Ersten Weltkriegs".

### EHRUNGEN

Professor Dr. med. **Gotthard Schettler**, Direktor der Medizinischen Universitätsklinik in Heidelberg, wurde Ehrendoktor der Universität Padua. Professor Schettler ist Präsident der Internationalen Arteriosklerosegesellschaft und Vorsitzender der Sektion „Arteriosklerose" der Internationalen Kardiologischen Gesellschaft. Der Mediziner, dem grundsätzliche Erkenntnisse auf dem Gebiet der Herz- und Kreislaufforschung zu verdanken sind, hat sich in den vergangenen Jahren vor allem auch für eine enge Zusammenarbeit zwischen der italienischen und deutschen medizinischen Wissenschaft eingesetzt. Die Universität Padua besitzt die zweitälteste Medizinische Fakultät in Europa nach Bologna.

*

Burschenschaften schätzen seine Verdienste seit Jahrzehnten: Dr. **Erdmann Werner Böhme** (76), redigiert seit mehr als 20 Jahren das „Allgemeine Deutsche Kommersbuch". Der frühere Pressedezernent und Musikwissenschaftler wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Dr. Böhme, der in Niederbachem, in der Umgebung von Bonn lebt, hat mit seiner Bearbeitung des Kommersbuches weit über die Studentenschaften hinaus Freunde gefunden. Dr. Böhme war unter anderem nach dem Krieg Pressechef der Bundesverkehrswacht in Bonn, Redaktionschef in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Leiter des Dezernats Militärische Ausbildungschriften im Bundeswehramt.

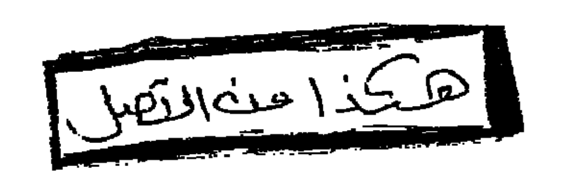
*

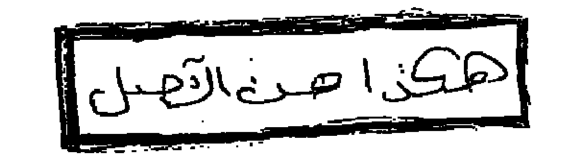
Dr. **Hellmuth Buddenberg**, Vorstandsvorsitzender der deutschen BP, erhielt in Hamburg die Goldene Ehrennadel der Deutschen Feuerwehren. Die Medaille wurde ihm vom Deutschen Jugend-Feuerwehrausschuß für sein gesellschaftspolitisches Bemühen um die Jugend verliehen.

### GESTORBEN

Der Meteorologe und Geophysiker Professor **Fritz Möller** starb in München im Alter von 77 Jahren. Der in Thüringen geborene Wissenschaftler lehrte in Leipzig, Mainz und Frankfurt. Von 1960 bis 1971 war er Leiter des Meteorologischen Instituts der Ludwig-Maximilians-Universität und des Instituts für Meteorologie der Forstlichen Forschungsanstalt München.









FORMEL 1 / Doppelsieg von McLaren in Long Beach

# John Watson vor Lauda – aber im Team gab es nur Ärger statt Jubel

dpa/DW. **Long Beach**

Trotz des großen Sieges – die ...timmung war eher bedrückt. Wie ...s denn nun weitergehe im englischen McLaren-Team nach John ...Vatsons Triumph beim Grand Prix ...on Long Beach? Ron Dennis, der ...eamchef, schien sich über den ...rfolg kaum zu freuen. Kein Lächeln, keine Freude. „Kein Kommentar", sagte Ron Dennis. John ...Vatson hatte gewonnen, sein ...eamkollege Niki Lauda war als ...weiter nun die Nummer eins im Weltmeisterschafts-Klassement, ...nd dennoch kein Kommentar?

Der Grund dafür: Der Sieg des 36 ...ahre alten Iren entfacht erneut ...en schwelenden Ärger im McLa...en-Team. Denn Watson hat für ...iese Saison bisher nur einen Ver...ag für *zwei* Rennen unterschrie...en: für den Grand Prix in Rio de ...aneiro und für den Großen Preis ...on Long Beach in Südkalifornien. ...b Watson nach mehr als 130 For...el-1-Rennen nun weitermacht, ...ängt von zwei Dingen ab: einmal ...on der Erfüllung seiner finanziel...n Forderungen, zum anderen von

...zeige



Bitten der Schwedin Barbro ...erson, der Witwe des 1978 in ...nza tödlich verunglückten Ron-Peterson.

...ohn Watson fühlt sich gegen...r der Nummer eins im McLa...-Team, dem Österreicher Niki ...da, unterbezahlt. So forderte er McLaren für die erste Hälfte Grand-Prix-Saison 1983 eine ...altsgarantie von einer Million ...ar. Danach, so Watson, wolle weitersehen. McLaren akzep...e bisher nicht, und Niki Lauda ...te: „John provoziert seinen ...sschmiß."

...hn Watson und Barbro Peter... – das ist seit langer Zeit ein ...rtrennliches Paar. Beide spre... von Heirat, doch die Rennfah...Witwe hat eine Bedingung ge...: Weil ihr erster Mann in ei... Formel-1-Rennwagen ver...nt ist, soll John Watson erst ...n Dienst als Rennfahrer quit...n, bevor das Aufgebot bestellt. Schon deshalb sieht sich ...aren-Teamchef Ron Dennis nach einem neuen Fahrer um. Im Gespräch ist der frühere Weltmeister Alan Jones (Australien), der in Long Beach auf einem Arrows sein Comeback versuchte, doch 17 Runden vor Schluß an 14. Stelle liegend, aufgab. Jones verspürte noch heftige Schmerzen im linken Bein, das er bei einem Reitunfall gebrochen hatte.

Doch das alles hat den Australier nicht davon abgehalten, mit McLaren bereits über seine Rennfahrer-Zukunft zu sprechen. Jones fordert als Gage eine Million Dollar in dieser Saison, zahlbar in vier Raten zu je 250 000 Dollar. Seine Hoffnungen, nun anstelle Watsons bei McLaren Teamkollege von Lauda zu werden, seien überaus berechtigt, erzählten in Long Beach Journalisten dem Australier. Jones dazu: „*Ein sehr gutes Gerücht.*"

Ein Teammitglied von McLaren sieht es indes anders: Watson sei ein vernünftiger Mann. Er werde sich deshalb ebenso mit Barbro Peterson wie mit Ron Dennis einigen. Eine Einigung mit McLaren sei dann wohl auch eine Preisfrage, die – bei Lichte betrachtet – unter den Forderungen von Alan Jones liegen würde. Außerdem: John Watson habe nun mittlerweile die Erfahrung, in diesem Jahr Formel-1-Weltmeister zu werden. Und als solchen würde Frau Peterson ihn wohl immer noch heiraten ...

In Long Beach stand Watson auf dem 22. Startplatz und kämpfte sich bis auf den ersten Rang vor. Watson, ehedem stets zurückhaltend, sagte nach dem Rennen selbstbewußt: „Ich glaube nicht, daß das irgend jemandem zuvor überhaupt gelang." Bevor sich John Watson an die Spitze setzte, hatte der Franzose Patrick Tambay, aus der ersten Position gestartet, vor dem finnischen Weltmeister Keke Rosberg geführt. Tambay mit dem Ferrari und Rosberg mit dem Williams lieferten sich 24 Runden lang hinreißende Kämpfe. Dann versuchte Rosberg den Franzosen innen zu überholen. Tambay zog den Ferrari ebenfalls nach innen: Rosbergs linkes Hinterrad kollidierte mit dem rechten Vorderrad Tambays. Für Tambay war es das Aus.

Als Rosberg seinen Wagen wieder in die Fahrtrichtung bewegen wollte, knallte ihm von hinten der Franzose Jean-Pierre Jarier (Ligier) in den Wagen. Damit war das Rennen sowohl für den Weltmeister als auch für Jarier beendet.

Der deutsche Grand-Prix-Fahrer Manfred Winkelhock (Waiblingen) war nach drei Runden ausgangs der Zielgeraden mit seinem ATS-BMW an die Betonabgrenzung geprallt und dadurch ausgeschieden. Winkelhock dazu: „Wir haben keine Ahnung, weshalb es den Wagen plötzlich verriß. Möglich, daß irgend etwas auf der Straße lag. An einen mechanischen Defekt kann ich nicht glauben." Und dann: „Hätte ich mich nicht selber um meine Chancen gebracht, wäre hier eindeutig mehr drin gewesen."

Enttäuscht war man auch bei Brabham-BMW, wo Riccardo Patrese bis zwei Runden vor Schluß noch WM-Punke sicher schienen. „Doch dann lockerten sich die Schrauben am Zündverteiler", sagte BMW-Motorenchef Paul Rosche. Bei Nelson Piquet war ein verklemmtes Gaspedal in der 50. Runde Grund der Aufgabe gewesen.

## Hosenmatz nimmt die Parade ab



**Der Fotograf sagt: „Wo er plötzlich herkam und wo er wieder hinlief – ich weiß es nicht. Ich habe nur ganz schnell auf den Auslöser gedrückt." Was dabei herauskam, ist der Fotobeweis dafür, daß es auch im Leistungssport noch heitere Szenen gibt: Ein Hosenmatz, den die Windel noch bei der akkuraten Körperhaltung behindert, nimmt die Parade der Herbolzheimer Turner beim Bundesliga-Finale ab.**

FOTO: DPA/MELCHERT

# *Deutschland braucht Schuster, na klar*

Der Name muß so oft genannt werden im Zusammenhang mit immer neuen irrlichternden Variationen anmaßender Dreistigkeit, daß ein ehrenwertes Handwerk sich so langsam dagegen wehren sollte, wegen der Negativ-Werbung: Schuster. Als eine Sportillustrierte die bombastische Frage herausschrie: „Braucht Deutschland Schuster?", kam prompt die einzig mögliche Antwort von einem Leser: Selbstverständlich brauchen wir Schuster, schließlich können wir ja nicht alle barfuß laufen.

Bernd Schuster, der in Barcelona zum meistbesuchten Deutschen in Spanien heranreift (er läßt bitten, Präsident und Trainer fliegen immer wieder hin), will in Albanien nicht spielen. Das ist bekannt.

Mit der Begründung seiner Absage, über die niemand rechten darf und kann, erwarb er sogar noch Sympathien im Abteil Mutter mit Kind. Was aber, wenn seine väterliche und ehemännliche Fürsorge nur Ablenkung vom wahren Grund der Unlust ist?

Als Quelle der neuen Zweifel an der Aufrichtigkeit Schusters wird

STANDPUNKT

einer der Vizepräsidenten des FC Barcelona (Gaspart) angegeben. Nicht das Vaterwerden habe zur Absage geführt, sondern die Abneigung gegen Hansi Müller.

Die Gedankenkette, die begründet zu dieser Annahme führt, entbehrt nicht einer kindlichen Logik von der Art: „Wat kann ick dafür, wenn mir die Finger frieren, warum kooft mir Mutter keene Handschuhe?" Also: Im Mai 1981, nach dem Länderspiel gegen Brasilien, war ein nationalmannschaftlicher Besuch in Müllers neuem Heim angesetzt. Bernd und Gabi drehten vor der Haustür um, nicht ohne Harald Schumacher gebeten zu haben, Jupp Derwall davon zu informieren. Der Torwart gab die aufgetragene Entschuldigung an Hansi Müller weiter. Er sollte sie dem Bundestrainer überbringen, vergaß es aber. Der Eklat war da, Schuster flog damals aus der Mannschaft und sagte im Chor mit Frau Gabi, so wird jetzt berichtet: „Mit dem Müller wollen wir nie wieder etwas zu tun haben."

Ist das der wahre Grund der Absage, das dritte Kind nur Ausrede? Es ist kaum zu hoffen, daß Schuster ehrlich antwortet. Aber die Antwort auf die Frage: Braucht Deutschland Schuster? hatten wir schon. Selbstverständlich, wir brauchen ja Schuhe.

So, nur so, sei es denn künftig.

FRANK QUEDNAU

FUSSBALL

# Jupp Derwalls Mannschaft

DW. **Frankfurt**

Der dick angeschwollene Zeh von Karl-Heinz Rummenigge dient Jupp Derwall als Beweis: „Es gibt keinen Boykott der Nationalmannschaft. Nein, so etwas gibt es nicht. Sonst wäre Kalle nicht mit einer solchen Verletzung angereist." Vor dem Abflug der deutschen Mannschaft nach Albanien (gestern nachmittag) konnte sich Derwall dennoch nicht ganz frei von dem Gedanken machen, daß bei den zahlreichen Absagen Blessuren nur vorgeschoben wurden.

Derwall hütet sich, Namen zu nennen und Verdächtigungen auszusprechen, doch daß er seit Felix Magaths Absage zum Hamburger SV ein gestörtes Verhältnis hat, wird immer wieder deutlich. Zum Beispiel in der Begründung dafür, daß er Hansi Müller in Tirana von Anfang an spielen lassen wird: „Wenn jemand bei Inter Mailand spielt und 90 Minuten durchsteht, muß man annehmen, daß er so gut ist wie die HSV-Spieler."

Da Bernd Schuster endgültig auf das Spiel verzichtete (Derwall: „Das ganze Hickhack wäre zu vermeiden gewesen, hätte er frühzeitig auf diese privaten Dinge hingewiesen"), setzt der Bundestrainer auf Hansi Müllers Spielintelligenz und die Trotzreaktion der verbliebenen Nationalspieler.

Die Bremer Jonny Otten und Rudi Völler sowie der Kölner Stefan Engels stehen vor ihrem ersten Länderspiel über volle 90 Minuten, und die Spitzenklubs aus Hamburg und München müssen tatenlos (Ausnahme Rummenigge) mit ansehen, wie sich plötzlich die oft zitierte Blockbildung ohne sie entwickelt. Vier Kölner und drei Bremer bilden das Gerippe des Aufgebotes von 15 Spielern.

Die deutsche Mannschaft wird morgen (16.30 Uhr) in folgender Aufstellung antreten: Schumacher, Strack, B. Förster, K. H. Förster, Otten, Engels, Müller, Briegel, Rummenigge, Völler, Littbarski. In Reserve: Immel, Meier, Falkenmayer, Reichert.

SCHACH

# Kortschnoi, der Kämpfer

LUDEK PACHMAN, **Bonn**

Viktor Kortschnoi hat sein erstes Spiel gegen den Ungarn Lajos Portisch im Viertelfinale des Schach-Kandidatenturniers gewonnen. Sagen wir es ganz offen: In Bad Kissingen erwartete man einen glatten Sieg von Portisch. Kortschnoi war in letzter Zeit in einer äußerst schlechten Form und plagte sich ständig mit Problemen, die er sich meistens selbst bereitete. Aber er ist ein großer Kämpfer, der immer seine Kräfte mobilisieren kann, wenn es ihm schlecht geht.

Dies hat bereits die erste Partie des Wettkampfes gezeigt, sie wurde total von Kortschnoi kontrolliert. Seine Behandlung der Eröffnung, die Verbindung der Züge 5.De2 und 7.g3, ist recht ungewöhnlich. Nach der Vereinfachung zeigte der Vizeweltmeister wieder einmal, daß er in Turmendspielen von allen heutigen Großmeistern nicht zu übertreffen ist. Übrigens haben Kortschnois Sekundanten nach vielstündiger Arbeit die Abbruchstellung (nach dem 41. Zug von Weiß) als Remis abgeschätzt. Kortschnoi wich von ihren Analysen ab – und behielt recht.

Die Notation (Weiß Kortschnoi):

1. c4 Sf6, 2. Sc3 e6, 3. Sf3 b6, 4. e4 Lb7, 5. De2 Lb4, 6. e5 Sg8, 7. g3 Sc6, 8. Lg2 Sd4, 9. Dd3 Lxf3, 10. Lxf3 Sxf3+, 11. Dxf3 Se7, 12. 0-0 Sc6, 13. De4 0-0, 14. Se2 f5, 15. exf6 e.p. Dxf6, 16. d4 e5, 17. d5 Sd4, 18. Sxd4 exd4, 19. Lf4 Tae8, 20. Dd3 Dg6, 21. Dxg6 hxg6, 22. a3 Ld6, 23. Lxd6 cxd6, 24. Tfe 1 Txe1+, 25. Txe1 Tc8, 26. b3 b5, 27. cxb5 Tc3, 28. Kf1 d3, 29. a4 Kf7, 30. Ta1 Txb3, 31. Ke1 Tb2, 32. Ta3 d2+, 33. Ke2 Kf6, 34. Tf3+ Ke7, 35. h4 Ta2, 36. Tf4 Ke8, 37. Tc4 Ke7, 38. Te4+ Kf7, 39. Kd1 Kf6, 40. Ke2 Kf7, 41. Tf4+ Ke8, 42. Kd1 Ke7, 43. Tc4 Kf6, 44. Tc7 Txa4, 45. Txd7 Tb4, 46. Txd6+ Kf5, 47. Td7 Txb5, 48. Txg7 Txd5, 49. Txa7 Kg4, 50. Ta2 Kf3, 51. Txd2 Tf5, 52. Td6 g5, 53. hxg5 Txg5, 54. Tf6+ Kg2, 55. Ke2 aufgegeben.

NACHRICHTEN

### Pokalfinale in Köln?

**Frankfurt** (sid) – Sollten die beiden Kölner Fußball-Vereine Fortuna und 1. FC ins Finale um den deutschen Pokal einziehen, so wird das Endspiel am 11. Juni im Müngersdorfer Stadion in Köln ausgetragen. Für ein mögliches Spiel zwischen einem Kölner Klub und Dortmund ist das Düsseldorfer Rheinstadion vorgesehen.

### Silber für Zenkner

**Rupchen** (dpa) – Wolfgang Zenkner (München) belegte bei der Billard-Weltmeisterschaft im Einband in Rupchen (Niederlande) hinter Titelverteidiger Ludo Dielis (Belgien) den zweiten Platz.

### Monika Kuno Zweite

**Waldniel** (dpa) – Hinter der Amerikanerin Sandra Kiddy (15:40:50 Stunden) kam Monika Kuno (Bad Waldsee) in Waldniel beim ersten 100-Meilen-Lauf für Frauen nach 16:01:33 Stunden als Zweite durchs Ziel.

### Navratilova siegte klar

**New York** (sid) – Mit einem klaren 6:2, 6:0 über Chris Evert-Lloyd gewann Martina Navratilova (USA) das mit 350 000 Dollar dotierte Tennis-Turnier von New York.

### Fünf Tore Vorsprung

**Dortmund** (sid) – Der VfL Gummersbach geht mit einem Fünf-Tore-Vorsprung am Ostersonntag beim FC Barcelona ins Halbfinal-Rückspiel um den Handball-Europapokal der Landesmeister. In Dortmund gewannen die Gummersbacher das Hinspiel vor 10 000 Zuschauern mit 21:16.

ZAHLEN

**FUSSBALL**

**EM-Qualifikation,** Gruppe 3: Luxemburg – Ungarn 2:6.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. England | 3 | 2 | 1 | 0 | 14:2 | 5:1 |
| 2. Dänemark | 2 | 1 | 1 | 0 | 4:3 | 3:1 |
| 3. Ungarn | 1 | 1 | 0 | 0 | 6:2 | 2:0 |
| 4. Griechenland | 2 | 1 | 0 | 1 | 2:3 | 2:2 |
| 5. Luxemburg | 4 | 0 | 0 | 4 | 3:19 | 0:8 |

**Gruppe 5:** Zypern – CSSR 1:1.

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Rumänien | 3 | 2 | 1 | 0 | 5:1 | 5:1 |
| 2. CSSR | 3 | 0 | 3 | 0 | 5:5 | 3:3 |
| 3. Italien | 3 | 0 | 3 | 0 | 3:3 | 3:3 |
| 4. Schweden | 3 | 1 | 1 | 1 | 3:4 | 3:3 |
| 5. Zypern | 4 | 0 | 2 | 2 | 3:6 | 2:4 |

**MOTORSPORT**

**Großer Preis der USA/West** in Long Beach, zweiter von 17 Läufen zur Formel-1-Weltmeisterschaft: 1. Watson (Irland) McLaren-Ford 1:53:34,889 Std., 2. Lauda (Österreich) McLaren-Ford 1:54:02,882, 3. Arnoux (Frankreich) Ferrari-Turbo 1:54:48,527, eine Rd. zur. 4. Laffite (Frankreich) Williams-Ford, 5. Surer (Schweiz) Arrows-Ford, 6. Cecotto (Venezuela) Theodore-Ensign-Ford. – Stand nach zwei Läufen: 1. Lauda 10 Punkte, 2. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW-Turbo und Watson je 9, 4. Laffite 6, 5. Arnoux 4, 6. Surer 3.

**TENNIS**

**Damenturnier in New York,** Finale: Navratilova – Evert-Lloyd (beide USA) 6:2, 6:0, Spiel um Platz drei: Hanika (Deutschland) – King (USA) 6:1, 7:6. – Grand-Prix in Mailand, Finale: Lendl (CSSR) – Curren (Südafrika) 5:7, 6:3, 7:6. – Grand-Prix in Nizza, Finale: Sundstroem (Schweden) – Orantes (Spanien) 7:5, 4:6, 6:3.

**GEWINNZAHLEN**

**Toto, Elferwette:** 1, 2, 0, 1, 1, 0, 2, 0, 0, 1, 2. – **6 aus 45:** 19, 23, 29, 31, 39, 42, Zusatzspiel: 13. (Ohne Gewähr)

...YMPIA / Kongreß in Neu-Delhi beendet

# ...Villi Daume denkt über den ...ückzug aus dem IOC nach

K. Bl. **Bonn**

... IOC-Präsident Juan Antonio ...ranch in Neu-Delhi einen ...tigen Empfang gab, befand Willi Daume bereits auf dem ...weg. Der Deutschen Presse...tur (dpa) schienen das Anzei... für Willi Daumes langsamen unaufhaltsamen Rückzug aus Internationalen Olympischen ...itee (IOC). Die Agentur ...ibt: „Willi Daume war alles ...e als froh. Dieses IOC hat sich ...eu-Delhi noch weiter an den ... seiner späten Interessen ent...; durch niveaulose Debatten, ...zügelte Eitelkeiten, unver...liche Personalentscheidun...

... deutsche NOK-Präsident zur ...: „Wenn man will, kann man ...o verstehen." Hat er damit ...chlich seinen Rückzug einge...? Daume: „Seit Moskau 1980 ...e ich daran." Damals, 1980 in ...au, galt Willi Daume als künf... Präsident des IOC. Doch die politische Welt hatte sich mit Einmarsch der Sowjetrussen ...ghanistan und dem darauffol...en Olympia-Boykott der USA ... der Bundesrepublik verän... IOC-Präsident wurde der spa...e Moskau-Botschafter Juan ...nio Samaranch.

...umes Einfluß aber auf die ...pischen Gremien blieb den... ungebrochen. Als Chef der ...pischen Zulassungskommis... ging er daran, den abstrusen, ...ltbaren Begriff des mittello... Olympia-Amateurs der Zeit ...rechend neu zu definieren. ... bedurfte es nicht nur Finger...engefühl, sondern viel Zivil...ge. Schließlich ging es um ...cengleichheit zwischen Ost ... West.

... Neu-Delhi gab es eine einstim... Annahme seiner Vorschläge ...n die IOC-Vollversammlung. Daume, mittlerweile 69 Jahre alt, scheint damit am Ziel. In Neu-Delhi, so berichtet dpa, habe Willi Daume einen ihm nahestehenden IOC-Kollegen gefragt, wie man es am besten anstellen könnte, sich aus dem IOC zurückzuziehen.

„Irgendwann", so sagt Daume dazu, „muß ja mal Schluß sein. Aber ich will keinen Termin nennen. Ich spreche in diesem Zusammenhang auch nicht über Los Angeles 1984. Für mich steht fest: Die Amateurfrage will ich zum Schluß bringen." Daß man vielleicht 20 Jahre brauche, um die jetzt gestellte Frage nach dem Profi zu beantworten – diese Einlassung von ihm sei doch wohl eher ironisch zu verstehen.

Ihm geht es jetzt darum, die Amateurangelegenheit samt und sonders in brauchbare Bahnen zu lenken. „Die FIFA", sagt er, „ist dabei unser schwierigstes Kapitel." Bereits am 18. April werden sich die Kommissionen von IOC und Internationalem Fußballverband in Lausanne zum zweiten Mal treffen, um einem Kompromiß näherzukommen. Daume: „Die FIFA will bei den Olympischen Spielen mit Profis spielen. Die Schwierigkeit: Die FIFA kennt den Begriff Amateur und Profi gar nicht. Bei den Fußballern geht es um drei Kategorien: um den WM-Spieler, den internationalen Spieler und den Olympia-Spieler. Außerdem gelten in den jetzt stattfindenden Ausscheidungsspielen für das Olympia-Turnier von 1984 in Los Angeles noch die Regeln von 1980. Auf beiden Seiten ist guter Wille vorhanden, doch es wird sehr schwer sein, eine Linie zu finden."

Willi Daume denkt an Rückzug, keine Frage. Doch zuvor, auch das ist keine Frage, wird er sein Amt zu Ende führen.

# Querelen um „Report" beigelegt?

DW. Bonn

Die Querelen um den heftig kritisierten Beitrag „Gewaltloser Widerstand" der jüngsten „Report"-Sendung vom Südwestfunk scheinen beigelegt. Wie aus dem Sender in Baden-Baden zu erfahren war, haben sich am Wochenende elf Mitglieder des Fernsehausschusses dem Votum der Betriebsleitung angeschlossen, die das Stück für „nicht sendefähig" erklärt hatte, sechs fanden nichts zu beanstanden, zwei enthielten sich der Stimme. Zudem sei man der Meinung, daß das Thema Friedensbewegung von einem politischen Magazin aufgegriffen werden müsse; für fraglich halte man nur einen Punkt in der Art der Aufbereitung: das Gegeneinanderschneiden der „Pässe-Szenen": Gandhi (im englischen Spielfilm) verbrennt öffentlich seinen Farbigen-Paß, Bundeswehr-Reservisten zünden 1982 in Köln aus Protest gegen die Nachrüstung ihre Wehrpässe an.

Von personellen Konsequenzen für „Report"-Moderator Franz Alt sei im Fernsehausschuß nicht gesprochen worden.

In einem gestern veröffentlichten offenen Brief an Franz Alt bescheinigte der Bundesausschuß der Jungen Arbeitnehmerschaft in den CDU-Sozialausschüssen dem TV-Magazin ausdrücklich „kritisch engagierte und sachlich fundierte Berichterstattung zu wichtigen Themen unserer Zeit".

# Giftanschläge lösen Unruhe aus

dpa, Jerusalem

Nach den mutmaßlichen Giftanschlägen auf arabische Schulen im besetzten Westjordanland befürchten israelische Sicherheitsbehörden, daß diese Vorgänge die für morgen erwarteten Unruhen zum jährlichen „Tag des Landes" der Palästinenser noch verschärfen. In dem Ort Dschenin im Norden des Westjordanlandes, wo am Wochenende rund 280 Schülerinnen mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert worden waren, hob die israelische Besatzungsarmee gestern die nach spontanen Demonstrationen verhängte Ausgangssperre wieder auf. Bei Dschenin und dem nahegelegenen Dorf Arrabe wurden starke israelische Sicherheitskräfte zusammengezogen. Radio Jerusalem meldete, bei den bisherigen Laboruntersuchungen seien keine Spuren von Giftstoffen in den Körpern der Schülerinnen festgestellt worden.

# Kommission Neue Medien fühlte sich überfordert

## Zwischenbericht vorgelegt / Auftrag bleibt unerfüllt

GISELA REINERS, Bonn

Der Zwischenbericht, den Bundestagspräsident Richard Stücklen gestern in Bonn als letzte Amtshandlung entgegennahm, dürfte ein Abschlußbericht gewesen sein. In den Bundestagsfraktionen und Parteien scheint es jedenfalls wenig Neigung zu geben, in der 10. Legislaturperiode eine neue Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken" einzurichten. Die Erfahrungen in den vergangenen knapp zwei Jahren seit Konstituierung der Kommission scheinen den Mitgliedern nicht gerade Appetit auf mehr Durchleuchtung des schwierigen Gebietes gemacht zu haben.

Die Kommission mußte mit dem Ende des 9. Bundestags ihre Arbeit abbrechen. Ihr Auftrag blieb unerfüllt, nämlich „die Probleme der neuen Informationstechniken unter rechtlichen, insbesondere verfassungsrechtlichen, datenschutzrechtlichen, gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und organisatorischen Aspekten national wie international darzustellen und Empfehlungen für entsprechende Entscheidungen zu erarbeiten". Doch auch mit mehr Zeit wäre es wohl kaum zu abgestimmten Empfehlungen, eher zu vielen Mehr- und Minderheitsvoten gekommen, denn die grundsätzlichen Auffassungen erwiesen sich als äußerst kontrovers.

Verhielten sich die SPD-Vertreter eher zögerlich, weil sie bestimmte Entwicklungstendenzen der neuen Medien wie Kabel-Fernsehen, Bildschirmtext und Satelliten-TV erst genauer abschätzen wollten, warf ihnen die Union vor, Investitionshemmnisse aufzubauen, mußte sich dafür dann übergroßer Fortschrittsgläubigkeit zeihen lassen und so fort. Schwierig genug war auch schon, herauszufiltern, was eigentlich unter einem neuen Medium zu verstehen war, denn vieles war nicht neu.

### Neue Speichertechniken

So ist beim Kabel-Fernsehen eigentlich nichts neu, außer der Vielfalt der Programme, die durch eine neue Technik empfangbar werden; bei der Digitalisierung ermöglicht eine neue Technik eine raschere und umfangreichere Datenübermittlung; der Satellit läßt Fernseh-Übermittlungen auf neuem Wege zu – alles nicht wirklich neu. Doch Mikroelektronik und Glasfaserkabel ermöglichen nicht nur mehr und schnellere Information, sondern sie lassen auch neue Speichertechniken zu und den Verbund von Telefon, Fernsehen und Computern, wie es beim Bildschirmtext (Btx) der Fall ist.

Da es für dieses Medium noch kein Vorbild gibt und alle seine Möglichkeiten noch gar nicht bekannt und vorstellbar sein dürften, war die „Kommission mit der Beurteilung der Auswirkungen in den nächsten 30 Jahren auf fast alle Bereiche des Lebens schlicht überfordert". So urteilte der Kommissions-Vorsitzende Josef Linsmeyer (CSU) gestern bei der Berichts-Übergabe.

### Gefahr für Arbeitsplätze

Nach Ansicht des stellvertretenden Kommissions-Vorsitzenden Peter Paterna (SPD) und seines früheren Koalitionskollegen Burkhard Hirsch (FDP) sind vor allem die arbeitsmarktpolitischen Aspekte der neuen Medien wie Btx zu kurz gekommen bei den Beratung. Dieses Problem hält Paterna für brisanter als zusätzliche Fernsehprogramme und ihre Veranstalter. Hirsch glaubt, daß bis Ende des Jahrzehnts mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen werden, wovon vorwiegend Frauen betroffen sein werden. Bund und Länder müßten dringend zusammenarbeiten, um Folgerungen für die praktische Politik daraus zu ziehen.

Paterna nennt Beispiele für Arbeitsplatzgefahren: Ärzte könnten ihre Kassenabrechnungen per Bildschirm erledigen; Ersatzteillager können via Bildschirm überprüft und aufgefüllt werden; kleinere Archive werden überflüssig, weil über Bildschirm ein Zentralarchiv nach Beliebigem abgefragt werden kann.

Völlig unzufrieden ist Paterna auch mit der Behandlung der rechtlichen Seite. So habe sich bisher niemand Gedanken über die Rechtslage gemacht, wenn der minderjährige Sohn über Bildschirmtext im Versandhandel einen Fußball bestelle und das Geld dafür gleich vom Familienkonto überweise.

Dennoch sind alle Beteiligten überzeugt, daß die Arbeit nicht umsonst war. Es besteht Einigkeit, daß die Telekommunikations-Infrastruktur neue Marktchancen eröffnet, daß aber die Auswirkungen sorgfältig beobachtet werden müssen. Die Vorarbeiten zum Kommissionsbericht sollen in der Arbeit der Fraktionen weiter verwendet werden.

# Franzosen stürmen die Wechselbüros

A. v. KAGENECK, Paris

Mit einem Sturm auf die Wechselbüros haben die Franzosen gestern auf die drastischen Devisenbeschränkungen im Fernreiseverkehr reagiert, die am heutigen Dienstag um null Uhr in Kraft getreten sind. Vor allem Dollar, Peseten und Schweizer Franken waren gefragt.

Etwa acht bis zehn Millionen Franzosen dürften jetzt gezwungen sein, ihre Buchungen für die diesjährige Sommerreise rückgängig zu machen. Die Touristik-Branche unternahm gestern einen erneuten Versuch, die zuständige Ministerin Edith Cresson umzustimmen. Die einzige Frau im Kabinett Mauroy blieb zwar nach außen hin eisern und holte sich sogar Schützenhilfe bei Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors. Er erklärte am Morgen im Rundfunk, daß die Franzosen im Jahre 1982 rund 33,2 Milliarden Franc im Ausland ausgegeben hätten, dies sei ein Drittel des augenblicklichen Zahlungsbilanzdefizits. Doch nicht nur das anschließende Versprechen von Madame Cresson, daß die Maßnahme „voraussichtlich und je nach Lage der Dinge" nur für das Jahr 1983 gelte, erweckt in Beobachtern den Eindruck, daß die Pariser Regierung diesen Punkt des Sparprogramms noch einmal überdenkt.

Außerordentlich hart geht die Presse mit der Regierung ins Gericht. Der „Figaro" vergleicht das sozialistische Frankreich mit Jugoslawien oder Ungarn, wo „der Auszug aus dem roten Paradies ebenfalls verschlossen" ist. Der den Sozialisten nahestehende „Matin" spricht von einer Ohrfeige für die Franzosen und dem Ende ihrer persönlichen Freiheit. Der Kommentator der Linkspostille „Libération" schreibt: „Seit Freitag (dem Tag der Verkündung der Maßnahme) sitze ich in einem Gefängnis von 555 000 Quadratkilometern", und ruft seinen Lesern ein ironisches „Auf Wiedersehen in Wagadugu" (der Hauptstadt der afrikanischen Republik Obervolta) zu. Dies als Hinweis auf die Einladung der Regierung, die Franzosen könnten ja immer noch auf die afrikanischen Länder der Franc-Zone ausweichen.

An der Börse stiegen indes am Montag die Aktien des bekannten Touristikunternehmens „Club Méditerranée", dessen Direktor Trigano inzwischen mit der Regierung eine Formel vereinbart hat, die es den Aktionären erlaubt, trotzdem ihre Ferienpläne im Ausland zu verwirklichen.

# PLO-Freischärler in Südlibanon wieder aktiv

## Bisher 15 Israelis verletzt / Attentäter sind Exgefangene

rtr/AFP/AP, Jerusalem/Beirut

Nach Wochen fast völliger Waffenruhe werden palästinensische Guerrillas nach Angaben israelischer Offiziere in Südlibanon zunehmend aktiv.

Kleine palästinensische Einheiten sickerten in diesen Landesteil ein, organisierten Zellen in Dörfern und Flüchtlingslagern und verübten immer häufiger Anschläge auf israelische Militäreinrichtungen, wie gestern berichtet wurde. In den vergangenen 14 Tagen seien 15 Soldaten bei solchen Angriffen verletzt worden. Nach Angaben eines israelischen Obersten handele es sich „bisher um ein Wiederaufleben in sehr kleinem Umfang". Es vergehe jedoch kein Tag ohne einen Angriff auf seine Soldaten, erklärte der in Metulla an der israelisch-libanesischen Grenze stationierte Offizier.

Das Militär macht für die neuen palästinensischen Aktionen aus dem Kriegsgefangenenlager Ansar entlassene Palästinenser und Libanesen verantwortlich. Einer kleinen Zahl von Guerrillas sei es zudem gelungen, von syrischem Territorium aus nach Südlibanon einzusickern.

Im Lager von Ansar waren im Verlauf der israelischen Invasion im Sommer vergangenen Jahres mehr als 9000 Gefangene festgesetzt worden. Dabei handelte es sich um etwa 5500 Palästinenser, 2230 Libanesen und Gefangene anderer Nationalitäten. Nahezu 4000 wurden im vergangenen Herbst und Winter freigelassen. Seit Januar jedoch reduziert Israel das Tempo bei der Freilassung der restlichen Kriegsgefangenen.

Die israelischen Besatzungsbehörden in Südlibanon haben klar zu verstehen gegeben, daß sie Einschränkungen und Kontrollen des Warenverkehrs zwischen Israel und Libanon ablehnen. Wie die libanesische Presse gestern berichtete, habe der israelische Militärgouverneur von Saida dem Präsidenten der südlibanesischen Industrie- und Handelskammer erklärt, Israel werde sich Maßnahmen widersetzen, die gegen libanesische Kaufleute wegen der Einfuhr israelischer Waren ergriffen werden könnten.

Die südlibanesische Handelskammer hatte im Einvernehmen mit der libanesischen Regierung vor kurzem eine Behörde für die Kontrolle des Warenverkehrs zwischen Israel und Libanon eingerichtet.

Der amerikanische Nahost-Sonderbotschafter Philip Habib hat seine Pendelmission zwischen Libanon und Israel am Sonntagabend mit einem zweistündigen Gespräch in Jerusalem fortgesetzt.

Israelische Regierungsbeamte teilten nach diesem Gespräch mit, Habib habe aus Beirut in wesentlichen Punkten „nichts Neues" mitgebracht. Außenminister Shamir habe Habib erklärt, wie es in Jerusalem heißt, Israel werde sich kaum zu einem Abkommen bereitfinden, solange es sich an seiner Nordgrenze nicht sicher fühle.

# Argentinien: Generalstreik

## Die Gewerkschaften verlangen politische Normalisierung

AFP, Buenos Aires

In Argentinien hat in der Nacht zum Montag ein 24stündiger Generalstreik begonnen, zu dem die beiden Flügel der Gewerkschaft CGT aufgerufen hatten.

Obwohl die Militärregierung den Streik für illegal erklärte, rechnen die Gewerkschaften mit einer mindestens ebenso starken Beteiligung an dem Ausstand wie am 6. Dezember vergangenen Jahres.

Durch den Generalstreik fielen in Buenos Aires die öffentlichen Verkehrsmittel ab Mitternacht aus, nur Taxis verkehrten weiterhin in der Landeshauptstadt. Der Zug- und U-Bahn-Verkehr lagen ebenfalls still. Mit dem Ausstand wurde gegen die hohen Lebenshaltungskosten und die Arbeitslosigkeit protestiert. Die Militärregierung hatte versucht, dem Streik zuvorzukommen, indem sie am Freitag der vergangenen Woche eine 12prozentige Lohnerhöhung für den 1. April ankündigte. Dies war von den Gewerkschaften jedoch für unzureichend erklärt worden.

Ein weiteres Ziel des Streiks war die von den herrschenden Militärs versprochene verfassungsmäßige Normalisierung des politischen Lebens. Die Regierung vertrat den Standpunkt, der Streik stelle eine Hürde auf dem Weg Argentiniens zur Demokratie dar.

# Im Wortlaut: Reagans Brief an Vogel

Sehr geehrter Herr Dr. Vogel,

ich weiß, daß die Zeit nach einer Wahlniederlage sehr schwierig ist. Sie treten in eine Periode des Überdenkens und des Wiederaufbaus ein. Das ist Teil des demokratischen Prozesses unserer beiden Nationen. Wir freuen uns darauf, unsere Beziehungen mit der Sozialdemokratischen Partei fortzusetzen, deren Grundlage unser gemeinsames Eintreten für demokratische Werte, persönliche Freiheit und die westliche Allianz ist.

Ihr Brief an mich vom 18. Februar betraf das wichtige Thema der Nuklearwaffen mittlerer Reichweite. Wir sind uns in dem Ziel einig, die gesamte Kategorie weitreichender landgestützter Raketen abzuschaffen, und zwar sowohl die der Sowjetunion als auch die der NATO, und ich versichere Ihnen, daß ich mich voll für ernsthafte Verhandlungen in Genf einsetzen werde, um dieses Ziel zu erreichen.

Aufgrund unserer Erfahrungen in Verhandlungen mit der Sowjetunion müssen wir, solange es kein Abkommen gibt, fest bleiben in der Verpflichtung zur Dislozierung unserer eigenen Abschreckungssysteme, wenn wir unser Ziel erreichen wollen.

Ich hoffe, daß wir Ihre Unterstützung haben werden, wenn wir in den kommenden Monaten weiter das Ziel verfolgen, die Entscheidung vom Dezember 1979 durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen, Ronald Reagan

# SPD spricht von „Täuschung"

hey, Bonn

Mit ungewöhnlich scharfer Kritik hat Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel auf die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP reagiert. Sie entpuppe „sich immer mehr als ein Dokument des Wortbruchs und der sozialen Ungerechtigkeit", meinte Vogel gestern in Bonn.

Gleichzeitig hielt er der Union vor, ihr Wahlversprechen gebrochen zu haben. Vogel sprach von einem „Rentnerbetrug" und einem „Nicht-Rückzahlungsbetrug". Denn trotz der „geradezu peinlichen Rechenkunststücke" von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler werde die Anleihe doch zurückgezahlt.




# Ein verläßliches Defensivsystem würde Moskaus Umklammerung sprengen

Von TH. KIELINGER

Es ist an der Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen und einen zweiten Blick zu werfen auf die Ideen, die Präsident Reagan vorgetragen hat. Die wissenschaftliche Welt, vor allem in den USA, hat den Gedanken an ein zukünftiges Defensivsystem, welches hundertprozentig gegen nukleare Angriffe schützen könne, überwiegend mit Skepsis aufgenommen. Will man die Reaktion quantifizieren, so käme man etwa auf ein Verhältnis 3:1 der Stimmen, die sich gegen die Machbarkeit, ja, gegen die Wünschbarkeit einer auf reiner Defensive basierenden Doktrin aussprechen.

Die Gegenargumente sind in der Tat nicht vom Tisch zu weisen. Sie beziehen sich auf die Verläßlichkeit der angestrebten Waffen-Hochtechnologie; sodann beschwören sie die Destabilisierung des Gleichgewichts, wie sie unweigerlich entstehen muß, wenn beide Supermächte zum Kampf um die Superiorität weltraumgestützter Abwehrtechniken antreten.

Die Verläßlichkeit der Technologie: Heute stehen mehr Fragen offen, als mit Sicherheit beantwortet werden können. Ein sicheres Abwehrsystem, das sowohl die USA als auch die Allierten wie einen Strahlenmantel umfaßte, müßte gleichzeitig das gesamte Arsenal ballistischer Raketen, im Mittelstrecken- wie im Interkontinentalbereich, zu Land und zu Wasser, im Auge behalten.

Doch nicht nur ballistische Raketen. Es müßte auch mit der Armada von Cruise Missiles fertig werden, die im flachen Anflug nahe über dem Boden allen bisherigen Entdeckungsmethoden entschlüpfen. Bleiben schließlich noch die Bomber, als Atomwaffenträger. Alles zusammen ein offensives Arsenal im Mittelstrecken- und Langstreckenbereich von mehr als 10 000 atomaren Sprengköpfen auf jeder Seite.

Im Zweiten Weltkrieg erzielten selbst die besten Flugabwehrsysteme nur 10 Prozent Effektivität. Der Programmchef des Laserforschungsprojekts im Pentagon hat geschätzt, daß raumgestützte Laser-Abwehrsysteme etwa 50 Prozent Effizienz erreichen können. Daran erinnerte jetzt William J. Perry, der in der Carter-Administration als Forschungsdirektor im Verteidigungsministerium arbeitete. Selbst wenn ein ABM-Raumnetz zu 95 Prozent „dicht" wäre, könnten die Sowjets, so argumentierte Perry, noch mindestens 300 Sprengköpfe durch diesen Abwehrvorhang hindurchbringen, jeder davon 30mal wuchtiger als die Hiroshima-Bombe. Die Einwände lassen sich fortsetzen. Zu entkräften sind sie nur mit dem gewissermaßen nicht einklagbaren Hinweis auf einen technologischen Durchbruch in weiter Zukunft.

Doch an diesem Punkt setzt das Argument der „Destabilisierung" an. Technologische Durchbrüche, das lehrt die Geschichte des Raum- und Raketenzeitalters, stehen beiden Seiten offen, sind kein Leistungsmonopol nur einer der Supermächte. Unvorstellbar, wie der Westen dastünde, wenn die Sowjets, die seit langen Jahren beträchtlich mehr in die raumgestützte Waffenforschung investieren, vor den Amerikanern durchs Ziel gingen. Sie könnten die Kapitulation fordern, da gegen einen Offensivschlag ihrerseits kein Vergeltungsschlag mehr möglich wäre.

Aber selbst wenn ihnen nicht als ersten die Entwicklung eines lupenreinen Defensivsystems gelingt, so bleibt immer noch die Möglichkeit von Abwehrmaßnahmen gegen die amerikanische ABM-Technologie. Schließlich sind es die Sowjets, die offenbar bereits erste „Killer-Satelliten"

DIE ● ANALYSE

getestet haben. Laser-Stationen im All, die, mit großen Spiegelsensoren ausgerüstet, ihre Energie auf feindliche Raketen richten, sind ihrerseits nicht unverwundbar: Detonationen in ihrer Nähe, satellitengetragene Angriffe können ihre Operabilität durchaus stören, wenn nicht vernichten. Das wirft die alte Frage auf, ob es überhaupt eine Defensive geben kann, die nicht durch offensive Gegenstöße überwältigt werden kann.

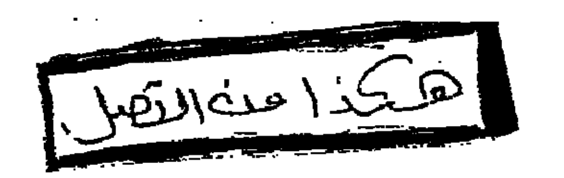
Aber das ist in jedem Fall Zukunftsmusik. Das amerikanische technische Know-how wird dennoch die Grenzen unseres Wissens und der Waffenpotenz erweitern – wie weit, bleibt nach Auffassung aller Experten vorerst unklar. Ideal wäre ein Denkmodell, wie es Verteidigungsminister Caspar Weinberger vor dem US-Fernsehen skizzierte: Beide Großmächte kämen zum ungefähr gleichen Zeitpunkt durchs Ziel, entwickelten gleichzeitig die absolut verläßliche ABM-Technik, die gleichzeitig gegen offensive Gegenmittel im Raum immun sein müßte. Keine Seite könnte dann mehr mit einem Erstschlag drohen, keiner brauchte sich durch einseitige ABM-Überlegenheit des anderen schutzlos fühlen: Die Offensiv- und Vergeltungswaffen wären endlich reif für die Mülldeponie.

Die technisch gefärbte Debatte um Reagans Vorschläge übersieht freilich einen wichtigen Faktor, der dem Gedankengang des Präsidenten und seiner Berater eine besondere Legitimität verleiht. Die Amerikaner als Nation, als Gesellschaft, die ein bestimmtes, moralisch definiertes Wertsystem vertreten, haben durch die Doktrin der Abschreckung, wie sie seit 30 Jahren gültig ist, an Aura, wenn man so will, eingebüßt. Ein nukleares Gleichgewicht, das auf Parität des Schreckens und der Vergeltung basiert, bezieht auf eine verhängnisvoll wertneutrale Art und Weise die USA in das Bedrohlichkeitsszenario eines „nuklearen Holocaust" mit ein. Nicht umsonst wächst global die Angst, ja, Abscheu vor „den Supermächten" und ihren tödlichen Arsenalen. Die Symmetrie des Bösen, wie die gängige Doktrin der Vergeltung sie postuliert, färbt die Unterschiede zwischen den Großmächten ein.

Wie Fred C. Iklé, Weinbergers Sicherheitsberater, es ausdrückt: „Diese Sicht der Balance, wo eine Seite die andere mit Vernichtung bedroht, geht davon aus, daß die amerikanische und die sowjetische Regierung identisch handeln. ‚Sie' und ‚wir' sind immer austauschbar. Wenn die USA berechtigte Sorgen wegen der sowjetischen Militärpolitik haben, müssen ‚sie' symmetrische Sorgen vor uns haben. Wenn wir unsere Verteidigung auf der Prämisse aufbauen, einen sowjetischen Angriff abzuschrecken, müssen ‚sie' von einer symmetrischen Absicht getrieben werden."

Mit anderen Worten: Die Doktrin der sicheren Vergeltung hat die USA allmählich in den Ruf eines vergleichbaren Bösewichts gebracht. Die Führungsmacht des Westens steht – welch eine Ironie! – in Verdacht, den gleichen Schrecken zu verbreiten, den in Schach zu halten sie angetreten ist.

Es ist seit längerem unübersehbar, daß Präsident Reagan und seine Mannen gegen diesen moralischen Nihilismus, der aufgrund vergleichbarer Abschreckungsphilosophien keinen Unterschied mehr zwischen den Supermächten macht, zu Felde ziehen. Die Rede Reagans über eine Zukunft gewandelter Doktrinen, weg von der Betonung der Vergeltungswaffen, bezieht aus dieser Überlegung ihre tiefste Berechtigung. Die Entdeckung eines verläßlichen Defensivsystems würde es der USA endlich erlauben, aus der fatalen Umklammerung mit Moskau, dem erniedrigenden Vergleich gegenseitig angedrohter Vernichtung auszubrechen. Eine solche Entdeckung würde erneut profilieren, was das eigentliche Raison d'être Amerikas ausmacht: Vormacht des Friedens und der Freiheit in der Welt zu sein.



Dienstag, 29. März 1983
Nr. 74

# WELT DER WIRTSCHAFT

## Frühlings-Erwachen

fu (London) – Rechtzeitig zum Frühlingsbeginn kommt die von der britischen Wirtschaft genau so wie von der Regierung in London heiß ersehnte Bestätigung: Der Konjunktur-Aufschwung hat endlich eingesetzt. Fast vier Jahre lang hat diese schwerste Rezession in Großbritannien seit den dreißiger Jahren gedauert. Immer wieder war ihr Ende angekündigt worden. Doch alle Anzeichen bisher trogen.

Seit Januar dieses Jahres nun tragen die vom Industrieverband CBI monatlich durchgeführten Konjunktur-Umfragen bei den Mitgliedsfirmen – in Großbritannien das wohl zuverlässigste Konjunktur-Barometer – den Stempel wachsenden Optimismus. Monat für Monat hat sich in diesem ersten Quartal die Situation in den Bereichen Auftragslage, Produktionserwartung, Investitionsneigung und Lagerhaltung zunehmend verbessert.

Angesichts dieser Entwicklung kann auch die in der Vergangenheit zu Recht betont zurückhaltende CBI-Spitze nicht mehr umhin, von „ermutigenden" Anzeichen zu sprechen. Dies konnte auch nicht zu schwer gefallen sein, nachdem die britischen Unternehmen in ihren Produktionserwartungen jetzt mehr Optimismus zum Ausdruck bringen als jemals zuvor während der letzten vier Jahre.

Vor allem die Abwertung des Pfundes in den vergangenen Monaten, aber auch der niedrigere Ölpreis und Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung am wichtigen amerikanischen Markt sollten der in der Rezession generell stark abgemagerten britischen Wirtschaft berechtigten Grund für neue Hoffnungen geben. Zu hoch werden sie ohnehin nicht sein. Denn man darf nicht vergessen, daß jede Verbesserung von einem extrem niedrigen Niveau ausgeht.

## Keine Tugend

J. G. – In der Sachkunde zur Überwindung der deutschen Stahlmisere dürfe es keinen „Stand der Unschuld" geben, den Desinformierte so energisch verteidigen wie einst die Jungfrau ihre Unschuld. Der in dritter Generation im Klöckner-Familienclan regierende Jörg Henle hat guten Grund, mit solcher Bemerkung die schlecht Informierten aus Tugendwahn aufzurütteln. Milliardenschwer und deshalb für weitere „Eigentümer-Beiträge" zur Lösung der Stahlkrise im eigenen Haus fähig, so werden die Peter Klöckners in der Öffentlichkeit offenbar nicht nur von skandalsüchtiger Publizistik eingeschätzt. Die von Henle enthüllte Wahrheit im Umgang mit den Erträgen der familiären Beteiligungen enthüllt anderes. Nach Steuern und nach Eigenkapitalstärkung der Unternehmen bleibt für die Familie nur der gleiche Promillesatz wie für Caritatives. Wo bleibt da Raum für weitere Caritas beim Stahl? Da möge der Staat, der schließlich mit Duldung des Subventionswahnsinns bei den EG-Nachbarn das Übel brachte, auch für seine Beseitigung sorgen, meint Henle. Recht hat er.

EG / Neue Vorschläge für Zusammenarbeit mit AKP-Staaten

## Kommission hält derzeitige Hilfe an Dritte Welt für unzulänglich

WILHELM HADLER, Brüssel

Neue Vorschläge für die Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft und ihren 63 Assoziationspartnern in Afrika, der Karibik und im Pazifischen Raum (AKP-Staaten) hat die EG-Kommission ausgearbeitet. Sie sollen den politischen Rahmen für die innergemeinschaftliche Diskussion über die Erneuerung des Lomé-Abkommens liefern, die voraussichtlich noch unter der deutschen EG-Präsidentschaft beginnen wird.

Zwar läuft die bisherige Konvention erst Ende Februar 1985 aus, doch verlangt eine Neuregelung der Beziehungen zu den AKP-Ländern schon wegen der zeitraubenden parlamentarischen Ratifizierungsverfahren eine rechtzeitige Vorbereitung. Die Verhandlungen werden nach Meinung der Kommission zudem unter erheblich schwierigeren Bedingungen stattfinden als vor fünf Jahren: „Die internationale Realität ist nicht mehr die gleiche wie seinerzeit und der Nord-Süd-Dialog hat immer mehr an Bedeutung verloren, während die Ost-West-Konfrontation zunimmt."

Die Ergebnisse der zweiten Entwicklungsdekade der UNO haben nach Ansicht der Brüsseler EG-Experten gezeigt, daß die Hilfe der Industrieländer für die Dritte Welt unzulänglich oder unangemessen war und daß viele der begünstigten Staaten keinen echten Gewinn aus den finanziellen Zuwendungen gezogen haben.

In Anlehnung an sein bereits im September vorgelegtes Memorandum zur Entwicklungspolitik will der zuständige EG-Kommissar Edgar Pisani (Frankreich) deshalb eine „dynamische Synthese" zwischen den bisherigen Grundsätzen und neuen Zielvorstellungen erreichen: Statt einer Verhandlung, in der man sich bemühe, durch eine Vielzahl kontrastierender Änderungen die gegenwärtigen Vorteile auszudehnen oder zu beschränken, gelte es, die bestehenden Beziehungen „in einer neuen Zukunftsvision zu konsolidieren".

Als Prioritäten für ihre künftige Entwicklungsstrategie nenne die Kommission die landwirtschaftliche Entwicklung und die Selbstversorgung der AKP-Länder mit Nahrungsmitteln. Bevor jedoch die Verhandlungen über das Instrumentarium und die Höhe der Finanzhilfe aufgenommen werden könnten, müsse über die Ziele eine politische Debatte geführt werden.

Die Kommission meint, die EG-Mittel künftig sinnvoller einsetzen zu können, wenn nicht nur über die einzelnen Entwicklungsvorhaben mit den Empfängerstaaten diskutiert, sondern auch Verhandlungen über die jeweiligen Politiken geführt würden. Europa müsse sich über das Konzept und die Praxis seiner Finanzhilfe hinaus verpflichten, einen globalen Entwicklungsprozeß zu unterstützen.

Konkret beschränkt sich das Dokument vorerst auf die Forderung, daß sich die Gemeinschaft finanziell „entschlossener und beständiger engagieren", im Handelsbereich eine „bestimmende Haltung annehmen" und sich „entschiedener und besser ausgerüstet für die Stabilisierung der Rohstoffmärkte und der Ausfuhrressourcen einsetzen" müsse. Deshalb tritt die Kommissionauch dafür ein, anstelle der bisherigen auf fünf Jahre befristeten Abkommen eine unbefristete Konvention abzuschließen, innerhalb derer jeweils nur die Höhe der jeweiligen Finanzhilfe und andere Einfuhrbestimmungen verändert werden können.

Das bisherige Lomé-Abkommen sichert den AKP-Staaten neben einer substantiellen Finanzhilfe ein System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse im Bereich landwirtschaftlicher Rohstoffe (Stabex) und Bergbauerzeugnisse (Sysmin). Die Handelsregelung der Konvention sieht für 99,5 Prozent der AKP-Ausfuhren einen zollfreien Zugang zum Markt der Gemeinschaft vor.

Die Finanzmittel der EG beliefen sich für das laufende Fünfjahresabkommen auf 5,5 Milliarden Ecu (rund 12,7 Milliarden Mark). Der größte Teil wurde in Form nicht rückzahlbarer Zuschüsse vergeben. Trotzdem haben sich die Erwartungen der Lomé-Partner nur teilweise erfüllt. So hat sich der Handelsfluß von den begünstigten Ländern in die EG kaum verstärkt. Von 1977 bis 1980 ist der Anteil der AKP-Staaten an den Drittlandseinfuhren der Gemeinschaft von 7,1 auf 5 Prozent zurückgegangen. 1981 erzielte die EG (ohne Erdöl) einen Exportsaldo von 3,9 Milliarden Mark.

RWI-STUDIE

## Harte Kritik an der lockeren Geldpolitik der Bundesbank

rtr, Essen

Harte Kritik an der gelockerten Geldmengenpolitik der Deutschen Bundesbank hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, in seinem neuesten Konjunkturbrief geübt. Darin heißt es, die offenbar nun von der Bundesbank betriebene Geld- und Zinspolitik ähnele „bedrückend" der des Jahres 1978, als eine „überschießende" Geldmengenausweitung nicht nur zugelassen, sondern gefördert wurde. Gerade diese Erfahrung lasse aber befürchten, daß auch diesmal nicht nur ein Rückschlag bei der Stabilisierung von Kosten und Preisen, sondern auch bei den Zinsen und der konjunkturellen Entwicklung „geradezu herausgefordert" werde.

Das Institut verweist in seiner Analyse auf die starke Ausweitung der Geldmenge im Februar 1983, als eine Erhöhung um elf Prozent – auf das Jahr hochgerechnet – gegenüber dem vierten Quartal 1982 verzeichnet worden sei. Dagegen liegt der Zielkorridor der Bundesbank bei vier bis sieben Prozent. Zudem stehe die Überweisung des Bundesbankgewinns in Höhe von zehn Milliarden Mark an die Bundesregierung bevor, die ebenfalls für einen neuen Geldschub sorgen werde.

Trotz dieser Expansion habe die Bundesbank jüngst noch die Leitzinsen um jeweils einen weiteren Prozentpunkt gesenkt, was sie mit der konjunkturellen Schwäche, der Stabilisierung der Preise und dem stabilen Markkurs begründet habe. „Auch diesmal meint die Bundesbank offenbar, wirtschaftliches Wachstum durch ein übermäßiges, also inflationsträchtiges Geldangebot nachhaltig fördern zu können und dies wegen der Abschwächung des Preisauftriebs sowie der Aufwertung der Mark auch zu dürfen", schreibt das RWI.

Das Institut äußert demgegenüber Unverständnis, weshalb Fortschritte bei der Preisstabilisierung zu einer größeren Geldmengenausweitung berechtigen sollten. Zudem wirft es der Bundesbank vor, mit dem Preisindex der Lebenshaltung den falschen Indikator für das binnenwirtschaftliche Preisniveau gewählt zu haben. Laut RWI müßte hingegen das gesamtwirtschaftliche Kosten- und Preisniveau als Gradmesser dafür gewertet werden, und hier liege die Steigerungsrate noch „hartnäckig" über vier Prozent. Auch die Aufwertung der Mark läßt das Institut nicht als Begründungsfaktor für die Geldmengenausweitung gelten. Dem liege eine zu expansive Geldpolitik des Auslands zugrunde. Mit dem Aufkauf schwacher Währungen durch die Bundesbank und dem daraus sich ableitenden erhöhten Angebot an Mark werde der inflationären Geldausweitung im Ausland nur nachgeeifert.

1978 hatte dem RWI zufolge die expansive Geldpolitik nicht nur die Bautätigkeit, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Produktion zunächst nach oben geschoben, doch sei ein nachhaltiger Aufschwung ausgeblieben. Damals sei die deutsche Geldpolitik schließlich „in eine inflationäre Richtung abgedriftet" und habe daher in Konsequenz später zu einer „wachstumsgefährdenden", restriktiven Geldmengenpolitik geführt, so das RWI.

Seite 2: Eine Menge Geld

## Im Kreis der Starken

Von WILHELM HADLER, Brüssel

…ufrieden sein kann die belgi…sche Regierung mit dem Aus…g der jüngsten Währungsver…dlungen. Sie hat genau das er…ht, was sie wollte: die Wieder…tufung des Franc in die Grup… der gesunden europäischen …rungen. Statt einer Abwer…g, wie sie von vielen ausländi…en Beobachtern erwartet wur… konnte Finanzminister Willy de …cq am Ende sogar eine Aufwer…g um 1,5 Prozent verkünden. …chologisch wirkt dies wie eine …tätigung dafür, daß sich die Be…nungen der Regierung Martens … eine Stabilisierung von Wirt…aft und öffentlichen Finanzen …gsam auszahlen.

…reilich: Ohne Hilfestellung der …ndesregierung hätten die Bel…r gewiß kein Ergebnis erzielt, …sogar ihrer parlamentarischen …position Anerkennung abnötig… Das deutsche Interesse gebot, … Gefälle zwischen D-Mark und …ischem Franc nicht zu verstär… Wenn schon die Franzosen …delsvorteile erhielten, weil sich … „Realignment" der Wechsel…e nicht aufschieben ließ, soll… nicht auch noch die Belgier … Position im Warenaustausch … neue drastisch verbessern …nen.

…in rechnerisch ist die Neuord…g der EWS-Leitkurse für Bel… damit zur „Null-Lösung" gera… Vorteile und Nachteile halten … gegenüber den auf- und abge…eten übrigen Währungen die …ge. So steht der Abwertung des …schen Franc gegenüber der …rk um vier Prozent eine …h hohe Aufwertung gegen… dem französischen Franc und …ira entgegen. Die Bundesre…ik ist der größte, Frankreich … zweitwichtigste Partner im …lel. Für die belgische Zah…bilanz ist indes von Bedeu… daß der Warenaustausch mit …kreich bisher mit einem posi… Saldo abschloß, während im …lel mit der Bundesrepublik …den Niederlanden ein erhebli… Defizit heraussprang. Es wird …darauf ankommen, die Wettbe…svorteile auf dem deutschen …t künftig stärker zu nutzen. …Franc-Abwertung vom Febru…82 hatte die belgische Wirt…t vor allem zur Verbesserung … Ertragslage und weniger zur …erung neuer Exportmärkte …laßt. Dies wird vermutlich … anders werden.

…ht gewahrt geblieben wäre …le monetäre „Symmetrie", …sich Frankreichs Finanzmini… Delors mit der Forderung …gesetzt hätte, die Benelux…ungen und die Dänenkrone …insam mit dem französischen … abzuwerten. Nur weil sich … scheute, den Weg in die Ab…ng allein zu gehen, entschieden sich die Belgier für eine leichte Aufwertung.

Das Vorgehen der Belgier ist allerdings auch vor dem Hintergrund der Anstrengungen zu sehen, die eigene Wirtschaft auf dem mühsam erreichten Stabilitätspfad zu halten. Auf keinen Fall wollten de Clercq und Martens offenbar den Anschluß an die starken Währungen verlieren und ihr Land in die Gruppe der EWS-Staaten abdriften lassen, denen der Ruf des laxen Umgangs mit der Inflation und der Staatsverschuldung anhängt.

Man muß dazu wissen, daß Belgien über Jahrzehnte eine Politik der Wechselkursstabilität verfolgt hat. Erst die Gewaltkur, zu der sich die gegenwärtige Koalition von Christlich-Sozialen und Liberalen im vergangenen Jahr durchrang, lieferte die Begründung für eine „einmalige" Abkehr von dieser Tradition. Tatsächlich gab es denn auch diesmal kaum sachliche Gründe für eine Abwertung. Alle internationalen Organisationen hatten Brüssel bescheinigt, mit seiner Sanierungspolitik auf dem rechten Wege zu sein.

So ist es gelungen, die automatische Index-Bindung von Löhnen und Gehältern aufzulockern, die öffentlichen Ausgaben besser zu kontrollieren und die Inflation in den Griff zu bekommen. Das Handelsbilanzdefizit wird nach privaten Berechnungen von 247 Milliarden Franc 1981 über 200 Milliarden 1982 auf 115 Milliarden in diesem Jahr schrumpfen. Der Nettofinanzierungsbedarf des Staates wird zum ersten Mal wieder leicht zurückgehen.

Die Spekulation gegen die belgische Währung war also nicht mit objektiven Daten zu erklären, allenfalls mit der Erwartung vieler Beobachter, daß der Regierung Martens über kurz oder lang bei ihrer Sanierungspolitik die Luft ausgehen würde. Gerade deshalb hat sich die Standfestigkeit im Währungspoker gelohnt.

Die Entschlossenheit, im Kreis der Starken zu bleiben, wurde nämlich nicht nur durch eine entschiedene Stützungspolitik der Notenbank glaubhaft gemacht, sondern auch durch eine klare Bekräftigung des bisherigen wirtschafts- und sozialpolitischen Reformkurses. So ist es der Regierung Martens gelungen, neue Sondervollmachten des Parlaments zu erhalten, die bis zum Jahresende weitere Fortschritte bei der Sanierung des Staatshaushaltes und der Reform der Sozialversicherung ermöglichen sollen. Die Einsicht, daß auf die Dauer niemand über seine Verhältnisse leben kann, hat sich offenbar weithin durchgesetzt. Darüber können nicht nur die Belgier erfreut sein.

## AUF EIN WORT



„Unsere Allianz, die ganz besonders auf dem Ideal der Freiheit basiert, sollte keine künstlichen Barrieren irgendwelcher Art dulden. Ich betrachte Protektionismus als unnötige Barriere im Spiel der Kräfte des freien Marktes."

George N. Fugelsang, Präsident der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland

FOTO: M. JARAND

## Stahlproduktion nahm zu

VWD, Düsseldorf

Die eisenschaffende Industrie in der Bundesrepublik hat im Februar 1983 2,18 Millionen Tonnen Roheisen, 2,948 Millionen Tonnen Rohstahl und 2,112 Millionen Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse produziert. Damit nahm die Erzeugung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Außenstelle Düsseldorf, gegenüber dem Vormonat bei allen drei Erzeugnissen zu, und zwar um 10,1 Prozent bei Roheisen, 14,6 Prozent bei Rohstahl und um 9,9 Prozent bei Walzstahlfertigprodukten. Die produktionstägliche Leistung lag bei Roheisen um 21,9 Prozent, bei Rohstahl 21,2 Prozent und bei den Walzstahlfertigerzeugnissen um 14,6 Prozent über der des Vormonats. Gegenüber Februar 1982 wurden jedoch 22 Prozent weniger Roheisen, 19,7 Prozent weniger Rohstahl und 11 Prozent weniger Walzstahlfertigprodukte hergestellt.

KONJUNKTUR

## Wirtschaftsministerium sieht eine deutliche Besserung

GISELA REINERS, Bonn

Aus einer deutlichen Besserung einer Reihe von wichtigen Frühindikatoren zieht das Bundeswirtschaftsministerium den Schluß, daß das Konjunkturtal durchschritten sei. In seinem jüngsten Monatsbericht stellt es fest, daß sich seit einem halben Jahr eine „kontinuierliche Abkehr von dem bis dahin herrschenden Pessimismus" zeige und sich die Stimmung durch eine kräfige Zunahme der Nachfrage, vor allem im Baubereich, verbessere.

Seit November sind, so der Monatsbericht, im verarbeitenden Gewerbe die Auftragseingänge gestiegen. Das Volumen lag im Januar saisonbereinigt um 6,5 Prozent über dem Vormonatsergebnis. Die Auslandsnachfrage habe ebenfalls deutlich zugenommen, und zwar von Dezember auf Januar saisonbereinigt und ohne Preiseinflüsse um 8,5 Prozent.

Die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe stiegen dem Volumen nach von Oktober/November auf Dezember/Januar um 8,5 Prozent; dem Wohungsbau kam dabei besondere Bedeutung zu: plus 26 Prozent im 2-Monats-Vergleich. Angesichts des anhaltenden Zinsrückgangs und der wohnungsbaufördernden Maßnahmen der Bundesregierung ist nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums auch weiter mit lebhafter Baunachfrage und einer „beachtlichen Verbesserung des Geschäftsklimas" zu rechnen.

Der private Verbrauch hat sich, gemessen an den Einzelhandelsumsätzen, seit Herbst auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Der Wintereinbruch im Februar hat noch einmal zu einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen geführt. Es wird damit gerechnet, daß sich eine Belebung von Nachfrage und Produktion erst mit Verspätung auf dem Arbeitsmarkt auswirkt. Die Preisentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres (Februar plus 3,7 Prozent gegenüber 4,6 Prozent im Dezember) wird als außergewöhnlich günstig beurteilt.

OSTASIEN-HANDEL

## Das Wachstum blieb hinter dem Durchschnitt zurück

GISELA REINERS, Bonn

Der Handel der Bundesrepublik mit Ostasien hat nach Angaben des Ostasiatischen Vereins (OAV) in Hamburg „wesentlich sensibler" auf Rezessionserscheinungen reagiert als der gesamte Außenhandel. Lieferungen und Bezüge zeigten ein unterdurchschnittliches Wachstum und ließen das Handelsdefizit mit der Region von 9,7 auf 8,5 Milliarden Mark in 1982 schrumpfen. Für dieses Jahr mehren sich nach Ansicht des OAV jedoch die Hinweise auf eine Entkrampfung des allgemeinen wirtschaftlichen Klimas. Für einen Exportboom nach Ostasien gebe es allerdings keine Anzeichen.

Die deutschen Exporte nach Ostasien stiegen 1982 um gut 5 Prozent auf 20,8 Milliarden Mark, die Einfuhren sanken um 0,4 Prozent auf 29,3. Zum Vergleich: Die deutschen Exporte insgesamt stiegen um 8, die Importe um 2 Prozent.

Japan hat nach wie vor den größten Anteil am Ostasienhandel. Er ist rund viermal so groß wie der mit dem Tabellen-Zweiten Hongkong (35,6 zu 9,6 Prozent). Der Anteil Japans sank aufgrund schrumpfender Einfuhren, der Anteil Thailands – das Platz 10 unter den 11 wichtigsten Partnern in Asien einnimmt – stieg über die 2-Milliarden-Marke. Nach Thailand konnte auch Hongkong bei den Einfuhrwerten Zuwachsraten erzielen. Der OAV bewertet das als „um so erstaunlicher, als Fertigwaren-Importe die Konjunktur in der Bundesrepublik 1982 nicht eben stimulierten". Eine kluge Preis- und Vertriebspolitik der Unternehmen habe offenbar diesen Erfolg bewirkt.

Als „bemerkenswert" stuft der OAV die Erhöhung der Importe aus den „übrigen Ländern" wie Nordkorea, Bangladesch und Birma ein. Sie seien wohl überwiegend auf Mehrbezüge von Edelmetallen aus Nordkorea und Juteerzeugnissen aus den beiden anderen Ländern zurückzuführen.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Nigeria zieht mit

**Bahrain** (rtr) – Nigeria will offenbar eine mögliche britische Ölpreissenkung unter den Preis von 30 Dollar für ein Barrel Nordseeöl nicht hinnehmen. In einem am Montag veröffentlichten Bericht des Middle East Economic Survey (MEES) heißt es unter Berufung auf Äußerungen des nigerianischen Präsidenten Shehu Shagari vor Politikern der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) in der vergangenen Woche, der afrikanische Ölstaat würde eine britische Preissenkung bis auf 30 Dollar ohne Reaktion hinnehmen, jedoch bei jeder weiteren Rücknahme Cent für Cent mitziehen.

### Deutsche Bank: 11 Mark

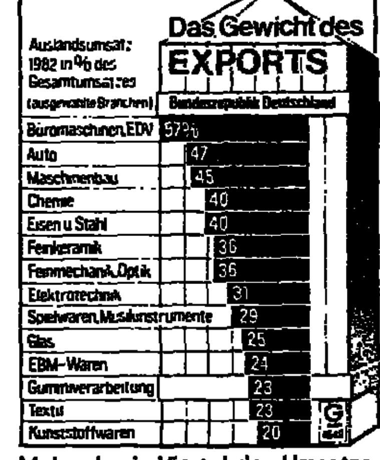
**Frankfurt** (VWD) – Eine auf 11 (10) DM je 50-DM-Aktie erhöhte Dividende wird der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG (18. Mai) in Hamburg vorgeschlagen. Wie nach der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats weiter mitgeteilt wird, haben die Aktionäre außerdem über die Schaffung eines genehmigten Kapitals in Höhe von 400 Mill. DM für die Dauer von fünf Jahren zu befinden, wobei den Aktionären das Bezugsrecht zugesagt wird.

### Diskontsenkung?

**Tokio** (rtr) – Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone hat mit Notenbankchef Haruo Maekawa neue Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung erörtert. Dabei sei auch eine mögliche Senkung des Diskontsatzes angesprochen worden, erklärten Regierungsbeamte. Maekawa sagte nach der Unterredung zu Journalisten: „Ich habe den Ministerpräsidenten über die Wirtschaftslage im In- und Ausland sowie über die finanzielle Situation einschließlich der Geldpolitik unterrichtet." Er wies darauf hin, daß über die Größenordnung einer möglichen Diskontsenkung nicht gesprochen worden sei.

### US-Behörde ermittelt

**Zürich** (rtr) – Das US-Justizministerium hat gegen Swissair, Lufthansa und vier weitere Fluggesellschaften ein Antitrust-Verfahren eröffnet, um abzuklären, ob die sechs Gesellschaften gemeinsam die britische Laker Airways in den Konkurs getrieben haben. Wie ein Sprecher des Eidgenössischen Departements für Auswärtiges (EDA) am Montag bestätigte, wird auch gegen Swissair ermittelt. Sir Freddie Laker hatte im November in den USA Zivilklage eingereicht und behauptet, daß Laker durch einen kartellmäßig organisierten Preiskrieg in den Konkurs getrieben worden sei.




Mehr als ein Viertel des Umsatzes erzielten Industrie und Handwerk der Bundesrepublik 1982 im Ausland. In manchen Branchen liegt der Exportanteil am Umsatz höher als ein Drittel. Spitzenreiter sind Büromaschinen (57 Prozent) und Automobile (47 Prozent).

QUELLE: GLOBUS

### Weniger Erdgas

**Hannover** (rtr) – Die Erdgasgewinnung in Niedersachsen hat 1982 um 13 Prozent auf 16,3 Milliarden Kubikmeter abgenommen. Wie aus dem Jahresbericht 1982 der niedersächsischen Landeszentralbank hervorgeht, ist neben dem Erdgas auch die Förderung von Erdöl zurückgegangen. Sie sank um vier Prozent auf 3,5 Millionen Tonnen. Als Gründe für den Produktionsrückgang nennt der Jahresbericht vor allem die Verbilligung der Energiebeschaffung für die Bundesrepublik Deutschland, die Sparsamkeit der privaten Verbraucher und die Verbrauchseinschränkung der Unternehmen angesichts der Konjunkturschwäche.

### Über 200 000 Besucher

**Essen** (dpa) – Kaum ein Bundesbürger wird in diesem Jahr auf seine Urlaubsreise verzichten, preisgünstigen Ferien-Angeboten gibt er allerdings den Vorzug. Dies ist ein Ergebnis der Urlaubsmesse „Camping und Touristik '83", die mit fast 205 000 Besuchern am Sonntag in Essen nach neuntägiger Dauer zu Ende gegangen ist. Nach Angaben der Essener Messeleitung haben die 450 Aussteller aus 25 Nationen auch herausgefunden, daß sich „scharfes Rechnen" und der „Drang nach individueller Urlaubsgestaltung" in der Caravan-Branche positiv ausgewirkt haben.

FERNWÄRME / Geringerer Preisanstieg

# Am teuersten sind Heizwerke

HANS BAUMANN, Essen

Seit dem letzten Fernwärme-Preisvergleich des Bundesverbandes der Energie-Abnehmer, Hannover, vor einem Jahr (Stichtag 1. März) haben sich die Preise der 56 untersuchten Fernwärme-Unternehmen mit insgesamt 62 Versorgungsnetzen nur noch um durchschnittlich 5,5 Prozent erhöht. Im Jahr zuvor lag die durchschnittliche Erhöhung noch bei 18 Prozent.

Die Preiserhöhungen im einzelnen sind sehr unterschiedlich. So legten die GEW Köln zum Beispiel 20,8 Prozent zu, während nahezu die Hälfte der am Vergleich beteiligten Versorger die Preise konstant hielten. Die Stadtwerke München senkten sogar ihren Preis um bis zu 3 Prozent. Für die letzten fünf Jahre ermittelt der Verband eine kumulierte durchschnittliche Preiserhöhung für Fernwärme von 72,1 Prozent.

Auch die effektiven Preise zeigen die starke Kostendifferenz des Fernwärmebezugs. Bei einer Wärmeleistung von 600 kW und einer Benutzungsdauer (das ist das Verhältnis von Jahresabnahme zu Wärmeleistung) von 1500 bis 2000 Stunden im Jahr liegen die Preise zwischen 57,95 Mark je MWh bei den Stadtwerken Neumünster und 93,03 Mark bei den Stadtwerken Böblingen. Für die am Vergleich beteiligten Unternehmen wird ein mittlerer Wärmepreis von 74,40 Mark ermittelt.

Die Reihe der zehn Unternehmen mit den höchsten Preisen wird angeführt von den Stadtwerken Böblingen, es folgen von den Stadtwerken Schweinfurt, Heizkraftwerk Mainz, Stadtwerken Heidelberg, EVS Ulm, TWS Stuttgart, Stadtwerken Pforzheim, EV Leverkusen, Fernheizwerk Zichers-Nord Fulda und den Stadtwerken Augsburg. Unverändert angeführt wird die Gruppe der zehn preisgünstigsten Versorger von den Stadtwerken Neumünster und der Ferndampfversorgung Hameln, gefolgt von den Stadtwerken Wolfsburg, den Stadtwerken Herten, den Stadtwerken Bonn, den Stadtwerken Lemgo, den Stadtwerken Duisburg, den Stadtwerken Karlsruhe, der EVS Heilbronn und den Stadtwerken Kaiserslautern.

GROSSBRITANNIEN / Umfrage ergibt Auftragsbelebung und Lagerabbau

# Die Unternehmer schöpfen wieder Mut

WILHELM FURLER, London

Der vor allem von der Regierung in London immer wieder herbeibeschworene Konjunktur-Aufschwung in Großbritannien setzt jetzt offensichtlich mit erheblicher Verspätung ein. Jedenfalls ist das Ergebnis der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei fast 1800 Mitgliedsfirmen so optimistisch ausgefallen wie seit Beginn dieser Rezessionsphase vor knapp vier Jahren nicht mehr.

Die meisten Wirtschaftsbereiche melden eine erhebliche Nachfrage-Verbesserung, angeführt vom Konsumgüter-Sektor. Die Orderbücher für inländische Aufträge sind gegenwärtig so voll wie seit Dezember 1979 nicht mehr. Ähnlich stark hat sich die Lage bei Exportaufträgen verbessert. Hier gibt es deutliche Anzeichen dafür, daß vor allem der seit November vergangenen Jahres stark gefallene Wert des Pfundes gegenüber den wichtigen ausländischen Währungen die Exporttätigkeit erheblich unterstützt.

Von der Pfundabwertung, die gegenüber einem handelsgewichteten Korb ausländischer Währungen innerhalb der letzten vier Monate immerhin einen Satz von etwa 15 Prozent erreicht hat, profitiert in erster Linie die chemische Industrie Großbritanniens. Die deutliche Zunahme ihrer Exportaufträge dürfte rasch auch auf andere Industriebereiche übergreifen.

So sind immer mehr Unternehmer der Überzeugung, daß sich die Produktion ihrer Firmen ausweiten wird. Nachdem bei der letzten CBI-Umfrage im Februar erst 25 Prozent der befragten Unternehmen mit einem Anstieg der Produktion in den nächsten vier Monaten rechneten, 17 Prozent aber mit einem Rückgang, sind dem jetzt vorgelegten Ergebnis der März-Umfrage 29 Prozent der Unternehmen von einem Produktionsanstieg in den kommenden vier Monaten überzeugt, und nur noch 13 Prozent sind gegenteiliger Ansicht.

Nachdem das schon überraschend positive Ergebnis der Februar-Umfrage vom Industrieverband noch sehr zurückhaltend beurteilt wurde, ist die CBI-Spitze jetzt nach den positiven Ergebnissen zwei aufeinanderfolgender Umfragen überzeugt, daß es sich nicht wieder um ein „Windei" handelt. Dies war im vergangenen Frühjahr der Fall, als sich erste Anzeichen für eine konjunkturelle Verbesserung wieder in Nichts auflösten, die Regierung sich aber nicht von ihrer Behauptung abbringen ließ, der Aufschwung sei eingeleitet.

Ein weiteres Indiz für ein Ende der schwersten Rezession seit den dreißiger Jahren ist die Tatsache, daß der Abbau der Lagerhaltung beendet zu sein scheint. Nur noch zwölf Prozent der befragten Unternehmen berichten über zu volle Lager. Noch im November vergangenen Jahres waren es 23 Prozent.

Das März-Umfrageergebnis enthält eine weitere gute Nachricht für die Regierung Thatcher: Trotz der verbesserten Produktionsaussichten rechnen nur 32 Prozent der Firmen mit steigenden Verkaufspreisen im Inland.

WESTFALENBANK / Ergebnis mehr als verdoppelt

# Vorsorge statt Dividende

HARALD POSNY, Bochum

Vom weit mehr als verdoppelten Betriebsergebnis her, wäre eine Ausschüttung an die Aktionäre (zu 98 Prozent die Bayernhypo) für 1982 möglich und nach zwei dividendenlosen Jahren auch fällig gewesen. Doch wie im Jahr zuvor, läßt der Bankvorstand Vorsicht walten, die auch angesichts der Kreditrisiken im Ausland (z. B. Polen, Rumänien, Brasilien und Argentinien) und daheim (Stahl, AEG) bei der auf internationales Großkreditgeschäft ausgerichteten Westfalenbank angebracht ist.

Nach den Worten von Vorstandssprecher Hans-Herbert Weber läßt sich der Rohertrag, vor allem aber der Zinsüberschuß, dank kontinuierlich verbesserter Zinsmarge mit dem Ergebnis guter früherer Jahre (z. B. 1978) vergleichen. Doch die Saldierung von Erträgen mit den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere, Forderungen und Beteiligungen ergab ein außerordentliches Ergebnis von minus 27,5 (nach plus 11) Mill. DM. Im Klartext: Eine Dividende wird nicht gezahlt, auch nicht – wie 1980 – für die wenigen freien Aktionäre. Immerhin: Trotz geschickter Dispositionen im Wertpapierbestand brauchten die stillen Reserven im Sinne einer besseren Bilanzoptik nicht angetastet werden.

Das Inlandskreditgeschäft verzeichnete erst in der zweiten Jahreshälfte 1982 über alle Fristigkeiten eine gewissen Nachfragesteigerung, wobei ein Teil der Abschlüsse über die Tochterbank in Luxemburg (Bilanzsumme: 1,36 nach 1,30 Mrd. DM, gestiegenen Erträge und ebenfalls erhöhter Risikovorsorge) zustande kam. Im Inland wie im Ausland wurde das Institut mit einer sprunghaft ansteigenden Zahl von Umschuldungen konfrontiert, die einmal die Notwendigkeit von Bewertungskorrekturen, zum anderen den faktischen Zwang zu neuen Überbrückungshilfen in sich bargen.

Entsprechend der Zinssenkungstendenz gab die Bank beden Einlagen den kurzen Laufzeiten den Vorzug. Die günstigere Refinanzierung kam der Bank zwar spürbar, wenn auch nur in begrenztem Umfang zugute. Die schwache Investitionslust, geringerer Finanzbedarf der Unternehmen und hohe Verzinsung der Finanzanlagen hielten den Mengenzuwachs im Kreditgeschäft in engen Grenzen.

| Westfalenbank | 1982 | ±% |
|---|---|---|
| Gelder von Banken (Mill. DM) | 2 068 | – 1,1 |
| Gelder von Kunden | 2 096 | + 9,1 |
| Forder. an Banken | 1 485 | – 8,4 |
| Forder. an Kunden | 2 258 | + 8,6 |
| Kreditvolumen | 3 829 | + 5,2 |
| Bilanzsumme | 4 685 | + 3,6 |
| Geschäftsvolumen | 5 750 | + 3,9 |
| Zinsüberschuß | 56,0 | +46,8 |
| in % d. Bil.-Summe | 1,2 | (0,9) |
| Provisionsüberschuß | 20,2 | +16,8 |
| Betriebsergebnis | 27,5 | +150,0 |
| Eigenkapital | 223 | (223) |
| in % d. Bil.-Summe | 4,8 | (4,9) |
| in % d. Verbindlk. | 5,1 | (5,2) |
| Liquide Mittel | 1 092 | + 7,9 |
| in % d. Verbindlk. | 24,7 | (23,8) |

BERLINER WIRTSCHAFT / EG wichtigster Kunde

# Neun Prozent mehr Export

AP, Berlin

Waren im Wert von insgesamt 6,6 Milliarden Mark lieferte die Berliner Wirtschaft 1982 in das Ausland. Damit wurde der Export gegenüber dem Vorjahr um gut neun Prozent gesteigert. Wie das Statistische Landesamt in Berlin mitteilte, sind die Länder der Europäischen Gemeinschaft die wichtigsten Abnehmer der Berliner Produkte. Auf sie entfielen allein 41 Prozent, das sind 2,7 Milliarden Mark, des gesamten Exports der Berliner Wirtschaft. Mit einem Volumen von 604 Millionen Mark oder neun Prozent der Gesamtausfuhr nimmt Frankreich eine Spitzenstellung unter den EG-Ländern ein. Es folgen Italien (acht Prozent) und Großbritannien (sieben Prozent).

Bemerkenswert hätten sich die Lieferungen in die Sowjetunion entwickelt, hieß es. Sie seien im Vergleich zu 1981 um 84 Prozent auf 160 Millionen Mark gestiegen. Entscheidenden Anteil an diesem Zuwachs hätten Maschinenbauerzeugnisse, schrieb das Landesamt. Unter den Ländern, die ebenfalls Waren aus Berlin im Werte von über 100 Millionen Mark erhielten, hatten Südafrika mit 44 Prozent und Saudi-Arabien mit einer um 33 Prozent erhöhten Einfuhr gegenüber dem Vorjahr die höchsten Steigerungsraten. Die relativ höchste Steigerungsrate hatten allerdings die Vereinigten Arabischen Emirate. Dorthin seien 1982 für 77 Millionen Mark Erzeugnisse geliefert worden, dies entspreche dem dreifachen Wert des Vorjahres.

In erster Linie seien elektrotechnische Erzeugnisse für diesen Zuwachs verantwortlich gewesen, schrieben die Statistiker. Rückläufig habe sich der Export von Waren aus Berlin in die Länder außerhalb Europas entwickelt. Die Exporte in die USA, das vom gesamten Warenwert her bedeutendste außereuropäische Empfängerland Berlins, hätten sich von 316 Millionen Mark um etwa elf Prozent auf 280 Millionen Mark verringert. Erheblich weniger sei auch in die Volksrepublik China, nach Indien, Irak und in die Philippinen geliefert worden.

Dem Wert nach die bedeutendsten Ausfuhrgüter sind die elektronischen Erzeugnisse, die etwa ein Drittel des Gesamtexports ausmachten. Es folgen Produkte des Maschinenbaus mit 25 Prozent, pharmazeutische Erzeugnisse mit zehn Prozent sowie Nahrung und Genußmittel mit neun Prozent. Die deutlichsten Einbußen beim Export sind bei Fahrzeugen (minus 24 Prozent), bei optischen und feinmechanischen Geräten (minus 36 Prozent) und bei den Druckerzeugnissen (minus 33 Prozent) zu verzeichnen gewesen.

# Tokio-Konferenz zur Lage der Wirtschaft

dpa/VWD, Tokio

Führende Persönlichkeiten der westlichen Welt sind am Montag unter Vorsitz des früheren US-Außenministers Henry Kissinger in Tokio zu einer zweitägigen Konferenz über aktuelle Probleme der internationalen Wirtschaft und Politik zusammengekommen. Zu den zehn Teilnehmern gehören die ehemaligen Regierungschefs der Bundesrepublik und Frankreichs, Helmut Schmidt und Raymond Barre, der frühere britische Außenminister Lord Carrington und als einziger amtierender Politiker der Ministerpräsident von Singapur, Lee Kuan Yew. Diese Konferenz steht im Zeichen des nächsten Weltwirtschaftsgipfels Ende Mai im amerikanischen Williamsburg.

Nach japanischen Presseberichten arbeitet die Regierung in Tokio an einem Globalplan, mit dem die Überwindung der weltweiten Rezession beschleunigt werden soll. Nach den offiziell noch nicht bestätigten Berichten denkt Nakasone dabei an die Einrichtung eines hauptsächlich von der Privatwirtschaft und den Regierungen der Industrieländer finanzierten Infrastruktur-Fonds mit einem Volumen von 500 Milliarden Dollar (rund 1,25 Billionen Mark). Wie es heißt, sollen die Mittel konzentriert für Projekte wie den Bau des zweiten Panama-Kanals sowie den Bau eines Unterseetunnels unter der Straße von Gibraltar eingesetzt werden.

ÖSTERREICH / Länderbank verbessert Ergebnis

# Krise scheint überwunden

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Österreichs zweitgrößte (verstaatlichte) Bank, die Länderbank, scheint im Jahr 1982 den Weg aus der Krise gefunden zu haben. Die Bank hatte 1981 in erster Linie durch die drei Großinsolvenzen Eumig, Klimatechnik und Funder gut 4 Milliarden Schilling (563 Millionen DM) verloren. Zwei eigene Gesetze ermöglichten dem neu berufenen Management unter Führung des vormaligen Vizegeneraldirektors der größten Bank, Creditanstalt, Dr. Franz Vranitzky, eine rasche Sanierung: Der Kreditausfall kann über 20 Jahre verteilt unter Staatsgarantie abgeschrieben und eine jährliche Ertragshilfe für entgangene Zinsen (in Höhe von zuletzt 47 Millionen DM) seitens des Finanzministers in Anspruch genommen werden.

Gegen den für die Schadensfälle verantwortlichen früheren Unternehmensvorstand laufen derzeit noch Untersuchungen der Staatsanwaltschaft im Zuge eines Strafverfahrens. Eine Schadenersatzklage der Bank wird vorerst zurückgehalten.

Die neue Länderbankführung nutzte im Vorjahr die Gunst der Stunde angesichts der Bewegungen im Zinsgefüge für eine Verbesserung des Zinsensaldos (exklusive des Staatszuschusses um 11,8 Prozent). Nach Angaben von Generaldirektor Vranitzky wurde dabei auf eine mengenorientierte Akquisition von Geschäften mit ungünstigen Konditionen bewußt verzichtet. Dementsprechend erhöhte sich die Bilanzsumme auch „nur" um 8,4 Prozent auf 20,6 Milliarden DM. Dennoch konnten verlorengegangene Marktanteile sowohl bei Spareinlagen (derzeit 3,6 ) als auch Primärmitteln insgesamt (4,67) wie auch Ausleihungen (6,27) zum Teil wieder zurückgewonnen werden.

Ausdruck des vorsichtigen Geschäftsgebarens ist auch eine Verringerung des Auslandsanteils an der Bilanzsumme auf aktivseitig 29,3 (32,9) und passivseitig 33 (35,9) Prozent. Gleichzeitig wurden die Pauschalvorsorgen für Länderrisiken erhöht. Zusammen mit diversen Vorsorgen für größere Kreditengagements unter anderem bei Telefunken und einer österreichischen Tochtergesellschaft der Deutschen Papierwerke Aschaffenburg wurde eine um 40 Prozent erhöhte Wertberichtigung dotiert.

Insgesamt erwirtschafteten die 3570 Mitarbeiter einen um 46 Prozent auf 65,3 Millionen DM gestiegenen Cash-flow und einen Reingewinn von 23,85 Millionen DM, aus dem eine zehnprozentige Dividende ausgezahlt wird. In den nächsten Wochen erhöht die Länderbank ihr Eigenkapital durch die Ausgabe neuer Aktien um 150 auf 1,05 Milliarden Schilling (150 Millionen DM).

PAULANER / Gerüstet für Hacker-Übernahme

# Umsatz kräftig gestiegen

HANS BAUMANN, Essen

Auf der Hauptversammlung der Paulaner-Salvator-Thomasbräu AG, München, am 11. Mai wird das finanztechnische Rüstzeug für den industriepolitischen Schachzug um Hacker-Pschorr-Bräu geschaffen: Der Vorstand wird ermächtigt, das AK um bis zu 5,9 Mill. auf 18 Mill. DM zu erhöhen.

Bei einem Kurs von 1800 für die 50-DM-Aktie kann die Verwaltung mit einem satten Agio rechnen, das die Finanzierung der Übernahme der Mehrheit bei Hacker-Pschorr sowie deren Umzug auf das Gelände der Paulaner-Brauerei möglich macht. In zwei Jahren schon könnten dann Josef Schörghubers Bierpläne in München im Kern ausgereift sein, der rund 70 Prozent des Paulaner-Kapitals hält.

Alle Bilanzdaten stellen Paulaner für das Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) als gut gerüstet vor. Der Umsatz stieg um 19,5 auf 210,3 Mill. DM, je Beschäftigten sind das 194 000 gegenüber 177 000 DM im Jahr zuvor. Der Ausstoß bei Bier stieg um 4,2 Prozent auf 1,43 Mill. Hektoliter, je Mitarbeiter damit auf 1693 (1635) Hektoliter. Der Umsatz kam also mit plus 10,2 Prozent erheblich besser voran als der Ausstoß – ein Zeichen von Preisstolz.

Für die Sachinvestitionen von 24 (23) Mill. DM reicht der weiter gestiegene Cash-flow von 27,8 (25,5) Mill. DM. Abgeschrieben wurden auf Sachanlagen 21 (20,7) Mill. DM. In den vergangenen 10 Jahren wurden in Sachanlagen 187,8 Mill. DM investiert und in der gleichen Zeit 176,6 Mill. DM abgeschrieben. Die Philosophie bei Paulaner gilt unverändert: Zahl' es nach Möglichkeit aus der der eigenen Tasche.

Im vorigen Geschäftsjahr erhielten die freien Aktionäre der Paulaner noch 9 Prozent Dividende, der ein Bonus von einem Prozent zugelegt wurde. Seit dem 19. August 1982 aber ist ein Gewinnabführungsvertrag in Kraft, den die Bayerische-Brau-Beteiligungs-GmbH & Co. Holding KG (Schörghuber) mit der Paulaner-Brauerei abgeschlossen hat. Und dieser Vertrag garantiert den freien Aktionären für die Dauer des Gewinnabführungsvertrages eine Ausgleichszahlung von 34 DM je 50-DM-Aktie. Der „Rest" geht an die Holding. Dieser Rest beläuft sich laut Bilanz auf 9,9 Mill. DM, während die Ausgleichszahlung an die freien Aktionäre (Dividendengarantie) einen Aufwand von fast 1,4 Mill. DM erforderte. Man kann nicht umhin festzustellen, daß die Organe von Paulaner ihre freien Aktionäre gut in die Lage versetzen, die bevorstehende Kapitalerhöhung mitzumachen, denn der Garantievertrag läuft fünf Jahre.



# Venezuela ändert Devisenkontrollen

rtr, Caracas

Die venezolanische Regierung hat mit der Modifizierung ihrer Devisenkontrollregelungen dem privaten Sektor einen größeren Zugriff auf den Präferenz-Wechselkurs des Bolivar gegenüber dem Dollar eingeräumt. Mit den vor etwa einem Monat verabschiedeten Devisenkontrollen war unter anderem ein Vorzugswechselkurs von 4,3 Bolivar je Dollar eingeführt worden, der allerdings nur für sehr ausgewählte Geschäfte in Anspruch genommen werden kann.

Die modifizierte Regelung erweitert nun den Kreis von Privatschuldnern, die unter der Präferenzrate ihre Rückzahlungen arrangieren können. Den Unternehmen wird aber als Bedingung gesetzt, die Rückzahlung ab 1983 in drei Raten zu leisten. Unter der überholten Regelung waren die Firmen dazu aufgefordert, die Refinanzierung ihrer Schulden so zu arrangieren, daß die Rückzahlung erst ab 1984 starten sollte.



MITTELAMERIKA / Bis zum 30. März muß neues Zollsystem verabschiedet sein

# Neuordnung noch stark umstritten

G. FRIEDLÄNDER, San Salvador

Mittelamerika ist bestrebt, sein Zollsystem zu modernisieren. Am 30. März läuft eine Frist ab, die sich Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Nicaragua gestellt haben, um ein neues Zollabkommen für die mittelamerikanische Marktgemeinschaft auszuarbeiten. Honduras ist nur ein Beobachter, es ist kein volles Mitglied der Marktgemeinschaft. Guatemala nimmt an den Verhandlungen, die nun schon seit sieben Jahren laufen, nicht mehr teil. Entmutigt zog es sich nach der 18. Verhandlungsrunde zurück. Inzwischen haben vier weitere stattgefunden. Aber es muß an der Abstimmung teilnehmen. Panama betrachtet sich im Sinn der Marktgemeinschaft nicht als mittelamerikanisches Land.

Das Abkommen soll ein altes ersetzen, das im September des Jahres 1959 in San José (Costa Rica) abgeschlossen wurde, aber nicht mehr anwendbar erscheint, weil sich die politischen und wirtschaftlichen Realitäten in den letzten 24 Jahren zu sehr veränderten. Das gilt vor allem für die Philosophie des Abkommens von San José, die heute von vielen Wirtschaftlern und Politikern nicht mehr akzeptiert wird. Damals sah man in der Zollpolitik das Allheilmittel, um drei völlig verschiedene Ziele zu erreichen: Dem Staatshaushalt Geld zuzuführen, die Zahlungsbilanz der Länder zu kontrollieren und die eigene Industrie durch Schutzmaßnahmen zu fördern.

So verschiedene Interessen lassen sich kaum mehr auf einen gemeinsamen Nenner bringen.

Ein ganz anderes, aber nicht weniger wichtiges Problem ist das der Nomenklatur. Die Zusammenstellung der Sachbezeichnungen wurde immer schwieriger. In Zukunft will man aber die modernere Zollnomenklatur von Brüssel benutzen.

Zollpolitik soll in Zentralamerika in Zukunft nur noch als Instrument der Entwicklungsförderung verstanden werden. Das gegenwärtig noch gültige Abkommen gibt jedem Mitgliedstaat das Recht, sich mit Schutzzöllen gegen die Einfuhr von Waren zu wehren, die von der eigenen Industrie hergestellt werden. Das soll geändert werden: Zwar will man nicht auf alle Einfuhrzölle verzichten, aber die Mitgliedstaaten sollen in Zukunft von Steuerbefreiungen der heimischen Industrie absehen, die nur die Konkurrenzfähigkeit dieser Industrien verhinderten, weil sie dank staatlicher Geschenke nicht notwendig war.

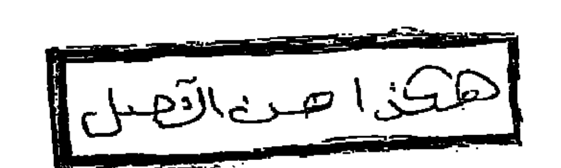
Die mittelamerikanische Industrie, meinen die Wirtschaftler, hat lange genug staatliches Wohlwollen genossen und sollte heute durch eigene Kraft überleben. In Costa Rica hat man berechnet, daß künftige Steuerzahlungen der nationalen Industrie niedrigere Einfuhrzölle ausgleichen können, der Staat also nicht der Verlierer sein muß.

Eine andere Hürde, die noch überwunden werden muß, ist die Klassifizierung der Importe als lebenswichtige Waren, Kapitalgüter und Luxusartikel.

Mittelamerikas Wirtschaftler sind in Einzelheiten des neuen Abkommens durchaus noch nicht einer Meinung, stimmen aber darin überein, daß das alte nichts mehr taugt. Das neue Abkommen, wie es bisher geplant ist, würde die Lebenshaltungskosten in Costa Rica um 17 Prozent herabsetzen, also die gegenwärtige Inflationsrate von fast 82 Prozent im Jahr auf etwas weniger als 65 Prozent vermindern.

Gegner des neuen Abkommens meinen, daß die Weltwirtschaftskrise überwunden sein sollte, bevor man grundsätzliche Änderungen trifft, wobei sie an die negativen Erfahrungen Argentiniens und Chiles denken. Sie fordern andererseits, daß die Industrieländer, denen man den mittelamerikanischen Markt mit dem neuen Abkommen öffnet, erst eine Gegenleistung versprechen sollten: Bessere und gerechtere Preise für die Produkte Mittelamerikas wie Kaffee, Bananen und Zucker, die oft in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten stehen. Niemand glaubt, daß dies im Augenblick erreichbar ist.

Sollten die Wirtschaftler sich am 30. März auf kein neues Abkommen einigen können, werden die Politiker vorschlagen, das alte vorübergehend in Kraft zu lassen. (SAD)





LÖCKNER & CO. / Verluste auf vielen Märkten

# /orsicht mit der Prognose

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Vornehmlich als Ausdruck er- ihter Bewertungsvorsicht etwa ich kommender Risiken wertet s Duisburger Handels- und Hol- nghaus Klöckner & Co. im ersten ickblick auf 1982, daß der Jah- süberschuß um ein Drittel auf wa 28 Mill. DM sinken werde. rsicht prägt bei Komplementär rg A. Henle, Vorsitzender der samtleitung, auch die Prognose r 1983.

Bislang sehe man nur Zeichen er „Vorkonjunktur". Der im in- dischen Konsolidierungskreis 32 um knapp 4 Prozent auf 9,7 d. DM gesunkene Umsatz – dazu ch 1,4 (1,3) Mrd. DM bei Aus- dstöchtern – werde wohl be- nfalls nur wieder an die 10 Mrd. I herankommen. Der Ertrag hin- gen könnte nach der nun getrof- ien Vorsorge eher etwas besser rden.

Erhöhte Bewertungsvorsicht llich scheint 1982 den Gewinn- kschlag denn doch nicht allein erklären. Denn für zwei Drittel i Dutzend seiner großen Ge- äftsbereiche berichtet das Han- shaus schlechtere oder negative räge. Zumal die Spartengrup- Baubedarf/Brennstoffe/Che- mit zusammen 34 (33) Prozent konsolidierten Umsatzes lagen durchweg im Verlust. Desglei- n und auch hier durch den je- ls branchentypischen Konjunk- ückschlag bedingt, Sparten die Aluminium-Umschmelz- ke, mit denen Klöckner & Co. größte deutsche Produzent dürfte, die (in Europa bedeu- le) eigene Öl/Gasbrenner-Pro- tion oder der Werkzeugmaschi- handel, bei dem die Duisburger ter auch den US-Töchtern „sa- end" unter die Arme greifen ste.

esentlichste Ertragsstütze der Stahlhandel, in dem kner & Co. neben Thyssen- delsunion Europas größter dler ist. Zwar fiel dieser Be- im Sog der erneut verschärf- ten Stahlkrise auf 43 (45) Prozent Umsatzanteil zurück. Aber der auf allen Märkten insgesamt „zufriedenstellende" Ertrag blieb auf Vorjahreshöhe. Auf positiver Ertragsseite blieb auch das Industrieanlagengeschäft mit 6 (5) Prozent Umsatzanteil und einem per Anfang März 1983 auf 3,7 (3,4) Mrd. DM erhöhten Auftragsbestand.

Die Belegschaft im Inlandskonzern wurde um knapp 3 (0,5) Prozent auf 8186 Leute vermindert. Die Gesamtinvestitionen von 72 (70) Mill. DM konnten wiederum mehr als voll aus der Innenfinanzierungskraft bestritten werden.

Der für solches gute Resultat „hauptverantwortliche" Stahlhandelsbereich stützt nun auch über die Absatzfunktion hinaus die Klöckner-Werke AG. Diesem Produzenten, der etwa 60 Prozent seiner Stahltonnage über Klöckner & Co. verkauft (dort aber nur ein Drittel der Klöckner-Welthandelstonnage repräsentiert) bezahlt man nun die Lieferungen sofort, statt zur (branchenüblichen) Mitte des nächsten Monats. Mit Derartigem und mit der Fünftel-Beteiligung an der 1980er Kapitalsanierung der Klöckner-Werke sehen die Nachkommen des Konzerngründers Peter Klöckner, wie in Duisburg zu hören ist, ihren familiären Eigentümerbeitrag zur Lösung der deutschen Stahlprobleme am Ende alles Sinnvollen.

Dies zumal beim Blick auf die holländische Familienstiftung, in die der verstorbene Klöckner-Schwiegersohn Günter Henle nach dem Zweiten Weltkrieg zu allseitigem Erstaunen den dahin „ausgelagerten" Anteil am Konzern vor der Enteignungswut der Siegermächte retten konnte. Eine Stiftung, die heute noch mit weniger als 40 Prozent an den Klöckner-Werken beteiligt ist und seit ihrem Gründungsjahr 1953 aus 179 Mill. DM Dividendeneinnahmen bei diesem (längst dividendenlosen) Stahlkonzern zusätzliche Aktienkapital-Engagements von 264 Mill. DM machte.

COMMERZBANK / Geringerer Aufwand für Risikovorsorge – 1982 brachte großen Schritt zur Normalisierung

# Das Ende der dividendenlosen Zeit ist in Sicht

C. DERTINGER, Frankfurt

Nach dreijähriger Pause will die Commerzbank ihren Aktionären 1984 endlich wieder eine Dividende zahlen. Allerdings will sich Vorstandsvorsitzender Walter Seipp heute noch nicht auf einen bestimmten Satz festlegen. Vorrang bei der Gewinnverwendung soll die innere Stärkung durch Risikovorsorge und eine Dotierung der offenen Reserven haben, die für das Geschäftsjahr 1982 mit 50 Mill. DM bedacht werden sollen, erstmals seit 1978.

Die Höhe der Ausschüttung wird also von der Entwicklung des Betriebsergebnisses (einschließlich Eigenhandelserträge) und des Risikovorsorgebedarfs abhängen. Aus heutiger Sicht erwartet Seipp, daß dieses Betriebsergebnis das letztjährige, von rund 190 Mill. auf fast 500 Mill. DM um rund 160 Prozent gestiegene und bisher beste der Bank, noch übertreffen wird. Dafür sorgt allein schon die Ausweitung der Zinsspanne von durchschnittlich gut 2 Prozent im letzten Jahr auf derzeit 2,60 Prozent.

Andererseits läßt sich absehen, daß die Commerzbank 1983 mit erheblich weniger Risikovorsorgeaufwand auskommen wird als im vorigen Jahr, in dem allein die beiden großen Problemfälle Polen und AEG mit einem Betrag zu Buche schlagen, der wohl höher als 250 Mill. DM (einschließlich Wertberichtigungshilfe für die Luxemburger Tochter) anzusetzen sein dürfte.

Was die Commerzbank 1982 insgesamt für das zum Teil überfällige „Großreinemachen" aufwenden mußte, dürfte sich in einer Größenordnung von etwa 690 Mill. DM bewegt haben, mehr als zehnmal soviel wie im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1981, ein Volumen, das bekanntlich nur durch die Mobilisierung von 350 Mill. DM stillen Reserven in den Hauptverwaltungsgebäuden Düsseldorf, Frankfurt und Hamburg aufgebracht werden konnte.

Seine Aussage, daß die Bank 1982 große Schritte auf dem Weg zur Normalisierung getan hat, wird durch die Ertragsrechnung untermauert, deren Kern, das Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft (siehe Tabelle), sich von dürftigen 93 Mill. DM auf 367 Mill. DM erhöht hat. Dazu trug vor allem die Steigerung des Zinsüberschusses um 304 auf 1388 Mill. DM bei, was überwiegend darauf zurückzuführen ist, daß der 1981 noch ertragszehrende Block der Festzinsanlagen mit dem Rückgang der Geldeinstandskosten wieder rentabel geworden ist, aber auch auf höhere Margen im Neugeschäft. Mit der Hereinnahme sehr kurzfristiger Kundentermineinlagen konnte der sinkende Zinstrend genutzt werden; auch die leicht überproportionale Zunahme der Sichteinlagen des Rentenbestandes und Spargelder sowie die Aufstockung wirkte sich positiv aus.

Der Zinsüberschuß reichte aber noch nicht ganz aus, den Personal- und Sachaufwand zu decken und damit eine zumindest in guten Bankenjahren erreichbare Relation herzustellen. Weitere 505 Mill. DM (plus 13,1 Prozent) steuerte der Provisionsüberschuß zum Teilbetriebsergebnis bei. Einen a. o. Ertrag in der Größenordnung von mehr als 130 Mill. DM dürfte nach externer Schätzung der Eigenhandel eingespielt haben, davon gut 100 Millionen allein der Wertpapierhandel.

Als wichtige Schritte auf dem Weg zur Normalisierung betrachtet der Commerzbankchef die Verbesserung der Bilanzstruktur: Beim Geldeinkauf weg von Bankengeldern und hin zu Kundengeldern und eigenen Schuldverschreibungen, und im Kundenkreditgeschäft ein Abbau der langfristigen Forderungen zugunsten der kurz- und mittelfristigen.

Ebenso wie 1982 visiert die Bank auch 1983 kein nennenswertes Bilanzwachstum an. Die Mittelbeschaffung soll weiter von Banken- zu Kundeneinlagen verlagert werden, besonders zu Spargeldern, und im inländischen Kreditgeschäft sollen die Aktivitäten auf Firmen- und Privatkunden zu Lasten öffentlicher Stellen konzentriert werden. Eine Kapitalerhöhung aus dem 150-Mill.-DM-Spielraum, den die Hauptversammlung schaffen soll, wird erst ins Auge gefaßt, wenn die Kreditnachfrage nachhaltig steigt und die Dividendenzahlung auch auf das erhöhte Kapital langfristig keine Probleme bereitet.

Aufwärts ging es 1982 nicht nur bei der Commerzbank AG, sondern noch deutlicher im Konzern, dessen Geschäftsvolumen um 6,8 Prozent auf 111 Mrd. DM stieg und dessen Jahresüberschuß sich von 31 auf 107 Mill. DM mehr als verdreifachte.

| Commerzbank AG | 1982 | ±% |
|---|---|---|
| Bilanzsumme (Mill. DM) | 66 183 | + 2,9 |
| Eigenkapital | 2 503 | + 1,0 |
| in % d. Verbindlk. | 3,9 | (4,0) |
| Gelder von Banken | 17 025 | – 9,6 |
| Gelder von Kunden | 40 463 | + 7,2 |
| Schuldverschr. | 3 796 | + 9,0 |
| Ford. an Banken | 15 960 | – 2,3 |
| Rentenwerte | 5 181 | + 32,1 |
| Kundenkredite | 41 277 | + 2,9 |
| Teilbetriebsergebnis aus lfd. Geschäft [1]) | 367 | +294,6 |
| a. o. Ergebnis [2]) | – 206 | +294,3 |
| Gewinn v. EEV-Steuern | 158 | +295,0 |
| EEV-Steuern | 97 | +144,1 |
| Jahresüberschuß | 61 | (0) |

1) Zins- und Provisionsüberschuß abzügl. Personal- u. Sachaufwand sowie Afa auf Sachanlagen. 2) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Kredite und Wertpapiere abzügl. Saldo aus sonstigen a. o. Ertrag (darunter Eigenhandelsgewinn und Realisierung stiller Reserven) und Aufwand.

DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK / Einmalerträge kräftig gestiegen

# Betriebsergebnis auf Rekordniveau

D. SCHMIDT, Hannover

Gerd Werninger, Vorstandsmitglied der Deutschen Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft), Hannover/Berlin, wollte sich auf die Formulierung, die Bank habe 1982 das beste Jahr ihrer Geschichte hinter sich gebracht, nicht einlassen. Unwidersprochen ließ er aber die Feststellung, daß das Betriebsergebnis gegenüber dem ohnehin guten Vorjahr noch um knapp die Hälfte verbessert wurde.

Im Jahresüberschuß von 12 (11,7) Mill. DM drückt sich diese Entwicklung nur ungenügend aus. Die Aktionäre partizipieren an dem „verbesserten Ergebnis" in Form eines Bonus. Neben der Vorjahresdividende von 18 Prozent auf 30 Mill. DM Grundkapital erhalten sie eine Zusatzausschüttung von 2 Prozent. Vorab sind aus dem Jahresüberschuß 3 (3,3) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt worden. Weitere 3 Mill. DM, so der Vorschlag an die Hauptversammlung (4. Mai), sollen aus dem Bilanzgewinn in die Rücklage gehen.

Nach den Worten Werningers waren neben gestiegenen Überschüssen aus dem Darlehensgeschäft auch höhere außerordentliche Erträge maßgebend für die Ertragssteigerung im Berichtsjahr. Allein der Überschuß der Einmalerträge über die Aufwendungen verbesserte sich um 6,6 Mill. DM auf 11,6 Mill. DM. Bei den „Anderen Erträgen" brachte der Wertpapierhandel ein günstigeres Ergebnis, während auf Kapital- und Zinsforderungen erhöhte Wertpapierberichtigungen erforderlich wurden. Der gegenüber dem Vorjahr um 4,7 Mill. DM gestiegene Steueraufwand spiegelt die günstigere Ertragsentwicklung wider.

Im Berichtsjahr hat das Institut insgesamt 405 (398) Mill. DM Hypothekendarlehen zugesagt. Zugenommen, so Werninger, hat die Zahl der Darlehen, deren Bedingungen neu vereinbart werden mußten. Der Anteil der zustande gekommenen Anpassungen sei gestiegen und erreichte rund 70 Prozent. Zurückhaltung übte die Bank erneut im Kommunaldarlehensgeschäft; zugesagt wurden 669 (723) Mill. DM, vor allem an Bund und Länder. Die Darlehensauszahlungen erreichten 1,07 (1,04) Mrd. DM, davon 402 (349) Mill. DM Hypotheken. Die Darlehensrückzahlungen erhöhten sich auf 838 (537) Mill. DM.

Auf der Refinanzierungsseite wurden 1,61 (1,15) Mrd. DM neu aufgenommen und 1,38 (0,61) Mrd. DM getilgt. Der Umlauf der Schuldverschreibungen lag Ende 1982 bei 6,8 (6,63) Mrd. DM. Die Bilanzsumme der Bank wuchs um 257 Mill. DM auf 7,96 Mrd. DM.

VAW

# Preisverfall brachte Verlust

J. G. Düsseldorf

Nach nur noch magerem Vorjahresgewinn kündigt die Vereinigte Aluminiumwerke AG (VAW), Bonn, im ersten Rückblick auf 1982 einen „hohen Verlust" an. Der in der deutschen Hüttenaluminiumproduktion mit rund 50 Prozent Marktanteil führende und bundeseigene Produzent begründet den Ertragsabsturz vor allem mit dem das ganze Jahr hindurch anhaltenden Preisniedergang am deutschen wie am internationalen Markt für Hüttenaluminium. Die leichte Besserungstendenz seit dem vierten Quartal 1982 habe am Negativen nichts mehr geändert.

Halbwegs analog zum deutschen Branchenschicksal ist die Hüttenaluminiumproduktion der VAW 1982 um 0,5 Prozent auf 352 400 t gesunken. Die eigenen Verarbeitungsbetriebe, die gut die Hälfte der VAW-Produktion aufnehmen, blieben mit ihrer Abnahme um 7,6 Prozent hinter dem Vorjahresstand zurück. Nur durch Exportsteigerung und größere Handelsgeschäfte stieg der VAW-Gesamtabsatz an Primärmetall noch um 2,1 Prozent. Der Umsatz hingegen sank bei VAW um 2,1 Prozent und blieb auch bei der gleichfalls verlustreichen VAW Leichtmetall GmbH hinter dem Vorjahrsstand zurück. Im Verarbeitungsbereich spürte der VAW-Konzern 1982 vor allem die Konjunkturschwäche in der Bauindustrie.

# KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Berlin:** Gerd Drews, Inh. e. Tischlereibetriebs; **Coburg:** Erich Zambra Verwaltungs-GmbH, Weißenbrunn b. Kronach; **Frankfurt:** Gerd Ernst Billmann; **Gelsenkirchen:** Krenzer Bauunternehmung GmbH; **Hamburg:** „Joby" Konfektions-GmbH; **Heidenheim:** Johannes Flad, Königsbronn-Zang; Nachl. d. Volker Höfle, Gingen/Brenz; **Herford:** AGT Ges. f. energietechnische Anlagen u. Getriebe-Gehäuse GmbH, Rödinghausen; Christine Krämer, Bad Oeynhausen; **Lübeck:** Augst & Co. GmbH; **Melsungen:** IMS Industriemontagen u. Stahlhallenbau GmbH, Spangenberg-Metzebach; **Moers:** GALA-Gartenbau u. Landschaftsgestaltung; **Nürnberg:** Nachl. d. Adolf Manfred Schönleben; Nachl. d. Franziska Seel; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Tex-System Schaufenster u. Ladenbau GmbH; **Weilheim:** Udo Anzengruber, Tutzing-Unterzeismering.

**Vergleich eröffnet: Köln:** Heinz Look.

**Vergleich beantragt: Hof:** Albin Schödel, Münchberg; **Königstein:** Drahtlose Nachrichtentechnik GmbH & Co. KG, Kelkheim/Ts.; **Neuwied:** Josef Berg & Co. GmbH, Rheinbrohl.

# Voest-Mehrheit bei Korf-Tochter

VWD, Frankfurt

Durch Aufstockung seiner Beteiligung um 17 auf 66 (bisher 49) Prozent hält der österreichische Stahlkonzern Voest-Alpine jetzt bei der Korf-Engineering GmbH, Düsseldorf, die Mehrheit. Korf-Engineering, die als „Technologie-Perle" der Korf-Gruppe gilt, ist damit nach Darstellung von Geschäftsführer W. Vocke aus dem Strudel, in den die Korf-Gruppe durch die Insolvenz der Baden-Badener Mutter Anfang 1983 geraten war, heraus. Der Übernahmevertrag mit Voest ist vor zehn Tagen unterzeichnet und inzwischen vom Bundeskartellamt abgesegnet worden. Korf-Engineering (KE) habe auch 1982 ein gutes Betriebsergebnis erwirtschaftet, der Abschluß werde aber nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit im Zuge der Abwicklung der Restvermögen bei der in Vergleich gegangenen Korf-Stahl AG Forderungen gegenüber der Mutter an KE zurückfließen.

# NAMEN

iner Urban ist per 1. April 1983 Geschäftsführer der AEG- ter Duofrost Kühl- und Ge- eräte GmbH, Mainz-Kost- , bestellt worden. Er löst Ulrich ling ab, der das Unternehmen igenen Wunsch verläßt.

Jürgen Brand übernimmt als eralbevollmächtigter der Degussa AG, Frankfurt, und Mitglied der Leitung des Unternehmensbereichs Pharma alle weiterführenden Aufgaben, die mit der Expansion des Pharmabereichs verbunden sind. Die Nachfolge in der Leitung des Geschäftsbereichs Pharma übernimmt Dr. Rolf Kramer, bisher Vorstandsmitglied des Pharmaunternehmens Goedecke AG.

# Starke Schwankungen bei den Aktien

## Aufwärtsbewegung durch Gewinnmitnahmen gestoppt

**DW. – Nach festem Beginn, der einigen deutschen Spitzenaktien noch einmal zweistellige Kursgewinne brachte, kam es im Verlaufe zu Gewinnmitnahmen. Sie werden im Zusammenhang mit der bevorstehenden langen Osterpause gesehen, der besonders den Börsenhandel zu veranlassen scheint, vorsichtiger als bisher zu disponieren. Es zeigte sich an der Börse, wie dünn die Luft am Aktienmarkt inzwischen geworden ist, denn die später vorgenommenen Verkäufe führten auf breiter Front zu rückläufigen Notierungen. Viele Standardaktien schlossen schließlich unter ihren Freitagnotierungen. Wegen der unsicheren Tendenz an der New Yorker Börse fehlten diesmal nennenswerte Kaufaufträge aus den USA.**

Gerüchte über Zusatzaktien sorgten bei der Deutschen Bank zunächst für einen weiteren Anstieg um 10 DM, davon ging im Verlaufe jedoch die Hälfte wieder verloren. Ähnlich war die Situation bei Daimler und Mercedes, wo die Kurse um 16 bzw. 14 DM gegenüber dem Freitag stiegen. Ein Teil davon mußte später wieder abgebucht werden. Siemens profitierten zunächst noch von der überraschenden Kapitalerhöhung. In der zweiten Hälfte litten aber auch Siemens-Aktien unter recht massiv vorgenommenen Glattstellungen und gingen hinter den Freitagsschluß zurück.

**Düsseldorf:** Stinnes erhöhten sich um 13 DM auf 533 DM, Hochtief stiegen um 10 DM auf 530 DM und Bilfinger konnten sich um 5 DM auf 245 DM verbessern. Stahl Bochum verminderten sich um 13 DM auf 277 DM, Keramag gaben um 3 DM auf 167 DM nach und Gildemeister fielen um 1 DM auf 75 DM.

**Frankfurt:** Per saldo konnten sich nur Autoaktien und einige Banken weiter befestigen, während besonders Stahl- und Maschinenaktien unterschiedlich zurückfielen. Von Nebenwerten blieben Cassella bei Plusankündigung 357 DM plus 17 DM, Moenus Maschinen 86 DM plus 6,70 DM, Neckarwerke 255 DM plus 10 DM, Löwenbräu 1550 DM minus 50 DM, Stolberger Zink 1260 DM minus 110 DM und Metallgesellschaft 230 DM minus 10 DM.

**Hamburg:** Elbschloß Brauerei mußten mit 405 DM plus 10 DM bezahlt werden, Holsten Brauerei mit 285 DM plus 4 DM. Versorgungswerte lagen nach behaupteter Eröffnung leichter. So HEW bei 133 DM minus 1 DM und NWK Vz. bei 182,50 DM minus 2 DM. Phoenix Gummi kamen auf 101,50 DM plus 1,50 DM und Flensburger Schiffbau auf 129,90 DM plus 1,90 DM.

**München:** Deckel erhöhten sich um 3 DM auf 109 DM, Erlus stiegen um 8 DM auf 350 DM, und Heilitt und Wörner verbesserten sich um 10 DM auf 280 DM. Dywidag verminderten sich um 1 DM auf 296 DM, und Gehe fielen um 9 DM auf 180 DM.

**Berlin:** Forst Ebnath gewannen 60 DM. Orenstein zogen um 6,50 DM an. Adca konnten sich um 3 DM, Schering um 2,50 DM, Herlitz Vorzüge um 2 DM, Berliner Kindl um 1,50 DM und Bekula um 1 DM verbessern. DeTeWe büßten 8 DM, BHF-Bank 4,50 DM und DUB-Schultheiss 4 DM ein. Kempinski wurden um 3 DM niedriger taxiert.

**Nachbörse:** abwartend

# Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

## Aktien-Umsätze

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Junge Aktien

## Ausländische DM-Anleihen

# Ausland

## New York

## Amsterdam

## Tokio

## Zürich

## Madrid

## Paris

## Toronto

## London

## Mailand

## Hongkong

## Sydney

## Wien

## Brüssel

## Kopenhagen

## Singapur

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 28. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | [illegible] | [illegible] | [illegible] |
| 3 Monate | [illegible] | [illegible] | [illegible] |
| 6 Monate | [illegible]–10 | 5 –[illegible] | [illegible] |
| 12 Monate | [illegible] | [illegible] | [illegible] |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxembourg.

## Geldmarktsätze

**Geldmarktsätze** im Handel unter Banken am 28. 3.: Tagesgeld 5,0–5,1 Prozent; Monatsgeld 5,25–5,35 Prozent; Dreimonatsgeld 5,25–5,35 Prozent.

**Privatdiskontsätze** am 28. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent

**Diskontsatz** der Bundesbank am 28. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

**Ostmarkkurs** am 28. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 22,00 Verkauf 26,00 DM West.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 28. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

| Gesetzliche Zahlungsmittel*) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1300,00 | 1582,00 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 958,00 | 1218,14 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 393,00 | 540,14 |
| 1 £ Sovereign alt | 231,00 | 283,63 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II | 229,00 | 281,37 |
| 20 belgische Franken | 179,00 | 236,17 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 241,00 | 300,58 |
| 2 südafrikanische Rand | 227,00 | 279,11 |
| Kruger Rand, neu | 1015,00 | 1192,15 |
| Maple Leaf | 1013,00 | 1189,89 |
| **Außer Kurs gesetzte Münzen *)** | | |
| 20 Goldmark | 241,00 | 306,23 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 205,00 | 259,90 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 205,00 | 263,29 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 945,00 | 1130,00 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 189,00 | 238,43 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 98,00 | 127,89 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 436,00 | 532,23 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 102,00 | 137,86 |

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

## Devisen

Weiter freundlich ist die Situation am Devisenmarkt des 28. 3. gekennzeichnet. Nachdem der Zinsexperte Henry Kaufman am Freitag für die kommenden Wochen einen Zinsanstieg der Dollar-Fred-Funds in Aussicht stellte, fühlte sich der Markt in seinen Zinsbefürchtungen bestätigt, wovon der Kurs des US-Dollars profitierte und sich bei ruhigem Geschäft von 2,4250 bis 2,4340 in der Spitze befestigen konnte. Die amtliche Notierung kam mit 2,4325 ohne Beteiligung der Bundesbank zustande. Am oberen Interventionspunkt notierten weiterhin das Irische Pfund und der Französische Franc. Die Bundesbank mußte zur amtlichen Notiz 102 Mill. FF abgeben. Unterschiedlich verlief die Kursentwicklung der übrigen Währungen. Das englische Pfund zog um 1,1 Pfennige auf 3,542 an. Der Schweizer Franken gab um 61 Pfennige auf 116,58 und der japanische Yen um 65 Punkte auf 1,0160 nach. Die spanische Peseta hatte mit 1,775 einen historischen Tiefstkurs. Dollar in: Amsterdam 2,7310; Brüssel 48,22; Paris 7,2940; Mailand 1449,95; Wien 17,1180; Zürich 2,0866. Ir. Pfund/DM 3,160. Pfund/Dollar 1,4561.

## Devisenterminmarkt

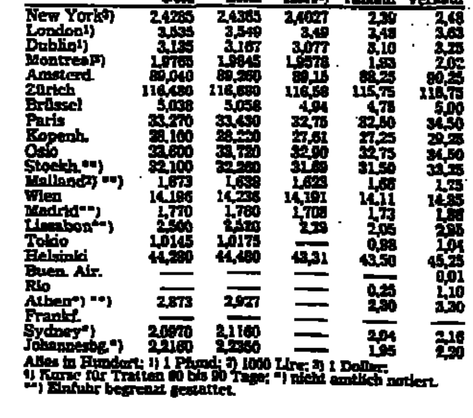
Die neuen Zinsprognosen von Henry Kaufmann belebten am 28. März die Nachfrage nach Dollar-Depots, die Abschläge für Dollar-Termine lagen speziell für die längeren Fristen deutlich höher.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 1,01/0,91 | 3,04/2,94 | 5,78/5,58 |
| Pfund/Dollar | 0,17/0,14 | 0,39/0,35 | 0,55/0,50 |
| Pfund/DM | 2,50/1,10 | 6,00/4,60 | 10,40/9,00 |
| FF/DM | 28/12 | 68/52 | 151/135 |

**Bundesschatzbriefe** (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,23). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,60 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63)

**Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

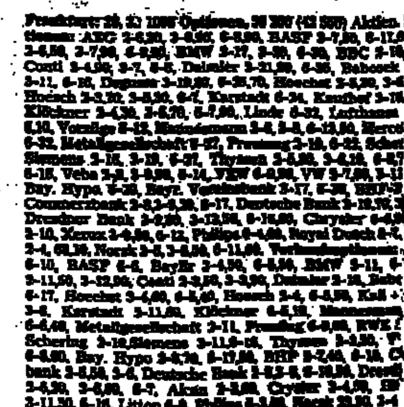
**Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,80, Rendite 6,80.



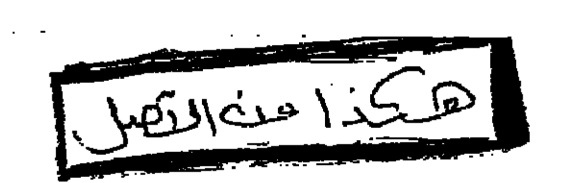
## Devisen und Sorten

| 28. 3. 83 | Frankfurt. Devisen Geld | Frankfurt. Devisen Brief | Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴) | Sorten*) Ankauf | Sorten*) Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York⁴) | 2,4265 | 2,4365 | 2,4027 | 2,39 | 2,48 |
| London¹) | 3,535 | 3,549 | 3,49 | 3,48 | 3,63 |
| Dublin¹) | 3,135 | 3,167 | 3,077 | 3,10 | 3,25 |
| Montreal³) | 1,9765 | 1,9845 | 1,9578 | 1,93 | 2,02 |
| Amsterd. | 89,040 | 89,260 | 89,15 | 88,25 | 90,25 |
| Zürich | 116,480 | 116,680 | 116,58 | 115,75 | 118,75 |
| Brüssel | 5,038 | 5,058 | 4,94 | 4,78 | 5,00 |
| Paris | 33,270 | 33,430 | 32,75 | 32,50 | 34,50 |
| Kopenh. | 28,100 | 28,220 | 27,61 | 27,25 | 29,25 |
| Oslo | 33,600 | 33,720 | 32,90 | 32,75 | 34,50 |
| Stockh.**) | 32,100 | 32,260 | 31,69 | 31,50 | 33,25 |
| Mailand²) **) | 1,673 | 1,689 | 1,623 | 1,65 | 1,75 |
| Wien | 14,186 | 14,236 | 14,191 | 14,11 | 14,35 |
| Madrid**) | 1,770 | 1,780 | 1,708 | 1,73 | 1,88 |
| Lissabon**) | 2,500 | 2,520 | 2,39 | 2,05 | 2,85 |
| Tokio | 1,0145 | 1,0175 | — | 0,98 | 1,04 |
| Helsinki | 44,280 | 44,480 | 43,31 | 43,50 | 45,25 |
| Buen. Air. | — | — | — | — | 0,01 |
| Rio | — | — | — | 0,25 | 1,10 |
| Athen*) **) | 2,873 | 2,927 | — | 2,30 | 3,30 |
| Frankf. | — | — | — | — | — |
| Sydney*) | 2,0970 | 2,1160 | — | 2,04 | 2,16 |
| Johannesbg.*) | 2,2160 | 2,2360 | — | 1,95 | 2,30 |

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar.
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.



## Optionshandel



## Bundesanleihen

## Renten angeboten

**Die Furcht vor steigenden Zinsen in den USA führte am deutschen Rentenmarkt am Montag zu Verkäufen, von denen besonders die Emissionen mit längeren Laufzeiten betroffen waren. Hier kam es in der Spitze zu Abschlägen bis zu 0,60 Prozentpunkten. Die Anlagebereitschaft war aber auf dieser Basis noch gering. Freiwerdende Gelder sind bislang überwiegend in die Aktien geflossen. Auch bei den Pfandbriefen blieb das Geschäft bei leicht nachgebenden Kursen still. DM-Auslandsanleihen wurden bis zu einem halben Punkt zurückgesetzt.**

### Sonderinstitute

| | 28. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| 5 DSLB Pf 35 | 88,5 | 88,5 |
| 6 dgl. Pf 37 | 85 | 85 |
| 7 dgl. Pf 65 | 94,5 | 94,5 |
| 8 dgl. Pf 118 | 99 | 99 |
| 5 dgl. KO 56 | 98,75 | 98,75 |
| 5½ dgl. KO 45 | 98 | 98 |
| 7 dgl. KO 58 | 105 | 105 |

| | 28. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| 7½ D. GiroKO 101 | 102,6G | 102,6G |
| 10 dgl. KO 125 | 104,55G | 104,55G |
| 9 dgl. KO 179 | 107,25G | 107,75G |
| 9¾ dgl. KO 180 | 110,4G | 110,4G |
| 9½ dgl. KO 181 | 109,75G | 109,75 |
| 9 dgl. IS/K | 101,05G | 101,05G |
| 6 D.Hyp.Brem.Pf118 | 85 | 85G |
| 7 dgl. Pf 123 | 100,7G | 100,7G |
| 6½ dgl. KO 125 | 97,15G | 97,15G |

| | 28. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| 8¼ dgl. Pf 174 | 103,9 | 103,9 |
| 8½ dgl. Pf 175 | 104,25 | 104,25 |
| 9½ dgl. Pf 178 | 106,1 | 106,1 |
| 6 dgl. KO 39 | 85 | 85 |
| 7¾ dgl. KO 170 | 101 | 101 |
| 9 dgl. KO 180 | 105,2 | 105,2 |
| 6½ Nd.Hyp. Pf. 100 | 88,5 | 88,5 |
| 7½ dgl. Pf 111 | 99 | 99 |
| 7 dgl. KO 25 | 96 | 96 |

### Bundespost

### Länder – Städte

| | | | |
|---|---|---|---|
| 5½ Schl.-H. 59 | 84 | 100G | 100 |
| 6 dgl. 64 II | 84 | 100,6G | 100,6G |
| 7½ dgl. 72 | 87 | 101,25G | 101,25G |
| 8½ dgl. 73 | 85 | 104,25 | 104,25 |
| 7 Essen 72 | 85 | 101,15 | 101,15 |
| 7½ Köln 71 | 83 | 100 | 100 |
| 6 München 63 | 83 | 100G | 100G |
| 6 dgl. 64 | 84 | 100,25G | 100,25 |
| 6 Stuttgart 63 | 83 | 100,2G | 100,2G |
| 7½ dgl. 71 | 86 | 102,5 | 102,5G |
| 7¾ dgl. 72 | 87 | 102,75G | 102,75bG |

### Bankschuldverschreib.

### Bundesbahn

| | | | |
|---|---|---|---|
| dgl. 57* | 4/84 | 100,6 | 100,6 |
| Bdbahn 58 | 10/85 | 100,1 | 100,1G |
| dgl. 75 | 5/83 | 100,25 | 100,25 |
| dgl. 75 II | 11/83 | 102,5 | 102,6 |
| dgl. 72 | 2/84 | 101,55 | 101,55 |
| dgl. 72 | 9/84 | 102,85 | 102,85 |
| dgl. 76 | 9/84 | 105,15G | 105,15 |
| dgl. 78 III | 11/84 | 100 | 100 |
| dgl. 79 | 2/86 | 100,95 | 100,95 |
| dgl. 73 | 2/85 | 104,2 | 104,2G |
| dgl. 77 | 2/87 | 100,4 | 100,4 |

### Optionsanleihen

### Währungsanleihen

### Optionsanleihen

### Optionsscheine

### Wandelanleihen

### Industrieanleihen

### Wandelanleihen

### Optionsscheine

### Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

## Ausländische Aktien

## Warenpreise – Termine

**Während die Gold- und Silbernotierungen am Freitag der New Yorker Comex fester notierten, mußte Kupfer Einbußen hinnehmen. Schwächer ging auch Kaffee aus dem Markt. Leicht befestigen konnte sich Kakao.**

### Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 25. 3. | 24. 3. |
|---|---|---|
| | 360,50 | 368,00 |
| | 370,50 | 376,00 |
| | 379,25 | 384,50 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) Board eff. | 25. 3. | 24. 3. |
|---|---|---|
| ...ence 1 CW... | 246,91 | 251,81 |

### Genußmittel

| Kaffee New York (c/lb) | 25. 3. | 24. 3. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Mai | 126,25 | 126,40 |
| Juli | 122,30 | 124,45 |
| Sept. | 121,60 | 122,90 |

| Kakao New York ($/t) | | |
|---|---|---|
| Terminkontr. Mai | 1691 | 1671 |

| Schweine Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| April | 49,30 | 42,45 |
| Juni | 52,40 | 52,15 |
| Juli | 52,90 | 52,75 |
| Schweinebäuche Chicago (c/lb) | | |
| März | 69,70 | 69,70 |
| Mai | 68,85 | 70,65 |
| Juli | 66,20 | 70,60 |

### Öle, Fette, Tierprodukte

| | | |
|---|---|---|
| Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif | – | – |
| Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif | 510,00 | 490,00 |
| Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 245,50 | 247,50 |

### Wolle, Fasern, Kautschuk

| Kautschuk London (p/kg) | 25. 3. | 24. 3. |
|---|---|---|
| Nr. 1 RSS loco | 74,00–75,50 | – |
| April | 74,00–74,20 | 73,50–75,00 |
| Mai | 75,20–75,50 | 74,50–75,50 |
| Juni/Sept. | 74,70–74,80 | 74,40–74,70 |

Tendenz: ruhig

### Erläuterungen – Rohstoffpreise

### Westdeutsche Metallnotierungen

### NE-Metalle

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller

### Messingnotierungen

| | 28. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 331–335 | 329–332 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 371–373 | 370–372 |
| MS 63 | 372–374 | 370–371 |

### Zinn-Preis Penang

### Deutsche Alu-Gußlegierungen

### Edelmetalle

### Internationale Edelmetalle

### New Yorker Metallbörse

### Londoner Metallbörse

## Moderator ohne Profilneurose: Gerd Ruge

# Dezente Selbstdarstellung

Zwei Silberstreifen durchwirken einen 1975 in China gewachsenen Rotbart, der mittlerweile zum Markenzeichen für die Magazin-Sendung „Monitor" vom Westdeutschen Rundfunk geworden ist. Vor rund eineinhalb Jahren hatte der eine Hanseat dem anderen Hanseaten die Türklinke im Filmhaus am Kölner Appellhofplatz gereicht: Claus Hinrich Casdorff übergab dem WDR-„Sonderkorre-

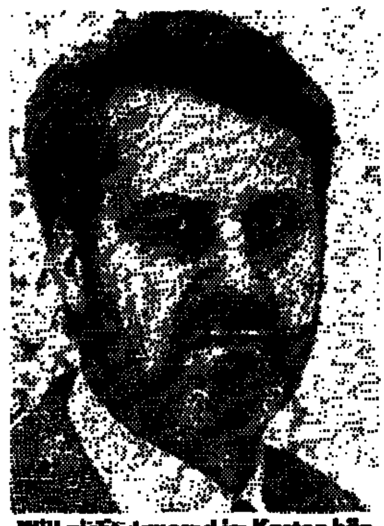
**Monitor – ARD, 21.00 Uhr**

spondenten Fernsehen" Gerd Ruge (54) die „Monitor"-Leitung. Und Weltenpendler Ruge – zuvor ARD-Korrespondent in Moskau – mußte dem Magazin, das der stockbodenständige Casdorff fast 17 Jahre lang geprägt hatte, einen neuen Stempel aufdrücken.

Ins Gruppenbild mit Dame Gabriele Krone (32) und ihren Kollegen Helmut Grosse (43), Volker Happe (42) und Wolfgang Landgraeber (35) fügte sich Ruge als ein zurückhaltender Oldtimer. „Ich möchte nicht dauernd im Kasten hängen", meint er zur Dezenz seiner Selbstdarstellung, die sich doch von der bohrenden Quasseligkeit in Casdorffs „Gegenrede" unterscheidet. Gewiß, Ruge mag die Interviews mit hohen Tieren. Und da stellt er nicht nur zahme Fragen. Doch kennt er keine Profilneurose und brennt deswegen nicht darauf, der omni-präsente Große Bruder zu sein. Wenn's anschließend im regionalen West-Kanal mit „Monitor im Kreuzfeuer" weitergeht, dann werden die durchschnittlich 400 Anrufe akustisch so gefiltert, daß jeder Spieler des „Monitor"-Quintetts gleichermaßen ausgelastet ist.

Gerd Ruge will zwar nicht die Ausgewogenheit einer Goldwaage, aber er teilt auch nicht die Randgruppen-Besessenheit seines Vorgängers. Die Vermittlung von Informationen liegt ihm näher als die Verkündigung medialer Heilsbotschaften. Und wer wie Ruge bei der Tet-Offensive des Vietkong mehrmals Freund Hein ins Auge sah oder in El Salvador in den Hinterhalt jugendlicher Guerilleros geriet, der braucht bei „Monitor" nicht den Duft der weiten Welt. Auch die Bundesrepublik ist für Ruge ein sehr interessantes Land.

Er, der audiovisuelle Dauerbrenner, der Längststreckenläufer des medialen Geschäfts – er hat's gelernt von der Pieke auf. 1947 stieß er zur Rundfunkschule des damaligen Nordwestdeutschen Rundfunks, ein Jahr später als Redaktionsassistent zu Werner Höfers „Echo des Tages" in Köln. 1950 berichtete Ruge als erster westdeutscher Funkkorrespondent aus Jugoslawien, wenige Jahre später war er in Moskau akkreditiert. Zu seinen häufigen Gesprächspartnern zählten nicht nur Chruschtschow, sondern auch der Dichter Boris Pasternak. Ruges Pasternak-Bildbiographie erschien in mehreren Sprachen.



**„Will nicht dauernd im Kasten hängen": Gerd Ruge** FOTO: JOCHEN LAMPE

1959 – bei der Viermächte-Außenminister-Konferenz – und im Mai 1960 – bei der geplatzten Pariser Gipfelkonferenz – leitete Ruge das ARD-Fernsehteam. 1964 ging er als ARD-Korrespondent nach Washington, 1969 übernahm er das Fernseh-Studio in Bonn. Als zeitweiliger Tele-Aussteiger vertrat er von 1973 bis 1976 „DIE WELT" in Peking und von 1976 bis 77 lehrte er an der Harvard University. Dann schickte ihn die ARD nochmals für vier Jahre als Funk-Korrespondenten nach Moskau.

Es fehlte nicht an Ehrungen. Als Mitautor einer WDR-Fernsehserie über das Dritte Reich erhielt er 1963 den „goldenen Adolf" – wie ein prominenter Tele-Mann respektlos den Adolf-Grimme-Preis in Gold bezeichnete.

GISELHER SCHMIDT

## Ein regionaler Fernseh-Versuch für die Dänen in Nordschleswig

# Immer mal beim Nachbarn reinschauen

Jahrelang beschworen dänische Politiker die Gefahr der kulturellen Überfremdung: Allzu viele Landsleute waren emsige Fernseh-Zaungäste bei Programmen der Nachbarländer. Doch nun will man gegensteuern. Von August an soll in Sønderjylland ein regionales TV-Angebot über die Mattscheiben flimmern. Sønderjylland ist jener Bezirk, den man hierzulande unter der Bezeichnung Nordschleswig kennt: Das Ländchen im Städteviereck Flensburg–Tondern–Ribe–Kolding, einst Teil der Herzogtums Schleswig mit dem Dänenkönig als Landesherrn, kam 1864 im Zuge der deutschen Vereinigungsbestrebungen unter Preußen-Regie. Die Volksabstimmung aufgrund des Versailler Vertrages brachte 1920 die Teilung des Schleswiger Landes an der heutigen deutsch-dänischen Grenze. Während sich die politische Lage längst entkrampft hat, geht die Konkurrenz der Kulturen weiter. Vor allem auf dem Bildschirm gab es – und gibt es noch – ein krasses Ungleichgewicht. Dem dreifachen Programm-Angebot aus der Bundesrepublik hatten die dänischen TV-Macher relativ wenig entgegenzusetzen; schon die begrenzte Sendezeit verlockte immer mehr Dänen dazu, einmal „beim Nachbarn reinzuschauen". Mit Ausgang dieses Sommers soll das mißliche Verhältnis ein wenig ins Lot gerückt werden. Dem regionalen Fernseh-Versuch billigte man für das laufende Jahr umgerechnet drei Millionen Mark zu. Der Anfang wird freilich bescheiden sein: Vorgesehen ist zunächst ein Wochenmagazin, das am Samstag- und am Sonntagnachmittag über den Sender Rangstrup ausgestrahlt wird und das annähernd eine Million Zuschauer erreichen kann.

Das Angebot soll, wie die Vorsitzende des dänischen Rundfunkrates, Birthe Weiss, verkündigte, auch Beiträge aus dem angrenzenden deutschen (Süd)-Schleswig umfassen. Sie legt gleichwohl Wert auf die Feststellung, daß dieses Projekt „nicht als ein besonderes Geschenk an das nationaldänische Nordschleswig aufgefaßt werden darf". Es solle hier kein dänisches Gegengewicht zum deutschen Fernsehen geschaffen werden, sondern ein dänisches Kulturangebot „im Hinblick auf die vielen beachtlichen Vorgänge sowohl nördlich als auch südlich der Grenze".

KLAUS FRANCK







## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**09.25 Sesamstraße**
**10.03 Die Filzlaus**
**11.25 Kinder, Kinder**
**12.10 Umschau**
**12.25 Kontraste**
**12.55 Presseschau**
**13.00 heute**
*Nur über die Sender des ZDF:*
**10.57 heute im Parlament**
Die erste Sitzung mit Wahl des Bundestags-Präsidiums (bis ca. 12.10)

**16.10 Tagesschau**
**16.15 Casablanca**
**17.00 Am Samstag kam das Sams zurück**
**17.50 Tagesschau**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Bananas**
**21.00 Monitor**
Berichte zur Zeit
Themen: Wie tief ist die Krise der SPD? – Ursachenforschung nach der Niederlage / Im Interview: Dr. Otto Schily, Sprecher der Fraktion der Grünen im Bundestag / Grünes Licht für atomare Wiederaufbereitung? – Die Wende des Ministerpräsidenten Ernst Albrecht / „Wie lang ist Lebenslänglich"? – Streit um einen neuen Strafrechtsparagraphen
Moderator: Gerd Ruge
**21.45 Dallas**
Der verlorene Sohn
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Arena**
Kultur vor Mitternacht
Alle Macht den Computern?
Die kulturellen Folgen einer technologischen Revolution
**00.00 Tagesschau**

**16.00 heute**
**16.04 Mosaik**
**16.35 Die Vogelscheuche**
**17.00 heute**
**17.08 Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Margot Werner
**17.50 Das kann ja heiter werden**
Der König von Tango-Bango
Anschl. heute-Schlagzeilen
**18.20 Mein Name ist Hase!**
**19.00 heute**
**19.30 *Ehen vor Gericht***
Von Ruprecht Essberger
Handlungsidee: Sina Walden
In Sachen: Ambach gegen Ambach
**21.00 heute-journal**
**21.30 Mit uns zieht die neue Zeit . . .**
120 Jahre SPD, 1. Teil
Vom Arbeiterverein zur Arbeiterpartei
**22.15 Baukartell-Skandal**
Gespräch mit dem Präsidenten des Kartellamtes Wolfgang Kartte
**Gegendarstellung**
Preisgekrönte Satire von Joachim Roering auf die Bauwut (Wh. von 1980)
**23.40 heute**

## III.

**WEST**
**18.00 Telekolleg**
**18.30 Sesamstraße**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Tier-Report**
**21.00 Klimbim (30)**
**21.45 Landesspiegel**
**22.15 Monitor im Kreuzfeuer**
**23.00 Letzte Nachrichten**

**NORD**
**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Besuch in der Steinzeit**
Bei den Aukas in Ecuador
**19.15 Science-Report (13)**
**19.30 Landwirtschaftliche Genossenschaften (2)**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Geschichte der Psychiatrie (2)**
**21.00 Schauplatz Praxis**
**21.45 Anruf erwünscht**
**22.30 Das Gruselkabinett:**
Der Würger mit dem weißen Schal
Franz. Spielfilm, 1977
**24.00 Letzte Nachrichten**

**HESSEN**
**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Doctor Snuggles (9)**
**18.55 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars (9)**
**19.00 Tier-Report**
**19.45 Praktische Tips**
Volkszählung '83
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Der Handkuß**
**21.15 Drei aktuell**
**21.30 El Cambio – Machtwechsel in Spanien**
**22.15 Zone of Occupation (1)**
Britische Besatzungspolitik

**SÜDWEST**
**18.00 Sesamstraße**
**18.30 Telekolleg I**
Mathematik Geometrie (13)
*Nur für Baden-Württemberg*
**20.20 Frauen im Hause Württemberg**
5. Mechthild von der Pfalz
**20.50 Willi Burth**
. . . ein Leben lang Kino . . .
*Nur für Rheinland-Pfalz*
**20.20 Landesspiegel:**
Der Maler Steffen Lipp
**21.05 Kultur-Kalender**
*Nur für das Saarland*
**20.20 Kulturspiegel**
**21.05 Kopfball**
Lehrjahre sind keine Herrenjahre
*Für Gesamt Südwest 3*
**21.35 Damals**
Dt. Spielfilm, 1943

**BAYERN**
**18.15 Die Sendung mit der Maus**
**18.45 Rundschau**
**19.00 „Der für uns gekreuzigt worden ist"**
**19.30 Rock ist toll – Bach ist Klasse**
**20.15 Unser Land**
**20.45 Rundschau**
**21.00 Die Sprechstunde**
**21.45 Z. E. N.**
**21.50 Detektiv Rockford:**
Anruf genügt
**22.35 Im Gespräch**
**23.35 Rundschau**

## Neues Gitarrenwunder aus Amerika: Eliot Fisk

# Kronprinz aus Colorado

Tárregas „Recuerdos" und Sors „Mozart-Variationen" hält er für „den typischen Kram, den Zwölfjährige halt so spielen". Sich selbst sieht Eliot Fisk, der neue Gitarren-Wunderknabe aus Amerika, als jene Art von Spieler, die entweder sehr gemocht oder sehr gehaßt wird, weil er selbst die präziseste Notation für reichlich unvollkommen hält und es seiner Meinung nach einer ganzen Menge Phantasie bedarf, all diese Pünktchen und Striche zum Leben zu erwecken.

Doch wie auch immer: Die Amerikaner haben ihren neuen Kronprinzen der klassischen Gitarre, und so ungewöhnlich wie sein Vortrag ist seine Karriere. Bereits vor fünf Jahren lobte Andrés Segovia Eliot Fisks „technische Perfektion und seine musikalische Ausdruckswucht", und auch der Cembalist Ralph Kirkpatrick ist des Lobes voll für den 1954 in Philadelphia Geborenen: „Hier saß ein Gitarrist, der technisch alles, was man bisher zu hören gewohnt war, weit hinter sich ließ, der aber auch musikalisch deutlich machte, daß seine Technik nur Mittel zum Zweck ist."

Als Eliot Fisk zwölf war, hatte er sich bereits fünf Jahre lang ein Repertoire autodidaktisch erworben. Dann ging er zu William Viola, gab mit 13 Jahren sein erstes Konzert, spielte mit 21 schon in New Yorks Lincoln Center, Noch als Teeny ging er sommers nach Aspen, Colorado, zu Oscar Ghiglia, wurde mit 18 dessen Assistent, gewann im selben Jahr dort ein Stipendium, das ihn zu Alirio Diaz an die Banff School of Fine Arts in Alberta, Canada, brachte. In Yale studierte er bei Kirkpatrick Cembalo, wurde mit knapp 23 Jahren dort erster Klassikgitarre-Magister und sogleich eingeladen, dort den Lehrstuhl zu übernehmen. In Yale und am Mannes College of Music in New York City unterrichtete er, bis er – zum nicht unbeträchtlichen Unwillen mancher Lokalpatrioten – nun seit kurzem als Gitarren-Professor in Köln am deutschen Rhein die zupfende Welt das Fürchten und Lernen lehrt.

1979 hatte er in den USA sein Debütalbum mit eigenen Bach- und Scarlatti-Transkriptionen vorgelegt und die Kritik damit verblüfft. Er versuche stets, so sagte er später dazu, „die intellektuelle Durchdringung der Musik mit sehr elementarer Empfindung zu verbinden. Es ist immer der ganze Mensch, den ein Künstler anspricht, und zum ganzen Menschen gehört ein tierischer und ein göttlicher Aspekt".

Seine Transkribier-Begabung jedenfalls ist enorm: So reißt er seine Hörer nicht nur mit seinen Paganini-Capricen zu Beifall auf offener Bühne hin, geht bei Bachs E-Dur-Partita von der Geigen- statt der Lauten-Fassung aus, schreibt bei größeren Besetzungen auf Klaviersatz um, sondern er nimmt sich auch Haydnscher Sonaten und Mozartscher *Divertimenti* an. Niemand neben ihm wirkt so vital, so unerhört kraftstrotzend und so typisch amerikanisch sicher im Umgang mit dem Material, egal, ob es um alte oder ältere Meister oder ob es um Frank Martin und den haarsträubend schweren Benjamin Britten geht.

Zu heftigem Beifall dürften denn auch die beiden jetzt von EMI in Deutschland vorgelegten Fisk-Schallplatten führen: „The Classical Guitar" mit Mozart, Haydn, Soler und Paganini (MusicMasters MM 20034, Vertrieb EMI/Electrola) und „Eliot Fisk guitar plays Scarlatti, Martin, Ponce, Raffman, Paganini" (Gitarre & Laute, EMI/Electrola). Sie stärken die Überzeugung, daß Fisk gemeinsam mit Lorimer, Boyd und Parkening zu den heute bedeutendsten Gitarrenvirtuosen zählt, die die Welt zu bieten hat.

Julian Bream, Englands größter Segovia-Nachfahre, muß das jedenfalls unlängst nach einem Fisk-Konzert auch so empfunden haben. Denn hinter der Bühne fragte er den jungen Pennsylvanier mit dem *Woody-Allen-Gesicht*: „Wo, zum Teufel, nimmst du bloß für ein einziges Konzert so irrsinnig viel Kraft her?"

ALEXANDER SCHMITZ



**Seit kurzem ist er Professor für Gitarre an der Kölner Musikhochschule: Eliot Fisk (28).** FOTO: EMI

## STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. *Auch die Antworten auf die Offerten sind* ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

**Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1983**

### Rechtswissenschaften
**Erstsemester**

| von | nach |
|---|---|
| 1 Frankfurt | FU Berlin |
| 2 Frankfurt | Hannover |
| 3 Frankfurt | Hamburg |
| 4 Göttingen | Hamburg |
| 5 Heidelberg | FU Berlin |
| 6 Heidelberg | Göttingen |
| 7 Heidelberg | Hannover |
| 8 Heidelberg | Hamburg |
| 9 Heidelberg | Münster |
| 10 Heidelberg | Osnabrück |
| 11 Heidelberg | Tübingen |
| 12 Uni München | Köln |
| 13 Mainz | Hannover |
| 14 Regensburg | Augsburg |
| 15 Regensburg | Bielefeld |
| 16 Regensburg | Bonn |
| 17 Regensburg | Bochum |
| 18 Regensburg | FU Berlin |
| 19 Regensburg | Bayreuth |
| 20 Regensburg | Erlangen |
| 21 Regensburg | Frankfurt |
| 22 Regensburg | Freiburg |
| 23 Regensburg | Gießen |
| 24 Regensburg | Göttingen |
| 25 Regensburg | Hannover |
| 26 Regensburg | Bremen |
| 27 Regensburg | Heidelberg |
| 28 Regensburg | Hamburg |
| 29 Regensburg | Köln |
| 30 Regensburg | Uni Kiel |
| 31 Regensburg | Konstanz |
| 32 Regensburg | Mannheim |
| 33 Regensburg | Marburg |
| 34 Regensburg | Münster |
| 35 Regensburg | Uni München |
| 36 Regensburg | Mainz |
| 37 Regensburg | Osnabrück |
| 38 Regensburg | Passau |
| 39 Regensburg | Saarbrücken |
| 40 Regensburg | Trier |
| 41 Regensburg | Tübingen |
| 42 Regensburg | Würzburg |
| 43 Tübingen | Göttingen |
| 44 Tübingen | Hannover |
| 45 Tübingen | Hamburg |
| 46 Würzburg | Bielefeld |
| 47 Würzburg | Bonn |
| 48 Würzburg | Bochum |
| 49 Würzburg | FU Berlin |
| 50 Würzburg | Göttingen |
| 51 Würzburg | Hannover |
| 52 Würzburg | Bremen |
| 53 Würzburg | Hamburg |
| 54 Würzburg | Köln |
| 55 Würzburg | Uni Kiel |
| 56 Würzburg | Marburg |
| 57 Würzburg | Münster |
| 58 Würzburg | Osnabrück |

### Pharmazie
**Erstsemester**

| von | nach |
|---|---|
| 1 Braunschweig | Münster |
| 2 FU Berlin | Bonn |
| 3 FU Berlin | Düsseldorf |
| 4 FU Berlin | Freiburg |
| 5 FU Berlin | Heidelberg |
| 6 FU Berlin | Münster |
| 7 FU Berlin | Uni München |
| 8 FU Berlin | Tübingen |
| 9 Marburg | Bonn |
| 10 Marburg | Düsseldorf |
| 11 Marburg | Heidelberg |
| 12 Marburg | Münster |
| 13 Mainz | Düsseldorf |

### Zahnmedizin
**Erstsemester**

| von | nach |
|---|---|
| 1 FU Berlin | Aachen |
| 2 FU Berlin | Bonn |
| 3 FU Berlin | Düsseldorf |
| 4 FU Berlin | Erlangen |
| 5 FU Berlin | Frankfurt |
| 6 FU Berlin | Freiburg |
| 7 FU Berlin | Gießen |
| 8 FU Berlin | Göttingen |
| 9 FU Berlin | Hannover |
| 10 FU Berlin | Heidelberg |
| 11 FU Berlin | Hamburg |
| 12 FU Berlin | Köln |
| 13 FU Berlin | Uni Kiel |
| 14 FU Berlin | Marburg |
| 15 FU Berlin | Münster |
| 16 FU Berlin | Uni München |
| 17 FU Berlin | Mainz |
| 18 FU Berlin | Saarbrücken |
| 19 FU Berlin | Tübingen |
| 20 FU Berlin | Ulm |
| 21 FU Berlin | Würzburg |
| 22 Erlangen | FU Berlin |
| 23 Erlangen | Frankfurt |
| 24 Erlangen | Gießen |
| 25 Erlangen | Marburg |
| 26 Frankfurt | Bonn |
| 27 Frankfurt | Hannover |
| 28 Frankfurt | Hamburg |
| 29 Frankfurt | Münster |
| 30 Gießen | Marburg |
| 31 Göttingen | FU Berlin |
| 32 Hamburg | Köln |
| 33 Hamburg | Mainz |
| 34 Hamburg | Würzburg |
| 35 Uni München | Gießen |
| 36 Mainz | Bonn |
| 37 Mainz | Göttingen |
| 38 Mainz | Hannover |

### Humanmedizin
**Erstsemester**

| von | nach |
|---|---|
| 1 Bonn | Köln |
| 2 Bonn | Münster |
| 3 FU Berlin | Düsseldorf |
| 4 FU Berlin | Hamburg |
| 5 FU Berlin | Marburg |
| 6 FU Berlin | Münster |
| 7 FU Berlin | Mainz |
| 8 Düsseldorf | Aachen |
| 9 Düsseldorf | Bochum |
| 10 Düsseldorf | Essen |
| 11 Düsseldorf | Göttingen |
| 12 Düsseldorf | Münster |
| 13 Erlangen | Hamburg |
| 14 Erlangen | Uni München |
| 15 Frankfurt | Erlangen |
| 16 Frankfurt | Heidelberg |
| 17 Frankfurt | Hamburg |
| 18 Frankfurt | Uni Kiel |
| 19 Frankfurt | Uni München |
| 20 Frankfurt | Saarbrücken |
| 21 Frankfurt | Würzburg |
| 22 Gießen | Göttingen |
| 23 Gießen | Münster |
| 24 Gießen | TU München |
| 25 Gießen | Uni München |
| 26 Göttingen | Freiburg |
| 27 Göttingen | Tübingen |
| 28 Hamburg | Freiburg |
| 29 Hamburg | Münster |
| 30 Köln | Bonn |
| 31 Köln | Göttingen |
| 32 Köln | Hannover |
| 33 Köln | Hamburg |
| 34 Köln | Uni Kiel |
| 35 Köln | Münster |
| 36 Köln | Tübingen |
| 37 Marburg | Bonn |
| 38 Mainz | Bonn |
| 39 Würzburg | Erlangen |




DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich E. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg. Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.


هكذا من الأجل



## Karriere einer Null

rr. – Die rasend irre Redensart „Null Bock auf gar nichts" passiert mittlerweile selbst feinere Sprachzirkel, und die Steigerung „Null Bock auf Null Bock" zeigt ..n, welche Variationsreichweite dieser Ziffer zugetraut wird, die sonst hinter dem Komma nichts zu bieten hat. Negationen aller Art müssen fürderhin nicht mehr in differenzierende Verdikte verpackt werden. Null genügt. Null-Lösung.

Nicht nur die Wetterberichte reduzieren ganze Komplexe auf „Über Null" oder „Unter Null". Auch die Wirtschaft schwelgt im Matt-Nullniveau, Nullwachstum. Schwillt des Menschen Leib zu üppig – ist Nulldiät angeraten. Null kann man überdies groß oder klein schreiben: von „Heute habe ich null Hunger" bis „Sie Null, Sie!", oder vertraulicher: „Du Null!".

Die Null erweist sich als der ideale Vielzweckbegriff einer aufs Stammeln reduzierten Sprache. Das zieht sich von Nullipara (die Frau, die noch nicht geboren hat), wozu man auch Null-Lust anmerken könnte, bis zur Nullage, der Nullstellung bei Meßgeräten.

Selbst bei den Cartoons hält die Null Einzug. Ein Chirurg öffnet einem Patienten, der über Hirnleere klagt, den Kopf und kramt eine Null daraus hervor. Gaby sagt zu Biggi: „Ist Anni nicht nullig." Man hört das Verb zur Null schon an der Kette rasseln: ich nulle, du nullst, wir nullen."

Wen stört's: Nullen kann man nicht aufnullen. 1000 x 0 x 1000 x 0. Da scheint es fast ein Widerspruch zu sein, daß unsere Geschichtsschreibung mit dem Jahr Null beginnt, und die deutsche Demokratie mit der „Stunde Null". Pessimisten haben Nullhoffnung, aber das hindert sie nicht, in Nullkommanichts alles zum Nulltarif zu fordern – womit der Nullpunkt politischer Vernunft erreicht ist.

Trotzdem: Nicht nur die Mathematik lehrt uns, daß man Nullen nicht übersehen darf.

Meteorologie: Modell-Atmosphären komplizieren die Weltvorhersage

# Keine Gnade für Osterfehler

Ein Meteorologe ist aus eigener bitterer Erfahrung zu der Erkenntnis gekommen: Die Wetterdienste haben sich mit den Prognosen eine Hypothek aufgeladen, die sie niemals werden abtragen können. Das gilt insbesondere für die Meteorologen, die ab Gründonnerstag zwischen Hamburg und München auf den Wetterämtern Dienst tun. Sie sehen sich einer besonders heiklen und wenig beneidenswerten Aufgabe gegenüber. Stehen und fallen doch Ruf und Ansehen des Wetterdienstes für einige Zeit mit der Güte der Vorhersage für die Osterfeiertage, zumal die „weiteren Aussichten" seit Jahresbeginn sich „bundesweit" nicht nur auf wie bisher 48, sondern auf 72 Stunden, als rund drei Tage, erstrecken. Diese durch Computer und Modell-Atmosphären möglich gewordene Verlängerung des Vorhersagezeitraums macht die dornige Kunst der Wetterprognose nicht leichter, sondern noch problematischer. Es nützt wenig, wenn die Wettervorhersagen in den folgenden Wochen Tag für Tag eintreffen, die Fehlprognose für Ostern bleibt im Gedächtnis haften und wird nicht verziehen.

Den amerikanischen Kollegen geht es nicht viel besser. Die Qualität ihrer Arbeit wird an den Wettervorhersagen für die großen Baseball-Spiele gemessen. Bei einer unsicheren Lage entschied darum der Chef-Meteorologe salomonisch: „Wir machen Regen: Trifft die Vorhersage ein, haben wir wenigstens nichts Falsches vorhergesagt, scheint doch die Sonne, werden sich alle über die Fehlvorhersage freuen ..."

Der 1954 verstorbene Geheimrat Professor Dr. Schmauss, langjähriger Direktor des Meteorologischen Instituts der Universität München und Leiter des ehemaligen Bayerischen Landeswetterdienstes, hat einmal auf die nicht zu unterschätzende psychologische Seite der meteorologischen Prognosen hingewiesen: „Da der Mensch objektiv und subjektiv von den Witterungsfaktoren abhängt, ist das Wetter auch ein höchst persönlicher Begriff. Diese Tatsache ist für die Wettervorhersage recht unangenehm; sie erschwert dem Meteorologen die für die Vorhersage benötigte Objektivität, da es nicht leicht ist, wie ein Registrierapparat dem wundervollen Spiele der Witterungsvorgänge gegenüberzutreten. Sie erschwert aber auch dem Leser der Wettervorhersage die richtige Aufnahme, weil er unwillkürlich auf das meteorologische Element sieht, das ihn gerade interessiert, und aus der Vorhersage das herausliest, was er haben möchte."

Das Wetter ist gewiß das älteste Gesprächsthema der Menschen. So wurde Aristoteles mit seiner „Meteorologica" zum Taufpaten der Wissenschaft vom Wetter. (Er verstand allerdings unter den meteorologischen Phänomenen die Summe aller Erscheinungen zwischen Himmel und Erde.) Kepler (1571 bis 1630) mußte als junger Professor und Landschaftsmathematikus in Graz alljährlich einen Kalender mit Vorhersagen über das Wetter und bevorstehende Staatsaktionen schreiben. So sagte er den Steiermärkern für 1594/95 nicht nur einen sehr strengen Winter, sondern gleichzeitig auch Bauernunruhen für 1595 in Oberösterreich und einen neuen Türkeneinfall voraus. Alle drei Vorhersagen des späteren Entdeckers der Planetengesetze trafen ein. Schwierig daran war allerdings nur die Wettervorhersage. Denn die Bauernunruhen waren damals oft nur eine Konsequenz der durch den strengen Winter bedingten mageren Ernten, und Einfälle der sieggewohnten Janitscharen unter dem Halbmond waren in jener Zeit nicht gerade selten.

Der 76jährige Goethe schrieb den „Versuch einer Witterungslehre". Er rechnete das Klima zu den Elementen, auf denen sogar die Sprache beruht. Nach seiner Meinung wirkte das Wetter auch auf die Charakterbildung eines Volkes ein. Eckermann gegenüber äußerte er, alle Insulaner und Meeranwohner gemäßigten Klimas seien bei weitem produktiver und tatkräftiger als die Völker im Inneren großer Kontinente; hier irrte Goethe.

Bismarck untersagte Ende des vergangenen Jahrhunderts dem Preußischen Meteorologischen Institut in Berlin, Wettervorhersagen herauszugeben. Er wollte nicht, daß sich eine amtliche Stelle mit falschen Prognosen belaste und so der öffentlichen Kritik aussetze. Und erst jüngst ordnete die Regierung eines afrikanischen Staates an, daß der Rundfunk seine Wettervorhersagen einzustellen habe. Denn – so ein Regierungssprecher –: „Immer, wenn eine Wettervorhersage nicht eintrifft, heißt es unter unseren Bauern – aha, das Wetter tut wieder nicht, was die Regierung will."

Nun tut das Wetter ja offensichtlich auch bei uns nicht immer, was die Meteorologen bzw. die Regierungen wollen. Aber die Computer, die auf ihrem unaufhaltsamen Vormarsch auch vor der Meteorologie nicht halt machen, werden uns in absehbarer Zukunft sicher routinemäßig Wochenvorhersagen bescheren. Allerdings werden auch diese sogenannten „numerischen" Wochenprognosen nicht hundertprozentig zutreffen, sondern etwa die jetzigen Unsicherheitsrisiken enthalten. Die Frage ist nur, ob wir das tatsächlich bedauern sollten.

Lassen wir wenigstens dem Wettergott seine Launen. Freuen wir uns, daß es unter den vielen Dingen zwischen Himmel und Erde, von denen sich unsere Schulweisheit nichts träumen läßt, noch ein Element gibt, das sich bisher aller elektronischen Vorausberechnung und -programmierung entzogen hat. Denn sehr wahrscheinlich werden unsere im Hyperschallflugzeug für die Osterfeiertage nach Djakarta oder Miami fliegenden Nachfahren (der Flug wurde bereits am zweiten Weihnachtsfeiertag aufgrund der günstigen Wetterprognosen gebucht) uns Zeitgenossen des gemütlichen Jet-Zeitalters beneiden, die wir am Gründonnerstag immer noch hoffen dürfen, daß wir am Ostersonntag nicht unter den prophezeiten regenschwangeren Wolken, sondern bei strahlendem Sonnenschein aufwachen – weil das Wetter wieder einmal nicht getan hat, was die Regierung wollte. HEINZ PANZRAM

Drastische Höllensymbolik des alten China, aus dem hier angezeigten Lexikon FOTO: DIE WELT

W. Eberhards Lexikon chinesischer Symbole

# Fledermaus des Glücks

Kreuz, Krone und Kleeblatt sind bei uns Symbole, die noch allgemein verstanden werden. Sie sind der karge, trivialisierte Rest eines einst unsere Kultur prägenden Schatzes. Der normale Museumsbesucher hat heutzutage erhebliche Schwierigkeiten, die Vielschichtigkeit mittelalterlicher Gemälde zu entschlüsseln, deren Botschaft nicht nur durch die dargestellten biblischen Szenen übermittelt wird, sondern auch durch zahlreiche Symbole, die das Hauptmotiv verstärken, ausdeuten und weiterführen.

Das reicht von Weihrauch, Myrrhe und Gold auf den Dreikönigsbildern bis zu der Vielzahl der Verweise auf das künftige Heilsgeschehen durch weißes Kleid, blauen Mantel, Schwertlilie, Wasserkessel, die verlöschende Kerze und den Lichtstrahl, der auf vielen Verkündigungstafeln durch Dach und Fenster dringt. Aber selbst die Attribute der Heiligen sind heute nur noch wenigen geläufig. Und vor der vertrackten Ikonographie eines Hieronymus Bosch müssen selbst moderne Kunsthistoriker kapitulieren.

Bei den Chinesen soll das anders sein. Ihnen sei auch heute noch das weite Spektrum traditioneller Sinnbilder vertraut. Das ist jedenfalls die Ausgangsthese von Wolfram Eberhard in seinem soeben erschienenen „Lexikon chinesischer Symbole" (Diederichs Verlag, Köln, 320 S. mit 264 Abb., 39,80 Mark). Der Band, alphabetisch von Aal bis Zypresse geordnet, erklärt – unterstützt von populärer Graphik – rund vierhundert Symbole aus Literatur, Kunst und Alltagsleben Chinas. Das Repertoire umfaßt Tiere und Pflanzen, den reichen Kosmos populärer Götter (Hsiwang-mu und die acht Unsterblichen, die fünf Glücksgötter, den Dämonenfänger Chun K'ui und so manche anderen mythischen oder historischen Helden) sowie die Farb- und Zahlensymbolik (auf die auch Mao immer wieder zurückgriff, wenn es galt, eingängige Parolen zu formulieren).

Für Europäer tut sich hier eine fremde, faszinierende Welt auf. Zwar ist das Ärmelaufkrempeln auch in China eine Geste der Herausforderung zum Kampf, gilt auch dort der Esel (zu Unrecht) als dummes, der Fuchs als kluges Tier.

Aber viel häufiger sind die Unterschiede zum europäischen Kulturkreis. Die Spinne verspricht den Chinesen Glück, „weil sie vom Himmel herabkommt". Der Schmetterling steht u. a. für einen verliebten Mann (womit der „Schmetterlingstraum" des Chuang-tse eine zusätzliche Dimension gewinnt). Der Fisch (yü) symbolisiert Reichtum, weil er genauso wie das Wort für Überfluß ausgesprochen wird, die Fledermaus (fu), gleichlautend wie Glück, kehrt in zahllosen Ornamenten als Glücksymbol wieder.

Der Drache ist sicher das in Europa bekannteste chinesische Sinnbild, ohne das seine Vielschichtigkeit recht erkannt wird. Anders als in unserer Überlieferung ist er nicht menschenfressendes Untier und Ausdruck böser, zerstörerischer Kräfte, sondern ein Symbol männlicher, zeugender Natur und damit vor allem Insignie des Kaisers. Die komplizierte Drachenhierarchie ist ablesbar an der differierenden Anzahl der Klauen bei den einzelnen Exemplaren. Nur dem Kaiser standen Drachen mit fünf Klauen zu, den Prinzen solche mit vier und den hohen Beamten solche mit drei Klauen. Neben vielen anderen Sinngehalten verkörpert der Drache, zusammen mit dem Phönix (der mit dem mythischen Vogel westlicher Kultur nur den Namen gemeinsam hat), auch den Dualismus zwischen Mann und Frau.

Die Ableitung der Symbole führt oft weit in die klassische chinesische Literatur und Kunst zurück. Die meisten Darstellungen spielen mit dem Doppelsinn, der sich aus dem Dargestellten als Gesamtheit und dem Symbolwert einzelner Teile ergibt. Das ist sogar wieder bei Bildern zu beobachten, die nach der großen Verdammung alles Überlieferten während der Kulturrevolution heute wieder in China gemalt werden dürfen. Und das macht die Verarmung unserer eigenen Gegenwartskunst bewußt, die sich nicht mehr auf solche längst ins Unbewußte abgesunkene Übereinkünfte stützen kann.

So deutet dieses „Lexikon der Symbole" – über seine anregende Belehrung hinaus – an, daß wir neben dem „Verlust der Mitte" auch einen „Verlust der Wurzeln" zu beklagen haben.

PETER JOVISHOFF

..nabrück: Rainer Mennickens „Starker Hans"

# ..ussichten eines Clowns

..an brauchte nicht die vollen drei Stunden abzuwarten, um die Frage zu beantworten, ob denn alles wirklich sein mußte. ..ler Uraufführung des Debüt..kes „Starker Hans" von Rainer ..nicken an den Städtischen ..nen Osnabrück jedenfalls, die ..gleich mit der Uraufführung ..elben Stückes in Freiburg er..e, hat man diese Frage schon ..ein paar Bildern mit einem ..erledigt. Unter den zirzensi..n Anstrengungen der Regie ..win Moniacs, bei denen weder ..onfetti und Kostümen noch an ..uspielern, Gags und Gim..s gespart wurde, erahnt man ..falls eine Geschichte, einen ..tz von Drama.

..r starke Hans (Jörg Schröder) ..kein anderer als Wolfgang ..s. Der „Mann mit der Trom.. wird zum „Mann mit dem ..r". Mennicken begreift sein ..k als ein Exemplum für deut.. Nachkriegsgeschichte ..chthin und die Geschichte ..deutschen Nachkriegskaba.. im besonderen. Jede Szene .. durch eine Geisterstimme ..leitet, die zu einer auf einer ..Wand eingeblendeten Jahres.. „ausgesuchte" Ereignisse aus .. betreffenden Jahr vorträgt. ..es Tun hat keinerlei dramati..n Zweck, hindert den Zu..er vielmehr daran, aus der .. folgenden Szene seine eige.. Schlüsse zu ziehen. Ein Ge..h zwischen Hans und seiner ..erlichen Freundin Lona (Ebba Reiter) am Kaffeetisch ist eben mehr als nur eine Auswirkung der Wahl Adenauers zum Bundeskanzler.

Der aus dem Krieg heimgekehrte Hans Michel, der Kabarett macht, „weil wir jetzt wieder träumen können", der sich schließlich verzweifelt zum linken Extrem hin orientiert, nur um festzustellen, daß auch er den Ehrentitel „Genosse", auf den er so stolz ist, bekommt, um später freilich ausgenutzt zu werden, sollte mehr sein als nur eine Erscheinung der Nachkriegszeit.

Er ist der ewige Clown, der kaputtgelacht wird, der die Herrschaften nur amüsiert, wo er sie doch treffen will. Statt dessen herrschen die Klischees: Der alte Nazi hat eine Bank und einen Schmiß auf der Backe, der Sozialdemokrat wird aus der Partei ausgeschlossen und wird Fernseh-Entertainer, die zweite Freundin wird von der Bürgertochter zur Apo-Maus und will ihr ungeborenes Kind entweder Rosa oder Karl nennen.

Nur ganz zum Schluß treffen wir wieder auf den Menschen Hans Michel, wenn Jörg Schröder dem durch Alkohol und Drogen heruntergekommenen Wolfgang Neuss auch äußerlich immer ähnlicher wird, ihn auf seinen clownesken Kern reduziert. Dann öffnet er seinen zahnlosen Mund zu einem letzten überlegenen Lächeln und gibt auch dem Autor mit auf den Weg: „Jetzt fängt die Geschichte erst an." GREGOR BOTHE

Ralph Bakshis Fantasy-Film „Feuer und Eis"

# Helden aus der Kälte

Auf einem nebelverhangenen Felsen steht ein mächtiger Rappe mit goldenem Zaumzeug. In seinem Sattel kauert ein Reiter in schwarzer Rüstung, bewaffnet mit einer riesigen Streitaxt. In seinem dunklen Gesicht glühen die Augen wie Kohle. Unwillkürlich wird man bei seinem Anblick an Szenen aus der Verfilmung von Tolkiens „Herrn der Ringe" erinnert. Denn dieser Ritter könnte ein Bruder jener „schwarzen Reiter" sein, die im Dienste des Bösen den Hobbitts nachjagen.

Der spontane Vergleich ist nicht unangebracht. Denn derselbe Mann, der vor fünf Jahren Tolkiens berühmtes Buch auf die Leinwand brachte, hat auch diesen Film geschaffen. Dieses Mal aber hat Ralph Bakshi kein Werk der Weltliteratur verfilmt. „Feuer und Eis" ist ein „authentischer Stoff", den Bakshi gemeinsam mit seinem Kollegen Frank Frazetta, dem Illustrator der Romane von Edgar Rice Burroughs, ersann.

Ähnlich wie „Herr der Ringe", „Krieg der Sterne" oder „Der dunkle Kristall" erzählt auch der Film „Feuer und Eis" vom Kampf des Guten gegen das Böse, vom Aufbegehren einer kleinen Gruppe freiheitsliebender Menschen gegen die Übermacht finsterer Mächte. Dabei bedient Bakshi sich in seinem Film einer *schlichten* Symbolsprache. Das Feuer symbolisiert das Gute, das Eis das Böse. Die letzten anständigen Menschen haben sich hinter einem Gürtel vulkanischer Berge verschanzt, auf den gewaltige Gletscher wie riesige Heerscharen zumarschieren.

Über das Vulkanland herrscht der weise König Jarol, eine Art Comic-Artus, über das ewige Eis König Nekron, dessen Name auch Omen ist. Denn Nekron leitet sich vom griechischen Wort für „Tod" ab. Als Jarols Tochter Teegra von Nekrons Knechten entführt wird, brechen ihr Bruder und seine Gefährten auf, um die Schwester zu retten. Ihnen schließt sich Larn an, der eigentliche Held dieses Films und eben jener dunkle Reitersmann: der edle Ritter Darkwolf. Nekron und sein kaltes Imperium müssen sich zum letzten Gefecht stellen.

Doch nicht die märchenhafte und durchaus spannende Geschichte fasziniert an diesem Film. Die hat man in vielen Variationen schon gesehen. Was Bakshi und Frazetta erzählen, das ist einmal mehr der Stoff, aus dem alle Mythen und Märchen gewoben sind. Aber „wie" dieser Sagenverschnitt dargeboten wird, ist schon bemerkenswert. Im Vergleich mit diesen Zeichentrickfiguren verblaßt so manches andere Comic-Leinwand-Erlebnis. Vor allem Bakshis eigenes Werk, „Herr der Ringe", dessen süßliche Elben und gartenzwergähnliche Hobbitts den lebensvollen *Gestalten* in „Feuer und Eis" nicht das Wasser reichen können.

M. v. SCHWARZKOPF

## JOURNAL



### Rehabilitationstrainer für Blinde ausgebildet

wm. **Marburg**

Die erste Ausbildungsstätte für Rehabilitationstrainer für Sehgeschädigte im deutschsprachigen Raum wird im kommenden Wintersemester an der Universität Marburg eingerichtet. Träger sind die Fachbereiche Psychologie, Humanmedizin und Erziehungswissenschaften der Hochschule sowie die Deutsche Blindenstudienanstalt in Marburg. Die Ausbildung, die zunächst mit sechs Bewerbern aufgenommen werden soll, umfaßt eineinhalb Jahre, einschließlich eines halbjährigen Praktikums.

### Moderne aus Rußland, Alte aus der Schweiz

DW. **Castagnola**

Vierzig Werke der Klassischen Moderne aus russischen Museen werden in der Villa Favorita, dem Heimatort der Sammlung Thyssen-Bornemisza, zu sehen sein. Es sind Arbeiten von Gauguin, Cézanne, Picasso, Matisse, Renoir, Monet und van Gogh. Das wurde zwischen dem sowjetischen Kultusministerium und H. H. Thyssen-Bornemisza in einem Abkommen vereinbart. Die Bilder aus den russischen Museen werden in Castagnola vom 14. Juni bis 15. Oktober gezeigt. In einer Gegenausstellung leiht die größte Privatsammlung Alte Meister wie Caravaggio, Carpaccio, Fragonard, El Greco, Memling, Tizian aus, die zuerst in Moskau (12. Sept. bis 14. Nov.), dann in Leningrad (29. Nov. bis 1. Febr.) ausgestellt werden.

### Das Rupertinum zeigt österreichische Fotos

DW. **Salzburg**

Einen Überblick über „Österreichische Fotografie heute" gibt die Österreichische Fotogalerie der Salzburger Landessammlung Rupertinum in Salzburg. Gezeigt werden Arbeiten, die das Bundesministerium für Unterricht und Kunst erworben und dem Rupertinum als Dauerleihgaben zur Verfügung gestellt hat. Es handelt sich um Einzelaufnahmen und Serien von A. Aschuer, A. Blau, H. Cibulka, W. Ebenhofer, J. Faber, J. Huber, Erika Kiffl, B. Lenart jun., Wulf Ligges, Karin Mack, M. M. Pichler und A. Seiland. Die Ausstellung ist bis zum 5. April zu sehen.

### Spielplan des Münchner Residenztheaters

RMB. **München**

Als letztes der großen Münchner Theater gab jetzt das Staatsschauspiel seine Pläne für die kommende Saison bekannt. Unter dem neuen Schauspieldirektor Frank Baumbauer werden zur Aufführung kommen Michel Vinavers „Flug in die Anden" (Regie: Arie Zinger), Shakespeares „Der Kaufmann von Venedig" (Regie: Alfred Kirchner), Botho Strauss' „Bekannte Gesichter, gemischte Gefühle" (Regie: Dieter Giesing), Tschechows „Die Möwe" (Regie: Arie Zinger), Calderóns „Das Leben ein Traum" (Regie: Wilfried Minks), Per Olov Enquists „Aus dem Leben der Regenwürmer" (Regie: Ingmar Bergman), Shakespeares „König Lear", Heinrich Lautensacks „Hahnenkampf" und Strindbergs „Erich XIV." (für diese drei Stücke stehen die Regisseure noch nicht fest).

### *Siegt die Eitelkeit oder der Stolz?*

SAD, **Wien**

Am Wiener Burgtheater ist etwas Ungeheuerliches geschehen, etwas, das es in der 242jährigen Geschichte der renommierten Bühne noch nicht gegeben hat: Nach der Vorstellung geht der Vorhang hoch, und die Schauspieler dürfen sich verbeugen. Bisher war die „Burg" das einzige Theater der Welt, wo es keine Vorhänge gab. Das beruht auf einer alten Tradition. In Gegenwart seiner Majestät des Kaisers, so hatten einst die *Hofräte* befunden, ziemt es sich nicht für die Akteure, Beifall entgegenzunehmen. Seit 65 Jahren gibt es zwar keinen Kaiser mehr, aber der Respekt vor Seiner Majestät ist geblieben – bis jetzt jedenfalls. Das Tabu ist nun gebrochen, denn einige Schauspieler meuterten, weil sie nicht einsehen wollten, daß man sich überall, nur nicht am Burgtheater, nach der Vorstellung verbeugen durfte. So gab Direktor Benning nach einigem schamhaften Zögern nach. Nur einer will sich auch künftig nicht verbeugen: Der Schauspieler Helmut Lohner will sich an die Anordnung des Betriebsrats halten: „Ich brauche mich nicht unbedingt vor dem Publikum zu verbeugen. Ich finde diese Enthaltsamkeit auch *keineswegs* unerträglich." Bleibt abzuwarten, wie sich seine Kollegen im Vorhangstreit verhalten werden. Siegt die Eitelkeit oder der Stolz? Der Vorhang in der „Burg" wakkelt jedenfalls bedenklich.

### *Hanna Malewska †*

KNA, **Krakau**

Im Alter von 71 Jahren ist die katholische Schriftstellerin Hanna Malewska in Krakau gestorben. Frau Malewska war jahrelang Chefredakteurin der katholischen Monatszeitschrift „Znak" sowie Mitherausgeberin des „Tygodnik Powszechny". In fast 50 Jahren ihrer Tätigkeit hat sie eine Reihe von geschichtlichen und philosophischen Romanen veröffentlicht, von denen viele in andere Sprachen, auch in Deutsch, übersetzt wurden. Im Jahre 1972 wurde Hanna Malewska durch den Reinhold Schneider/Maximilian Kolbe-Preis in Hamburg ausgezeichnet.



..erismus mit Serpentinen.. ..a" (1560) von Alessandro Vit.. FOTOS: HANS JOACHIM BARTSCH/ HILDA DEECKE

Das Westfälische Landesmuseum für Kunst in Münster zeigt Bronzen aus Preußischem Kulturbesitz



# Mit Max Ernsts Steinböcken zurück in die Urzeit

Das Westfälische Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Münster wurde dieser Tage 75 Jahre alt. Aus diesem Anlaß zeigt es in einer eindrucksvollen Sonderausstellung die Neuerwerbungen, die es seinem vor sieben Jahren gegründeten „Freundeskreis" zu danken hat. Es handelt sich um Gemälde, Skulpturen, Silber- und Goldschmiedearbeiten, Gläser, Keramik, Porzellan, grafische Blätter und Bücher; die Spannweite reicht von einem romanischen Taufbecken bis zu einem Blatt von Picasso (von dem das Museum bislang noch kein Werk besaß). Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe schenkte seinem Museum zum Geburtstag das unlängst durch Zufall wieder ans Licht gekommene Gemälde „Ruhrgebiet II" von Conrad Felixmüller (s. WELT v. 18. 3. 83).

Um seinem Jubiläum noch besonderen Glanz zu geben, ließ sich das Westfälische Landesmuseum aus „preußischem Kulturbesitz" von vier Berliner Museen eine Geschichte der Bronzeplastik zusammenstellen. Das Antikenmuseum, die Skulpturengalerie, das Kunstgewerbemuseum und die Nationalgalerie haben insgesamt mehr als 150 Leihgaben nach Münster geschickt, jeweils eine kostbare und charakteristische Auswahl, an denen sich fast lückenlos die Entwicklung der abendländischen Bronzekunst „von der Antike bis zur Gegenwart" ablesen läßt und die darüber hinaus einen hohen ästhetischen Genuß garantieren.

Die Ausstellung beginnt mit griechischer, römischer und byzantinischer Kleinplastik, kultischem und profanem Gebrauchsgerät sowie Gerätedekor von Möbeln, Wagen und dergleichen. Bewundernswert die vollkommene Durchdringung von Funktion und künstlerischer Form, die wir anschließend ebenso in der romanischen Bronzekunst wiederfinden. Denn auch im Mittelalter wurden Bronzegüsse keineswegs als „Kunstwerke" hergestellt und begriffen; es war auch nicht der „Künstler", der Wachsmodelleur, der sich in ihnen bewährte und verewigte. Wenn uns Namen oder Signaturen überliefert sind, bezeichnen sie in aller Regel nicht den eigentlichen Bildner, den wir heute bewundern, sondern den Gießer. Jene Inschrift auf einer Augsburger Grabtumba ist eine glückliche Ausnahme, die uns die Namen beider am Werk beteiligten Männer verrät: „Otto me cera fecit Cunratque per era" (Otto schuf mich in Wachs, Konrad in Erz). Damit ist zugleich etwas über das übliche Wachsausschmelzverfahren gesagt, das kaum besser erklärt werden kann als in der poetischen Umschrift auf einem Türzieher des 13. Jahrhunderts, die lautet: „Quod fore cera dedit tulit ignis et aes tibi redit" (Was im Wachs vorgebildet war, nahm das Feuer, und das Erz hat es wiedergegeben).

Das Wort „Erz", unter dem wir heute sinngemäß Bronze verstehen, besaß damals eine besondere Faszination. „Ex aere solido", schrieb der geniale Mönch Einhart, Baumeister und Biograph Karls des Großen, „aus solidem Erz" seien die Gitter und Türflügel des Aachener Münsters. Die Ausstellung in Münster nahm diese drei Worte auf und gab sich den Titel „Ex aere solido". Aber die Bronze ist nicht nur ein solides Material der Plastik seit vorgeschichtlichen Zeiten, sondern auch ein willfähriges, dem Ton verwandtes, das vielfältige Möglichkeiten der Modellierung und Oberflächenbehandlung zuläßt.

Die Bronzen des Mittelalters zeigen uns die abendländische Plastik auf Anhieb sozusagen auf einem frühen Höhepunkt. Es handelt sich hauptsächlich um liturgisches Gerät in ausdrucksstarker „Formgebung", wie wir heute sagen würden, die durch künstlerische Überhöhung der sakralen Funktion die gebührende Weihe gab. Eines der in mehrfacher Hinsicht bedeutendsten Ausstellungsstücke ist im Katalog nicht aufgeführt: der sogenannte „Löwe von Anagni", eine herrliche Bronzeplastik (mit Silbereinlagen) aus Süditalien, die dem streitbaren Papst Gregor IX. gerade recht erschien als Versöhnungsgeschenk für seinen großen Gegner Friedrich II., den „Befreier Jerusalems", wie es die Inschrift bezeugt.

Die Bronzen der Renaissance kennzeichnen nicht nur eine neue Hochblüte dieser Kunst, sondern zugleich ein neues Lebensgefühl des abendländischen Menschen, der einen neuen Zugang zur Kunst gefunden hat, die nun nicht mehr allein religiösen Zwecken dient, sondern sich weltlich gibt und den humanistischen Idealen der Antike huldigt. In den „serpentinenartigen" Statuetten Alessandro Vittorias kündigt sich der Manierismus an, in der Madonna des Landshuters Hans Leinberger eine kraftvolle, gleichsam barocke Körperlichkeit.

Das 19. Jahrhundert, vom Historismus geprägt, wird hier unter anderem von Begas, Rauch und Schadow repräsentiert; Touaillon reduziert die dominierende Denkmalskunst auf die Kleinplastik. Rodin bildet den Übergang zur Moderne, die noch einmal die ganze Vielfalt plastischer Gestaltungsmöglichkeiten in Bronze dokumentiert, von der expressiven Menschendarstellung Lehmbrucks oder Barlachs bis zu den abstrakten und konstruktivistischen Schöpfungen Archipenkos, Bellings oder Moores. Einen Höhepunkt bildet schließlich noch einmal das „Capricorn", die „Steinbock"-Gruppe von Max Ernst, die einen kühnen Bogen zurück schlägt zu den mythischen Anfängen dieser Kunst in der Bronzezeit.

EO PLUNIEN

Bis 25. Mai; Saarbrücken 2. Juli bis 18. Sept. Hannover 28. Sept. bis 13. Nov.; Katalog: 28 Mark; im Buchhandel (Reimer-Verlag, Berlin): 38 Mark



Vom Historismus geprägt: „Gefesselte" (1892) von Reinhold Begas, beide Statuetten aus der Münsteraner Ausstellung

# Nach neun Jahren: Erste Strafen im Herstatt-Prozeß

AP, Köln

Nach mehr als vierjähriger Verhandlungsdauer hat das Kölner Landgericht gestern im Herstatt-Prozeß die drei früheren Devisenhändler Norbert Arden, Bruno Heinen und Bruno Bläser zu Gefängnisstrafen zwischen viereinhalb und siebeneinhalb Jahren verurteilt. Damit wurden fast neun Jahre nach dem Zusammenbruch des Kölner Bankhauses die ersten Urteile im Prozeß um die größte Bankpleite der deutschen Nachkriegsgeschichte verkündet.

Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die drei Angeklagten durch betrügerische Devisengeschäfte Tausende von Sparern um ihre Einlagen gebracht haben. Wegen Beihilfe zur Untreue erhielten der Angeklagte Arden siebeneinhalb Jahre und der Angeklagte Bläser drei Jahre und neun Monate. Der frühere Devisenhändler Heinen wurde wegen Untreue zu vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Das Gericht folgte damit weitgehend dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

Der Prozeß gegen die drei verurteilten Devisenhändler wäre nach der Strafprozeßordnung im Juni dieses Jahres verjährt. Deshalb war das Verfahren gegen sie im März vorigen Jahres von dem gegen drei andere ehemalige Mitarbeiter des Bankhauses abgetrennt worden. Im Rechtsstreit gegen den ehemaligen Generalbevollmächtigten der Bank, Bernhard Graf von der Goltz, den früheren Leiter der Auslandsabteilung, Heinz Hedderich, und den ehemaligen Chef der Geldhandelsabteilung, Kurt Wickel, ist noch kein Ende abzusehen.

Nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können dagegen der frühere Inhaber des Bankhauses, Iwan David Herstatt, und sein ehemaliger Chefdevisenhändler Dany Dattel. Beiden ist Verhandlungsunfähigkeit bescheinigt worden.

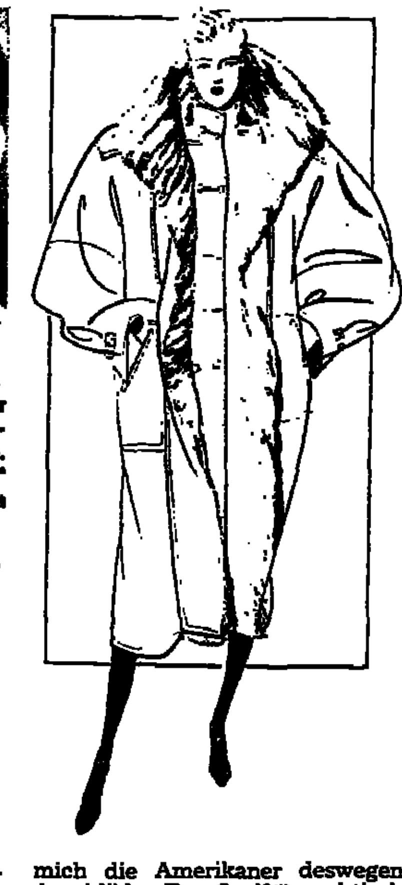
In dem Wirtschaftsstrafprozeß mußte und muß sich das Gericht mit der Abwicklung von etwa 100 000 Devisengeschäften der Herstatt-Bank befassen. Nach dem Zusammenbruch des Bankhauses waren die Strafverfolgungsbehörden zunächst von einem Verlust von knapp 1,2 Milliarden Mark ausgegangen. Inzwischen hat sich die Schadenssumme durch immer noch auftauchende Gelder erheblich gemindert. Die Vergleichsquote für die Privatanleger liegt jetzt bei knapp 75 Prozent. Für Banken und Kommunen beträgt die Rückflußquote etwa 65 Prozent und ist damit erheblich höher als in dem Vergleichsverfahren vereinbart worden war.

Die Forderungen von rund 30 000 Herstatt-Sparern mit bis zu 20 000 Mark auf ihren Konten waren zum großen Teil aus dem „Feuerwehrfonds" der deutschen Banken befriedigt worden. Auch der frühere Herstatt-Großaktionär Hans Gerling hatte einen erheblichen Betrag zur Schadensregulierung beigesteuert.





Wolfgang Joop mit zwei seiner Entwürfe: Endlich gilt der Modemann auch was im eigenen Lande. Mit der Verleihung des „Fil d'Or" wird er zu einem der ganz Großen der Branche.



# Joop macht Mode – typisch deutsch

G. HERLYN, Monte Carlo

„Innovationen in der Mode", sagt er ein bißchen selbstgefällig. „Innovationen haben eigentlich immer nur Männer gebracht." Und daß sein Markenzeichen „Joop!" ein dickes Ausrufezeichen trägt, zeugt nicht gerade von unterentwickeltem Selbstbewußtsein. Wolfgang Joop darf's sich leisten – der „Fil d'Or", eine Art Mode-Oscar, der ihm heute in Monte Carlo überreicht wird, ist nur äußeres Zeichen der Anerkennung einer bemerkenswerten Karriere.

Joop ist in der Geschichte des „Fil d'Or" zwar der zweite deutsche Preisträger – als erster erhielt ihn Karl Lagerfeld –, aber die Verleihung bleibt eine Premiere. Denn Lagerfeld, der aus Hamburg ausgewanderte Mode-Designer, wurde erst in Paris berühmt. Joop zog den steinigen Weg vor: Er blieb im Land, wo der Prophet bekanntlich wenig gilt. Gerade in Deutschland, wo Mode keine Kultur ist und wo Modemacher eher zum fahrenden Volk zählen. Dabei klagt Joop, ist die Ausbildung der jungen Designer in Deutschland international anerkannt und wird hochgerühmt – „aber dann fehlt den deutschen Firmen der Mut, dem Nachwuchs auch eine Chance zu geben". Und des Meisters Kritik wird noch härter: „Die Industrie und die sogenannten arrivierten Häuser nutzen die jungen Talente aus – geben ihnen nicht die künstlerischen Freiheiten, sondern sie ketten sie an."

Joop hat da seine eigenen Erfahrungen gemacht: Nachdem er und seine Frau Karin vor mehr als zehn Jahren die ersten Preise als Nachwuchs-Designer eingeheimst hatten und als „Senkrechtstarter der deutschen Mode" gefeiert wurden, stürzte er erst einmal tief ab. Eine süddeutsche Firma nahm ihn unter Vertrag „und ich habe drei Monate nichts anderes als Skizzen gemacht, von morgens bis abends. Dann kam der Chef, nahm eine, die ihm gefiel, änderte daran eine Kleinigkeit, und schon war es seine Idee". Das konnte nicht gutgehen – Joop kündigte.

Bei einer Modezeitung erhielt er – lange nach dem Studium von Kunst, Malerei und Grafik – erst die richtige Ausbildung. 50 Modelle – vom Pyjama bis zum Cocktailkleid – entwarf er monatlich, machte Schnittmuster, ließ fotografieren, veranstaltete Leserumfragen. Und an den Wochenenden war er meist unterwegs, um seine ersten Kollektionen anzubieten – unter dem Namen seiner Frau. 1973 machten sie sich selbständig. Zeitweise lieferte er für zehn Textilfirmen gleichzeitig Männer- wie Frauenkollektionen und begann auch mit den Entwürfen für Pelze.

Im Gegensatz zu Lagerfeld blieb Joop in Deutschland. Der 39jährige lebt zwar in Hamburg, würde aber am liebsten wieder in seine Heimat, nach Potsdam, oder wenigstens nach Berlin ziehen. Er bleibt trotz seiner herben Kritik an der heimischen Modebranche. Denn obwohl Deutschland der größte Textilexporteur ist, hinkt es im Export von Design immer hinterher. „Es liegt daran", glaubt Joop, „daß sich die deutschen Firmen nicht wirklich informieren. Sie haben Angst, sich von einem Designer abhängig zu machen, von einer Person, der sie ihrer Mentalität ohnehin nicht über den Weg trauen." Und: „Deutsche Modefirmen kaufen lieber eine Jacke von Armani und machen sie nach oder blättern in der ‚L'Huomo Vogue' und sagen: ‚Das sollten wir auch machen', anstatt ein eigenes Design zu entwickeln."

Daß es geht, beweist er. Streng in den Linien („Vielleicht nennen mich die Amerikaner deswegen den ‚blöden Preußen'?"), praktisch („typisch deutsch"), eben „Klamotten, auf die man sich verlassen kann – wie auf einen guten Freund". Dabei will Joop nicht, daß „Bankangestellte plötzlich – nur weil es Mode ist – mit Jeans am Schalter erscheinen – denn es gibt eine Identität von Alter, Beruf und Garderobe". „Schrecklich", findet er die 40jährigen, „die sich bunt anziehen, um jünger zu wirken".

Und schrecklich findet der deutsche Modemacher von Rang auch, daß seine Landsleute sich verleugnen. Joop erinnert sich an seine Schulzeit, „da hieß es noch: ‚deutsch ist doof' und wir kauten Kaugummi, um amerikanisch zu wirken. Wir fuhren nach Italien, weil alles besser war als Deutschland". Und er bekennt: „Ich weiß, welche Hypothek wir zu tragen haben – aber man kann sich doch nicht über Generationen hinweg schlecht fühlen."

Ein bißchen jungenhaft wirkt der Vater von zwei Mädchen, aber nicht ohne Kontur. Gesellschaft haßt er, wenn sie nicht ehrlich ist, genauso Empfänge und Partys der „In"-Leute, zu denen er nur in seiner Eigenschaft als „Aushängeschild" eingeladen ist.

Daß er zu Hause bleiben kann, haben die Deutschen eigentlich den Italienern zu verdanken. Franco Bruccoleri, Manager der Mode mit Sitz in Düsseldorfs feinster Adresse „Oberkassel 1", wollte ihn schon lange unter Vertrag nehmen. Jetzt hat er ihn: Ein deutsch-italienisches Konsortium sponsert von nun an „Joop!" – von Kopf bis Schuh.

Mit Wolfgang Joop erhalten zwei Damen den „Fil d'Or" – auch Deutsche: Jil (Heide) Sander aus Hamburg und Caren Pfleger aus Köln. Eine internationale Bestätigung für Design made in Germany.

# Frankreichs Autofahrer umkurven die Steinzeit

## Archäologen bestimmen die Trassen der Autobahnen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zwei Dutzend Archäologen aus ganz Europa trafen sich am Wochenende bei Beaune in Burgund und feierten, selten genug in diesen Zeiten, die rasante Entwicklung des Individualverkehrs. Ihr Gastgeber war Yves-Bertrand Burgalat, ein früherer Präfekt der Region Burgund und heute Präsident der Autobahn-Gesellschaft Paris-Rhein–Rhône. Bei Chambolle-Musigny 1979 und burgundischem Kaninchenbraten schloß man einen neuen Bund zwischen moderner Technologie und Vergangenheit. Aus diesem Bund ist in Frankreich etwas entstanden, das seinesgleichen in Europa sucht: Der Altertumsforschung winken ganz neue Möglichkeiten.

Autobahnen sind für Frankreich etwas relativ Neues. Während Amerikaner, Deutsche und Italiener schon seit Jahrzehnten ihr Schnellstraßennetz entwickelten, ging es in Frankreich erst in den frühen sechziger Jahren richtig los, dafür aber in um so größerem Tempo als bei den Nachbarn. Heute hat das Land den Rückstand weitgehend aufgeholt, auch wenn noch Hunderte von Kilometern im Bau und in der Planung sind.

Seit einiger Zeit aber geht man in Frankreich bei den Ausschachtungen für künftige Autobahn-Trassen außerordentlich vorsichtig vor. Schon auf dem Reißbrett nimmt man Rücksicht auf Hinweise des archäologischen Beauftragten des Departements, das gerade durchschnitten werden soll: Frankreich ist ein Land, dessen Untergrund gespickt ist mit steinernen, eisernen, bronzenen und tönernen Zeugen einer vieltausendjährigen Vergangenheit. Besonders reich waren diese Vorkommen von jeher in Burgund, Schnittpunkt vieler Straßen und Völkerströme in 3000 Jahren. Als sich die „Autoroute du Sud" von Paris nach Lyon in den späten sechziger Jahren durch das burgundische Bergland bis Dijon und Beaune fraß, stieß man auf solche Mengen wertvoller Funde, daß man beschloß, künftig Archäologen bei der Planung hinzuzuziehen. Damals begann eine Zusammenarbeit, die die Franzosen für die Altertumsforschung so empfänglich machte.

Ein wichtiger Helfer wurde die französische Luftwaffe. Aufklärungsflieger fotografierten das Terrain, das erschlossen werden sollte, mit hochmodernen Wärmekameras. Und siehe, die Aufnahmen förderten besonders in trockenen oder aber besonders nassen Jahren wie 1969, '76 und '79, knapp unter der Erdoberfläche liegende Grundrisse gallischer und römischer Wohnungs- und Befestigungsanlagen oder noch älterer Siedlungen zutage. So entdeckte man kürzlich auf der Trasse der noch im Bau befindlichen Autobahn Burgund–Lothringen nördlich von Dijon die Umrisse einer prachtvollen römischen Villa. Die Mirage-C einer elsässischen Aufklärungsstaffel hatte aus 1000 Meter Höhe ein riesiges Weizenfeld fotografiert, dessen Frucht sich infolge großer Wärme da auffallend verfärbt hatte, wo unter der Erde die Überreste der Villa aus dem vermuteten Jahr 40 v. Chr. schlummerten. Nach dieser Entdeckung wurde der Weiterbau nicht nur verzögert, sondern die Trasse sogar verlegt.

1978 rief die Autobahn-Gesellschaft Paris–Rhein–Rhône bei Beaune ein „Archeodrom" ins Leben, in dem man alle Fundstücke zusammentrug. Es wurde seitdem dank der 0,1-Prozent-Beiträge, den die Gesellschaft von ihrem jährlichen 2,1-Milliarden-Franc-Budget an die Betreuer der Kultstätte abführt, ständig erweitert. Wissenschaftler stellen hier die Früchte ihrer geduldigen und schlecht bezahlten Bemühungen aus, überall in Frankreich anhand gefundener Spuren das Leben unserer Vorväter zu rekonstruieren. In Naturgröße kann man vorsteinzeitliche Zelte, neusteinzeitliche Erd- und Strohhütten oder einen Teil des gallischen Lagers von Alesia, Schauplatz der letzten Schlacht des Vercingetorix gegen die Legionen Cäsars, besichtigen. In diesem Sommer rechnet das Archeodrom bereits mit seinem zweimillionsten Besucher.

# LEUTE HEUTE

### Schlechter Verlierer

Nachdem er 2,5 Millionen Dollar im Spielcasino in Atlantic City verspielt hatte, verklagte der Metallwaren-Großhändler **John Heymann** (57) das „Resorts International Casino". Er wirft dem Casino vor, „ein System entwickelt zu haben, mit dem Spielsüchtige verführt werden". Gemeint ist die Praxis des Casinos, sogenannten „Highrollers" zu erlauben, Spieleinsätze vorzuschießen. Die Casinoleitung zog es bisher vor zu schweigen.

### Überraschung

Als Popmillionär **Elton John** am Wochenende in einem Londoner Nachtclub mit Freunden seinen 36. Geburtstag feierte, ahnte er nichts von einer besonderen Geburtstagsüberraschung. Ein Dieb, der in Old Windsor in die Luxusvilla des Superstars einbrach, entkam mit Schmuck im Wert von mehr als 200 000 Mark. Der Dieb brauchte nicht einmal schwer zu schleppen. Denn die Beute bestand nur aus einem Ring und einer Uhr.

# 20 000 Menschen von der Umwelt abgeschnitten

dpa, Lima

Die schweren Überschwemmungen im Norden und Zentrum Perus, die in den vergangenen zwei Wochen mehr als 200 Menschenleben gefordert haben, dauern an. Mehr als 20 000 Menschen in acht Ortschaften rund 60 Kilometer östlich von Lima sind seit fünf Tagen von der Umwelt abgeschnitten, nachdem Erdrutsche die Straßen in diesem Gebiet verschüttet haben. Die heftigen Regenfälle lösen Steine und Geröllmassen von den Abhängen der Anden. Zwischen den Städten Talara und Piura im Norden Perus wurde ein vollbesetzter Omnibus von den Fluten fortgespült, als der Fahrer eine Talsenke durchfahren wollte, in der sich durch die Regenfälle ein reißender Fluß gebildet hatte. Bis zum Sonntag wurden 22 Leichen aus den in tiefem Schlamm steckenden Trümmern des Busses geborgen. Zehn Insassen werden noch vermißt. Über eine Luftbrücke werden die am schwersten betroffenen Gebiete um die Städte Tumbes, Piura, Chimbote und Casma mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt. Das südliche Bergland Perus leidet unterdessen seit Wochen unter einer extremen Dürre.

## Neuer Krater am Ätna

rtr, Catania

Nach dem Ausbruch eines neuen Kraters am Ätna haben die sizilianischen Behörden gestern einen vor allem von Touristen besuchten Aussichtsstand räumen lassen. Der Zivilschutz in Catania rief den Alarmzustand aus und entsandte Rettungsmannschaften zum 3263 Meter hohen Vulkan.

## Blutbad im Finanzamt

dpa, Immenstadt

Ein Blutbad richtete gestern vormittag ein Steuerzahler im Finanzamt von Immenstadt im Oberallgäu an. Mit einem Revolver Kaliber 22 Magnum erschoß er eine 30jährige Finanzinspektorin und verletzte einen Regierungsrat (33) lebensgefährlich. Anschließend erschoß sich der 45jährige ehemalige Landwirt selbst.

## Neapel wird desinfiziert

dpa, Neapel

Die Verwaltung von Neapel hat gestern eine umfangreiche Desinfektion der Stadt gestartet. Der Grund dafür sind sich häufende Fälle von Gelbsucht und Typhus. Bei der Aktion sollen alle Schulen desinfiziert und die Straßen von den Tonnen an Schmutz und Abfällen gesäubert werden.

## Schiff aufgebracht

AP, Cap-aux-Meules

Die kanadische Polizei hat im Sankt-Lorenz-Strom ein Umweltschützerschiff gestürmt und alle 24 Besatzungsmitglieder an Bord festgenommen. Die „Sea Shepherd" sollte die derzeit in Nordostkanada anlaufende Robbenjagd beobachten.

## 12 Tote bei Streit um Land

AP, Tuxtla Gutierrez

Bei politisch motivierten Auseinandersetzungen über ein 100 Hektar großes Landstück im Süden Mexikos sind zwölf Bauern ums Leben gekommen und 20 weitere verletzt worden. Das umstrittene Land wird seit Jahren von rivalisierenden politischen Gruppen beansprucht. Eine Beilegung des Streits ist jahrelang im Ministerium für Bodenreform verzögert worden.

## Vier Lawinentote

AFP, Sitten

Bei einem Lawinenunglück am Fletschhorn in den Walliser Alpen sind am Wochenende drei Schweizer ums Leben gekommen. Eine junge Frau aus Genf starb am Samstag an einem gesperrten Hang in einer Lawine.

# WETTER: Wechselhaft

**Wetterlage:** Die von Norden nach Süden über Deutschland verlaufende Tiefdruckrinne verlagert sich langsam nach Osten, bleibt aber in der Osthälfte noch wetterbestimmend.




**Vorhersage für Dienstag:**

**Gesamte Bundesrepublik:** In der Westhälfte wechselnd bewölkt mit gelegentlichen Aufheiterungen und nur noch vereinzelt Schneeregenschauer. In der Osthälfte stark bewölkt bis bedeckt und zeitweise Niederschläge, teils als Regen, teils als Schnee. Dabei Gefahr von Schnee- und Eisglätte. Höchste Temperaturen 4 bis 7 Grad. Tiefste Temperaturen in der Nacht plus 2 bis minus 3 Grad. Meist schwachwindig.

**Und die Aussichten:**

Keine wesentliche Änderung.

**Temperaturen am Montag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 7° | Kairo | 21° |
| Bonn | 4° | Kopenh. | 2° |
| Dresden | 6° | Las Palmas | 18° |
| Essen | 3° | London | 4° |
| Frankfurt | 4° | Madrid | 11° |
| Hamburg | 3° | Mailand | 8° |
| List/Sylt | 4° | Mallorca | 9° |
| München | 8° | Moskau | 11° |
| Stuttgart | 8° | Nizza | 7° |
| Algier | 10° | Oslo | 1° |
| Amsterdam | 5° | Paris | 4° |
| Athen | 16° | Prag | 5° |
| Barcelona | 12° | Rom | 12° |
| Brüssel | 4° | Stockholm | 3° |
| Budapest | 8° | Tel Aviv | 19° |
| Bukarest | 8° | Tunis | 16° |
| Helsinki | 1° | Wien | 6° |
| Istanbul | 12° | Zürich | 7° |

**Sonnenaufgang*** am Mittwoch: 7.04 Uhr, Untergang: 19.51 Uhr; **Mondaufgang:** 22.01 Uhr, Untergang: 8.09 Uhr
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

# Wein-Gang nimmt nur vom Feinsten

SAD, Bordeaux

Eine Bande von unbekannten Feinschmeckern sorgt für Aufregung im berühmten Weingebiet von Bordeaux. Sie hat sich auf den Diebstahl von superteuren Jahrgängen spezialisiert. Mehr als 50 000 Flaschen feinster Schloßabfüllung sind schon verschwunden.

So erbeuteten sie allein 1600 Flaschen „Château Yquem", wohl der kostbarste Weißwein der Welt. Bei ihren Diebestouren beweisen die Wein-Gangster überhaupt höchste Kennerschaft. Im „Château Tailhas" trugen sie mehr als 1000 Flaschen der Jahrgänge '76, '78, '79 und '80 in ihren Kleinlaster. Den Jahrgang 1977 ließen sie auf den Regalen – er gilt als weniger gut.

Bisher haben die Besitzer der großen Weinschlösser noch keinen Weg gefunden, den Dieben das Handwerk zu legen. Der Besitzer von „Château Comte-Canet" sucht Zuflucht im Galgenhumor: „Wir können nur hoffen, daß die Diebe wirklich Kenner sind und unseren Wein nicht zu früh trinken."

# Mißlungene Premiere in der Kälte

MANFRED NEUBER, Brasilia

Die Brasilianer hätten ihren beabsichtigten Beitritt zum exklusiven „Antarktis-Club" beinahe mit einem Fiasko ihrer ersten wissenschaftlichen Expedition ins ewige Eis bezahlen müssen – das Unternehmen war unzureichend vorbereitet worden.

Nach der Rückkehr von der 70tägigen Reise, die von zahlreichen Pannen begleitet war, ist der Plan vorläufig aufgegeben worden, eine ständige Station im Queen Maud's Land zu errichten. Statt dessen soll beim nächsten Ausflug zum Sechsten Kontinent die antarktische Halbinsel weiter erforscht werden.

Für ihre erste Expedition im zurückliegenden Antarktis-Sommer hatten die Brasilianer kurz vorher zum Schrottpreis von drei Millionen Dollar ein dänisches Schiff gekauft, das im Dezember 1982 unter seinem neuen Namen „Barao de Tefé" nach Süden in See stach.

Zuerst ging die Kurbelwelle eines Aushilfsmotors durch eine Explosion im Maschinenraum zu Bruch, worauf die Stromversorgung ausfiel. Die 70 Mann an Bord saßen im Dunkeln und froren bei Minus-Temperaturen.

Dann lief ein Lager des Hauptaggregats aus, und das Schiff trieb mehrere Stunden manövrierunfähig im Packeis, ehe der Schaden behoben werden konnte. Die „Barao de Tefé" mußte den chilenischen Hafen Punta Arenas zur Reparatur ansteuern.

Nun sollte die Fahrt zur Antarktis durch den Beagle-Kanal fortgesetzt werden, aber die Brasilianer wurden von einem argentinischen Patrouillenboot abgefangen. Die Argentinier bestanden darauf, einen Lotsen an Bord zu schicken.

Nach Konsultationen mit seiner Regierung in Brasilia über Funk mußte der Kapitän der „Barao de Tefé" auf die Navigationshilfe verzichten und einen Umweg einschlagen. Brasilien will nicht in den Territorialstreit zwischen Argentinien und Chile um den Beagle-Kanal verwickelt werden.

Schließlich erreichten die Brasilianer – einige Wissenschaftler und Journalisten, überwiegend aber Angehörige der Streitkräfte – die Antarktis. Da stellte sich heraus, daß ihre Ausrüstung, angefangen von den Stiefeln, mangelhaft war. Das Talent der Brasilianer zur Improvisation versagte im Eis.

Die Expedition war in aller Eile und mit geringem finanziellen Aufwand ausgerüstet worden; ihr wissenschaftlicher Nutzen sollte von vornherein hinter der Absicht zurückstehen, durch die Präsenz in der Antarktis die Voraussetzung für die Mitgliedschaft im „Antarktis-Club" zu erfüllen.

Marine-Offiziere an Bord des Schiffes verhinderten, daß die Vorfälle schon während der Expedition nach Hause durchdrangen. Nach der ausgiebigen Voraus-Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen sollte ein negativer Eindruck in der brasilianischen Öffentlichkeit vermieden werden.

Auf der Heimfahrt wurde die „Barao de Tefé" in den Gewässern um die Falkland-Inseln von einem britischen Patrouillenboot gestoppt und ein Versorgungsschiff der Brasilianer von einem Marine-Flieger beschattet.

Für die nächste Expedition in die Antarktis hat Brasilia jetzt einen polnischen Eisbrecher gechartert und die Erlaubnis erwirkt, die Antarktis-Station der Polen benutzen zu dürfen. Dafür soll eine – ungenannte – Summe von den polnischen Schulden in Brasilien (eine Milliarde Dollar) gestrichen werden.

Polen ist einer der 14 Signatarstaaten des Antarktis-Abkommens, das ein Moratorium für alle Gebietsansprüche bis zum Jahre 1991 festlegt. Brasilien will diesem Vertrag beitreten und damit später bei der Aufteilung des rohstoffreichen Südpolar-Gebietes mitreden können.

## ZU GUTER LETZT

*Stellenangebot in den „Toronto News": „Gesucht wird die Sekretärin, die aussieht wie ein Mädchen, denkt wie ein Mann, sich benimmt wie eine Dame und arbeitet wie eine Biene."*



